



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Reagieren oder Agieren“

Handhabung etwaiger Prognosen im politischen Handeln

verfasst von / submitted by

Gerald Pracherstorfer

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2023 / Vienna, 2023

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Barbara Prainsack

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei all denjenigen bedanken, die mich während der Anfertigung dieser Masterarbeit unterstützt und motiviert haben.

Zuerst gebührt mein Dank Frau Prof. Dr. Barbara Prainsack, die meine Masterarbeit betreut und begutachtet hat und dabei außerordentliche Geduld bewies und mir eine außergewöhnliche Anleitung gab. Für die hilfreichen Anregungen und die konstruktive Kritik bei der Erstellung dieser Arbeit aber auch während des gesamten Studiums möchte ich mich herzlich bedanken.

Ein besonderer Dank gilt allen Teilnehmenden an dieser Studie. Ohne sie hätte diese Arbeit nicht entstehen können. Mein Dank gilt ihrer Bereitschaft und ihren interessanten Beiträgen und Antworten auf meine Fragen.

Abschließend und mir am wichtigsten möchte ich mich bei meiner Familie bedanken. Bei meinen Kindern, die wunderbar die vielen Stunden super mitgeholfen haben und unser Heim nicht gänzlich verwüstet haben.

Allerdings ganz besonders bei meiner wunderbaren Frau, die dank ihrer Entschlossenheit und Engelsgeduld und ihrer ungebrochenen Zuneigung mir die Kraft für das Studium und diese Arbeit erst gegeben hat!

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1 Forschungsfrage	4
1.2 Aufbau der Arbeit	5
2. Theoretische Grundlagen.....	7
2.1 Einbettung des Themenfeldes in die Literatur.....	7
2.1.1 Krisenmanagement.....	10
2.1.2 Bedrohung, Gefahr (Gefährdungen) und Risiko mit Schwergewicht Österreich	14
2.1.3 Verfassungsschutzbericht und Risikobild.....	18
2.2 Entwicklungen der Publikationen	19
2.2.1 Entwicklung der Verfassungsschutzberichte von 2015 bis 2022.....	19
2.2.2 Entwicklung der Risikobilder bzw. sicherheitspolitischen Jahresvorschauen von 2015 bis 2022.....	21
2.2.3 Allgemeine Rechtsgrundlagen der relevanten Veröffentlichungen	23
2.2.4 Ähnliche Veröffentlichungen in ausgewählten Nachbarländern	26
2.3 Politikberatung durch die Verwaltung.....	27
2.3.1 Einfluss von Risikobildern und Verfassungsschutzberichten auf die Politikgestaltung	30
2.3.2 Bedeutung der wirkungsorientierten Steuerung in der Beitragsleistung der Verwaltung.....	32
2.4 Zusammenfassung theoretische Grundlagen.....	34
3. Daten und Methodik.....	37
3.1 Forschungsethik und Datenschutzbestimmungen	37
3.1.1 Forschungsethik.....	37
3.1.2 Datenschutz	38
3.1.3 Repräsentativität und Sättigung.....	39
3.1.4 Reflexionen vom Standpunkt des Forschers	39
3.2 Darstellung der Erhebungsmethodik	41
3.2.1 Durchführung	44
3.3 Darstellung der Auswertungsmethode.....	45
3.4 Darstellung der Ergebnisse.....	48
3.4.1 Offene Kodierung: kleinste Einheiten und deren Beziehung zueinander.....	48
3.4.2 Ergebnisse der Kategorien zur Verwaltung	50
3.4.3 Ergebnisse der Kategorien zur Politik.....	66
3.5 Zusammenfassung der Ergebnisse	76
4. Diskussion	79
4.1 Wichtigste theoretische und empirische Erkenntnisse.....	79
4.2 Handlungsempfehlung für die Praxis	80

4.3 Limitationen der Arbeit	82
5. Fazit und Ausblick.....	83
6. Literaturverzeichnis.....	85
6.1 Publikationsreihen, Journale	86
6.2 Gesetzesnormen.....	87
6.3 Publikationen der Verwaltung	89
7. Abkürzungsverzeichnis	92
8. Abbildungsverzeichnis	93
9. Tabellenverzeichnis.....	93
10. Anhang	94
10.1 Zusammenfassung.....	94
10.2 Abstract.....	94
10.3 Auswertung.....	96
10.3.1 Interviews - Verwaltung	96
10.3.2 Interviews - Politik	124

1. Einleitung

Die Beziehung zwischen der öffentlichen Verwaltung und dem politischen Handeln ist von grundlegender Bedeutung für das Funktionieren jeder Gesellschaft. In diesem Zusammenhang spielen Publikationen der Verwaltung eine entscheidende Rolle. Diese haben das Potenzial, die Entscheidungsfindung und politische Richtung maßgeblich zu beeinflussen. Diese Studie widmet sich der Analyse dieses komplexen Zusammenhangs und zielt auf ein Verständnis ab, inwiefern und unter welchen Bedingungen Verwaltungspublikationen im politischen Handeln Berücksichtigung finden. In dieser komplexen Welt des politischen Handelns und der Entscheidungsfindung sind Informationen und Analysen aus Verwaltungspublikationen wie Verfassungsschutzberichten und Risikobildern eine wichtige Informationsquelle und tragen zur Formulierung politischer Maßnahmen und Strategien bei. Von zentraler Bedeutung ist die Frage, inwiefern diese Publikationen im politischen Handeln Berücksichtigung finden, da diese das Verhältnis zwischen Verwaltung und Politik beleuchten.

Das Hauptziel dieser Studie ist, die tiefgreifenden Interaktionen zwischen politischem Handeln und Verwaltungspublikationen zu analysieren und zu verstehen. Dabei steht die Identifizierung der Faktoren im Vordergrund, die die Integration von Verwaltungsinformationen in politische Entscheidungsprozesse beeinflussen. Dieser Forschungsansatz strebt Einblicke in die Mechanismen und Prozesse an, die dazu beitragen, wie politische Entscheidungsträger:innen auf wertvolle Verwaltungsdaten zugreifen und diese nutzen.

Die Forschungsziele erstrecken sich über die Ermittlung der Faktoren mit Einfluss auf die Verwendung von Verwaltungspublikationen durch politische Akteur:innen bis hin zur Untersuchung der Auswirkungen dieser Berücksichtigung auf politische Entscheidungen und die Gestaltung der öffentlichen Politik.

Die Verbindung zwischen der Verwaltung und dem politischen Handeln ist nicht nur von akademischem Interesse, sondern hat auch direkte Auswirkungen auf die politische Praxis. Das Verständnis über die Nutzung von Verwaltungspublikationen im politischen Kontext kann dazu beitragen, effizientere und fundiertere politische Entscheidungen zu fördern.

Die Relevanz dieser Forschung zeigt sich in der möglichen Anwendbarkeit deren Ergebnisse auf die Realität der politischen Entscheidungsfindung. In einer Zeit, in der politische Entscheidungen immer komplexer und kontroverser werden, können Erkenntnisse über die Rolle von Verwaltungspublikationen zur Verbesserung der Qualität politischer Entscheidungen

sowie zur Steigerung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung beitragen. Dieser Studie kommt insofern auch praktische Bedeutung zu, da diese auf eine bessere Verbindung zwischen Verwaltung und Politik abzielt.

Expert:innen werden zunehmend in die Beratung der Politik einbezogen (Kolm, 2013, S. 109). Das geschieht seit geraumer Zeit vermehrt in der Öffentlichkeit und wird dort zum Teil kontrovers diskutiert. Dabei scheinen aber das Verlangen sowie die Erwartung der Bevölkerung nach nachvollziehbaren und transparenten Entscheidungen stark zuzunehmen (Thierry, 2013, S. 15). Die Gründe hierfür sind mannigfaltig und können hier nicht abschließend ergründet werden. Allerdings stellt die stark gestiegene Notwendigkeit an fundiertem und aufbereitetem Wissen oder an Zusammenfassungen in unterschiedlichen Politikbereichen seitens der politisch Verantwortlichen einen wesentlichen Bedarf dar.

Dieser Bedarf an Grundlagen, Expert:innenpapieren, Dossiers oder Publikationen kann auf vielfältige Weise gedeckt werden. Neben dem Ankauf von Arbeiten zu einem bestimmten Thema ist auch die Verwendung von Papieren oder Dossiers von privaten Organisationen anzuführen. Ein mögliches Bias kann bei beiden Varianten nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Da jedoch nicht nur die Notwendigkeit nach transparenten und abgeleiteten Politikmaßnahmen, sondern im nahezu gleichen Maße der Wunsch nach objektiven Entscheidungen gestiegen ist, können Papiere oder Expert:innendossiers mit einem Bias unter Umständen weniger stark oder zumindest nicht ausschließlich als Beratungsgrundlage zur Entscheidungsfindung herangezogen werden, ohne ein vermeintlich negatives Echo von Beginn an auszulösen. Damit sind insbesondere Papiere von Interessensvereinigungen oder privaten Vereinen gemeint, die Politikmaßnahmen zu deren Gunsten unterstützen. Interviewperson 11 (P11) sagt dazu folgendes:

Im Allgemeinen ist es so, dass ich mir ansehe, wenn eine Veröffentlichung zu einem Thema erfolgt, wer hat sie veröffentlicht und vor allem welche Institution oder welche Person ist das, um ein Gefühl zu bekommen, welche Interessen dahinterstehen können (P11).

Diesen möglichen Nachteil können Publikationen der Verwaltung schließen. Vor allem dann, wenn diese Veröffentlichungen gesetzlich geregelt sind und keiner Weisung eines obersten Organs bedürfen. Es wird dabei von Beamten und Vertragsbediensteten ausgegangen bei denen keine politische Motivation in der Erstellung von solchen Publikationen zu Grund liegt. Unabhängig vom voraussetzenden Gehorsam der Beamt:innen wird sichergestellt, dass

Publikationen der Verwaltung insofern objektiv von öffentlich Bediensteten erstellt wurden, dass diese nicht wirtschaftlichen Zwängen und Notwendigkeiten unterworfen sind. Damit wäre der Grundstock von – in dieser Hinsicht - objektiven Beratungspapieren erreicht.

Fraglich bleibt, inwiefern diese Publikationen im politischen Handeln berücksichtigt werden. Diese Publikationen können als mögliche Grundlage für grundsätzliche politische Entscheidungen dienen, aber nicht für notwendige Ad-hoc-Entscheidungen.

Der öffentliche Dienst erstellt eine Vielzahl von Publikationen in unterschiedlichen Bereichen. Die Wesentlichsten davon werden im Folgenden angeführt. Auch ohne gesetzlich verankerte Richtlinienkompetenz der Bundeskanzler:innen in Österreich nehmen das Bundeskanzleramt (BKA) und das Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (BMKÖS) eine besondere Rolle in Form von koordinativen Rollen und Vorgabenerstellung ein. Vor allem das BMKÖS wacht grundsätzlich über den öffentlichen Dienst und gibt bindende Regelungen vor. Dieses ist mit Publikationen über die Planstellen des Bundes, das Controlling im Bundesdienst oder dienstrechtliche Ausarbeitungen zu erwähnen. Weiters wäre das Bundesministerium für Inneres (BMI) anzuführen, in dem alle Kriminalberichte, aber auch die Verfassungsschutzberichte erstellt und publiziert werden. Grundsätzlich werden von jedem Ministerium Publikationen erstellt und unterschiedlichen Stakeholder:innen sowie der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Im Besonderen sei noch das Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) erwähnt, das im Rahmen der Militärstrategie arbeitet und das jährliche Risikobild bzw. die sicherheitspolitische Jahresvorschau veröffentlicht. Es wird somit eine Vielzahl von Dossiers oder Publikationen seitens des öffentlichen Dienstes in nahezu allen Politikbereichen erstellt.

Insbesondere die Jahre 2015 bis inklusive 2022 waren von vielen Herausforderungen für Staaten, für die Europäische Union (EU) sowie für die Weltgemeinschaft an sich geprägt. Damit werden mehrere internationale Krisen verstanden, die in wenigen Jahren durch Staaten aber auch Staatengemeinschaften zu lösen waren. Beispielhaft sind die ‚Migrationskrise‘, der ‚Ukrainekonflikt‘ oder die ‚Coronapandemie‘ angeführt. Nicht nur die österreichische Verwaltung, sondern auch die österreichische Politik wirkte in vielen fordernden Szenarien der letzten Jahre vielfach überfordert und teilweise unsicher in den gesetzten Handlungen (Rosner S., Ein strukturelles Versagen, in: Wiener Zeitung, 03. Jänner 2022). Eine mögliche vorausschauende und planerische Verwaltung sowie Maßnahmen der Politik müssten unter dem bereits erhöhten Bedarf an Transparenz so objektiv wie möglich begründbar sein, um ein hohes

Maß an Akzeptanz innerhalb der jeweiligen Bevölkerung zu erreichen. Die Krisen der letzten Jahre haben rasch und deutlich gezeigt, wie schnell ein Staat dessen Reserven sowie Resilienzfähigkeit beweisen muss. Fraglich ist, ob die Handhabung etwaiger Krisen anders verlaufen hätte können und die Auswirkungen anders aufgetreten wären, wäre mehr in die Prävention und Vorbereitung investiert worden.

Diese Arbeit beschäftigt sich mit genau dieser Kluft zwischen der Veröffentlichung von Publikationen der Verwaltung und der Berücksichtigung dieser im politischen Handeln. Es werden Publikationen des BMLV und des BMI, deren Grundlagen, Inhalte bzw. Einfluss oder Berücksichtigung seitens der politischen Verantwortlichen untersucht. Im Speziellen sind dies der Verfassungsschutzbericht seitens des BMI und die sicherheitspolitische Jahresvorschau bzw. das Risikobild seitens des BMLV.

1.1 Forschungsfrage

Um dem dargestellten Forschungsinteresse gerecht zu werden, liegt die nachstehende Forschungsfrage dieser Arbeit zugrunde: Inwiefern werden Publikationen der Verwaltung wie Risikobilder und Verfassungsschutzberichte im politischen Handeln berücksichtigt?

Anfangs war geplant, diese Wechselwirkung von Publikationen der Verwaltung und politischem Handeln mittels Analysen von Dokumenten sowie Zeitungen zu untersuchen. Dabei sollten quantitative Methoden verwendet und numerische Daten erhoben werden. Diese hätten sich im Anschluss statistisch aufbereiten lassen, um etwaige Hypothesen zu überprüfen oder neue Erkenntnisse zu gewinnen. Die konkrete Idee war, nach einer bestimmten Publikation die Reaktionen der Parteien in der Öffentlichkeit sowie im Parlament auf Bundes- sowie Landesebene für eine bestimmte Anzahl von Monaten zu betrachten. In diesem Zusammenhang konnte erkannt werden, dass für Veröffentlichungen von Stellungnahmen seitens der Parteien nicht diese allein verantwortlich sind, sondern die Verlagshäuser und Zeitungen selbst eine Auswahl treffen. Somit war nicht gewährleistet, dass vergleichbare Daten möglich sind. Darüber hinaus konnte erkannt werden, dass die politische Arbeit einzelner Parteien stark davon abhängt, welches Politikfeld mit welcher Publikation bedient wird. Somit war die Erhebung von aussagekräftigen und quantitativ vergleichbaren Daten nicht zu gewährleisten. Weiters war fraglich, ob die Information in diesem Zusammenhang messbar gemacht werden hätte können.

Um die erwähnten nicht standardisierten Daten erheben und auswerten zu können, wurde auf die Methode der qualitativen Forschung zurückgegriffen. Dafür musste der Fokus der Untersuchung vom bloßen Vergleich hin zur Generierung von Einblicken in Entscheidungskriterien verschoben werden. Darüber hinaus hat sich die Möglichkeit ergeben, Motivationen und Beweggründe einzelner Akteur:innen zu ergründen. Das semistrukturierte und leitfadengestützte Expert:inneninterview wurde als die leitende Forschungsmethode festgelegt. Die Ergebnisse werden kontextbezogen interpretiert und ermöglichen, etwaige Hintergründe zu beschreiben.

1.2 Aufbau der Arbeit

Im ersten Teil der Arbeit mit den theoretischen Grundlagen wird sich dem Thema Publikationen der Verwaltung und deren Einfluss oder Beratungsleistung auf die politischen Verantwortlichen mithilfe von thematischer und aktueller Literatur genähert. Zuerst wird im Kapitel 2.1 versucht das Themenfeld in der wissenschaftlichen und anderweitig relevanten Literaturlandschaft einzuordnen. Dabei werden folgend Begriffe definiert und sich einer Definition angenähert, wo es keine allgemeingültige Definition gibt. Insbesondere nähert sich der Verfasser dem breiten Themenfeld des Krisenmanagements an. Ebenfalls werden die beiden Berichte, das Risikobild und der Verfassungsschutzbericht im Detail betrachtet.

Nach den Begriffsdefinitionen im Kapitel 2.2 beschäftigt die Arbeit sich detailliert mit den beiden im Forschungsgegenstand befindlichen Publikationen. Dabei werden die wesentlichen Inhalte sowie das Publikum oder die Adressat:innen der jeweiligen Veröffentlichung angesprochen. Ebenfalls wird der Beschreibung der Entwicklung der Publikationen im Zeitraum von 2015 bis 2022 Platz gegeben. Weiters werden die Rechtsgrundlagen dargestellt, unter denen die Ressorts diese Produkte erstellen. Abschließend wird ein Vergleich mit international vergleichbaren Publikationen gezogen.

Im letzten Teil der theoretischen Grundlagen unter 2.3 wird auf die beratende Funktion der Publikationen eingegangen. Dabei findet auch die Wirkungssteuerung des öffentlichen Dienstes als Regelkreis für Verbesserungen Platz. In der Zusammenfassung der theoretischen Grundlagen wird neben den abschließenden Formulierungen der Erkenntnisse aus der Literatur zum empirischen Teil der Arbeit übergeleitet.

Der zweite Teil der Arbeit, Daten und Methodik beschäftigt sich mit der Methodenwahl und den Ergebnissen der Datenerhebung. Zuerst wird im Kapitel 3.1 der Forschungsethik Raum gegeben. Dabei wird dargelegt, welche forschungsethischen Überlegungen der Arbeit zugrunde liegen. Darüber hinaus werden die Eindrücke des Autors dieser Arbeit zusammengefasst, die im Rahmen der Datenerhebung gemacht werden konnten. Ebenfalls wird dem Thema Repräsentativität und Sättigung Raum gegeben. Abschließend wird auf datenschutzrechtliche Fragestellungen Bezug genommen und es werden die im Rahmen der Datenerhebung durchgeführten Datenschutz- und Zustimmungserklärungen erklärt.

Im Anschluss wird unter 3.2 die Erhebungsmethodik erläutert, die in dieser Arbeit Anwendung gefunden hat. Im Besonderen wird erklärt, wie die Interviewpartner:innen ausgewählt wurden. Nach der Erhebungsmethodik wird der Darstellung der Auswertungsmethodik unter 3.3 Raum gegeben. Insbesondere wird auf die während der Erstellung geänderte Methode eingegangen und diese Änderung erklärt.

Im Kapitel 3.4 werden die Ergebnisse der Auswertung dargelegt und erläutert. Dabei wird zwischen Ergebnissen aus Interviews seitens Angehörigen der Verwaltung und solchen seitens Angehörigen der Politik unterschieden. Ebenfalls wird eine Gegenüberstellung dieser Ergebnisse betrachtet. Abschließend werden unter Punkt 3.5 im Speziellen die Ergebnisse zusammengefasst, sowie ein Ausblick auf das folgende Kapitel der Diskussion gegeben.

In der Diskussion unter Punkt 4 werden die wichtigsten theoretischen und empirischen Erkenntnisse erneut dargelegt und zusammengefasst. Daraus werden mögliche Empfehlungen und Ableitungen getroffen und für eine Nutzung zusammengeführt und formuliert. Gleichzeitig wird der Beschreibung der Limitation der Arbeit Platz gegeben, wo Grenzen erkennbar sind und welche Schlüsse getroffen oder nicht getroffen werden können. Eine Zusammenfassung der Diskussion schließt dieses Kapitel und leitet zum letzten Punkt der Arbeit über.

Im Fazit und Ausblick unter Punkt 5 werden die Erkenntnisse letztmalig komprimiert dargestellt und es wird die Forschungsfrage beantwortet. Darüber hinaus wird ein Ausblick auf erkannte Forschungsfelder und mögliche weitere Untersuchungen im Gegenstand gegeben.

2. Theoretische Grundlagen

In der gegenständlichen Arbeit ist Österreich der Untersuchungsgegenstand. Ein Ausblick auf vergleichbare Staaten mit ähnlichen Publikationen wird im Folgenden angestellt. Letzteres ist aber keine abschließende vergleichende Betrachtung und Analyse, sondern eine Darstellung der Gegebenheiten im jeweiligen Nachbarland. Im Folgenden werden zuerst notwendige Begriffe definiert. Darüber hinaus wird sich der Bedeutung verschiedener Begrifflichkeiten ohne allgemeingültige Definition mittels verschiedener Betrachtungsweisen genähert.

Seitens des Verfassers dieser Arbeit konnte im Zuge der Vorbereitung und der Erstellung der gegenständlichen Arbeit keine Literatur gefunden werden, die sich ausschließlich mit den im Zusammenhang mit dem Forschungsgegenstand stehenden Publikationen und deren Einfluss auf politische Maßnahmen beschäftigt. Gleichzeitig wird Krisen und dem Umgang damit seitens unterschiedlicher Stakeholder:innen in unterschiedlicher Literatur Rechnung getragen. Dabei spielt die öffentliche Verwaltung und deren Potenzial zur Bewältigung von Krisen auch in internationaler Literatur eine Rolle. Grund hierfür scheint die Vielzahl von Krisen oder krisenhaften Entwicklungen zu sein, denen viele Organisationen sowie Staaten an sich zu begegnen hatten.

2.1 Einbettung des Themenfeldes in die Literatur

Das Thema ‚Inwiefern werden Publikationen der Verwaltung wie Risikobilder und Verfassungsschutzberichte im politischen Handeln berücksichtigt?‘ wird in verschiedenen Disziplinen der Sozialwissenschaften und politischen Forschung mit Aufmerksamkeit bedacht. Es gibt keine Literatur, die sich ausschließlich auf die Interaktionen der beiden im Forschungsgegenstand befindlichen Publikationen und deren Berücksichtigung beschäftigt. Allerdings existieren Studien, Artikel und auch Bücher, die sich mit ähnlichen Fragestellungen befassen.

Grundsätzlich ist wissenschaftliche Literatur, die sich mit dem Themenfeld auseinandersetzt vor allem im Bereich des Krisen- oder Sicherheitsmanagements zu finden. Verwaltung als Berater der Politik dargestellt kann aus Sicht des Verfassers vor allem in neuester Literatur erkannt werden.

Dabei stellt das Auter:innenteam Rozanov et. al. dar, wie der öffentliche Bereich mit Krisensituationen im besten Fall umzugehen hätte. Dabei wird insbesondere darauf Bezug genommen, dass das Erkennen von Krisen auch für Staaten wesentlich ist. Darüber hinaus wird dargelegt, wie Krisen begegnet werden könnte und wie daraus jeweils gelernt werden kann. Dabei ist das Hauptargument für eine resiliente Verwaltung und eine flexible Führung der Verwaltung die damit verbundene Möglichkeit der Entwicklung einer entsprechenden Verwaltungsstruktur. Diese kann sollte in der Lage sein, Krisen zu begegnen und der Gesellschaft so von Nutzen sein (Rozanov et. al., 2020).

Jürgen Trauboth und Gastautor:innen hingegen stellen in seinem Buch das sicherheitsrelevante Krisenmanagement in Unternehmen wie auch in öffentlichen Einrichtungen dar. Neben Begriffsbestimmungen wird dabei versucht Handlungsempfehlungen zu formulieren, um etwaigen Krisen seitens Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen zu begegnen. Das Hauptargument ist, dass ein entsprechend trainiertes Management, etwaige Krisen mit Übung und Vorsorge beherrschen kann (Trauboth, 2022).

„Das Handbuch Außenpolitik“ wurde nicht nur auf Grund der Beiträge über die Sicherheitspolitik und über das Österreichische Bundesheer herangezogen. Die umfangreichen Artikel über verschiedene Politikfelder Österreichs gewähren einen ausgesprochen interessanten Überblick über verschiedene Methoden der unterschiedlichen Ressorts, bei deren Entscheidungsfindung (Senn et. al., 2022).

„Politisches Krisenmanagement“ widmet sich in hingegen Problemstellungen von Krisenmanagement im Bereich der Führung aber auch der Organisationen. Das zu Grunde liegende Argument hier ist, dass politisches Krisenmanagement nicht allein Sache des Staates ist. Denn je umfassender Sicherheit von Vielen verstanden wird, desto resilienter können Gesellschaft insgesamt gegenüber Krisen werden (Jäger et. al., 2022).

„Wissen und Expertise in Politik und Verwaltung“ weist darauf hin, dass Informationsmanagement für politische Entscheidungsträger:innen sich rasch ändern. Gleichzeitig wird darauf Bezug genommen, dass Bereitsteller:innen von Information sich mehr als bisher legitimieren müssen und die Expertisen begründen müssen. In diesem Sammelband kann als Argument herausgearbeitet werden, dass das Bedürfnis an Informationen und an Interpretationen von Informationen seitens der Politik zunimmt. Das führt zu einer gestiegen Interpretationsleistung, die seitens der politisch Verantwortlichen erwartet wird (Kropp/Kuhlmann, 2014).

Ebenso versucht der Sammelband ‚Politikberatung in Österreich‘ mittels Fachbeiträgen unterschiedlicher Autor:innen die verschiedenen Ebenen der Politikberatung darzustellen. Insbesondere die Untersuchung von Beratung der Politik durch die Verwaltung in einzelnen Beiträgen, ist wie im zuvor erwähnten Sammelband ‚Wissen und Expertise in Politik und Verwaltung‘ selten. Hier wird sehr spezifisch auf verschiedene Möglichkeiten samt deren Auswirkungen eingegangen. Auch hier wird jeweils auf die Letztverantwortung des politisch Verantwortlichen hingewiesen (Thierry, 2013).

Weiters konnte in unterschiedlichen Werken, die sich mit Verwaltung und Verwaltungslehre beschäftigen Bereiche identifiziert werden, die sich mit den Interaktionen der Verwaltung und der Politik beschäftigen. Darin ist zum Teil auch eine verändernde Interpretation der Verwaltung dargestellt. Dieser wird mehr Initiative und eine aktivere Rolle zuerkannt (Bull/Mehde, 2022; Holziger et. al., 2013).

Ebenso war in Bezug auf das Themenfeld Krisenmanagement diesbezügliche Literatur zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang war auch die Problemstellung der verschiedenen Bedeutungen von Begriffen Rechnung zu tragen. Management per se wird dabei als wesentlicher Bestandteil jeglichen Handelns, sei es Politisches- oder Verwaltungshandeln gesehen. Steuerungen von Organisationen oder Reaktionen auf Krisen bedingt dabei eine entsprechende Basis von Informationen. Die Argumente dabei sind ähnlich und legen dar, dass Management in welcher Form und Notwendigkeit auch immer, nur auf Basis von Informationen möglich ist. Somit ist es an den jeweiligen Akteur:innen in Politik und Verwaltung Informationsgewinnung zu veranlassen und zu ermöglichen (Weiß, 2019; Thießen, 2014; Geldern, 2017, Münkler et. al.).

„Weniger üblich ist es, [...] Funktion der Ministerialverwaltung mit dem Begriff ‚Politikberatung‘ zu verbinden“ (Hustedt/Salomonsen, 2013, S. 204).

Damit kann erkannt werden, dass Politikberatung im Verständnis vieler nicht von der öffentlichen Verwaltung ausgeht. Dennoch wäre diese Beratungsleistung der Verwaltung als solche anzusprechen. Denn die Aufbereitung von Sachverhalten und Beratung des politisch Verantwortlichen gehört strukturell zu den Aufgaben der obersten Vertreter der Verwaltung (Hustedt/Salomonsen, 2013, S. 204).

In der Politikwissenschaft gibt es Forschungen zur Rolle von Informationen und Berichten der Verwaltung in politischen Entscheidungsprozessen. Diese Arbeiten untersuchen, wie politische Akteur:innen wie Regierungsbeamt:innen, Abgeordnete und Entscheidungsträger:innen auf Verwaltungsinformationen zugreifen und diese zur Beeinflussung politischer Entscheidungen nutzen (Bogumil/Jann, 2022, S. 12).

Zu den Bereichen Krisen- und Risikomanagement gehören auch die Verfassungsschutzberichte und Risikobilder. In diesen gibt es Literatur über die Nutzung dieser Informationen zur Risikobewertung und Entscheidungsfindung. Diese Forschung untersucht, wie unterschiedliche Stakeholder:innen auf Bedrohungsanalysen und Risikoeinschätzungen reagieren. In diesem Zusammenhang werden auch Sicherheitsbehörden und politische Entscheidungsträger:innen erforscht.

Das Thema hat auch in interdisziplinären Forschungsbereichen wie Politikmanagement, Sicherheitsstudien und Risikokommunikation in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Dabei wird die Wechselwirkung zwischen politischer Entscheidungsfindung und der Verfügbarkeit von Verwaltungsinformationen aus verschiedenen Blickwinkeln untersucht.

Forschungen in der öffentlichen Verwaltung beschäftigen sich oft mit der Erstellung und Verbreitung von Verwaltungsberichten und Verwaltungsdokumenten. Dies umfasst die Untersuchung, wie diese Berichte erstellt werden, welche Methoden für die Sammlung und Analyse von Daten verwendet werden und wie diese politischen Akteur:innen zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt zeigt die vorhandene Literatur, dass die Frage nach der Verwendung von Verwaltungspublikationen im politischen Handeln von zunehmend großem Interesse ist und in verschiedenen Forschungsbereichen und Kontexten untersucht wird.

In der vorliegenden Arbeit sind mehrere Grundbegriffe von zentraler Bedeutung, die zur Abgrenzung des Forschungsfeldes eine Definition erfordern. Nachstehend werden einige Grundbegriffe angeführt und erläutert, die für das Verständnis für die gegenständliche Arbeit wesentlich sind.

2.1.1 Krisenmanagement

Krisenmanagement bezieht sich auf die Gesamtheit der strategischen Planungen, Verfahren und Maßnahmen, die zur Antizipation von, zur Reaktion auf und zur Erholung von Krisen

implementiert werden (Thießen, 2014, S. 8). Krisenmanagement meint auch die Art und Weise, wie Krisen zu begegnen ist (Trauboth, 2022, S. 22).

Im Gegensatz dazu versucht Risikomanagement, Risiken proaktiv zu begegnen und die Organisation somit proaktiv resilienter zu machen. Krisenmanagement ist im Vergleich dazu der größere Rahmen oder die übergeordnete Methode. Das Risikomanagement kann demnach als Teil des komplexeren Verfahrens des Krisenmanagements betrachtet werden (Rozanov et al., 2020, S. 5).

Von dem zu unterscheiden wäre jedenfalls das Risikomanagement. Krisen- und Risikomanagement werden zum Teil fälschlicherweise als Synonyme verwendet. Hierbei wäre das Wort Krise zu Beginn näher zu betrachten, um obige Definition umfassend zu verstehen.

Jede Krise ist einzigartig. Sie kann Frühwarnsignale haben oder aus dem nichts entstehen. Sie kann große oder kleine Ursachen haben. Die Ursachen können menschlich, technisch, finanziell oder organisatorisch begründet sein. Auf die Wirkung kommt es an. Am Ende reden wir über den kritischen Zustand eines Unternehmens oder einer Organisation, in der die Funktionsfähigkeit und Stabilität so beeinträchtigt sind, dass die Gefahr eines Reputationsverlustes, eines ernsten wirtschaftlichen Schadens oder gar ein Zusammenbruch droht. (Trauboth, 2022, S. 19)

Anders betrachtet meint Krise Folgendes:

The modern word ‘crisis’ comes from the Latin crisis, meaning a crucial situation or turning point. In medicine, the term ‘crisis’ still retains this meaning and denotes a sharp deterioration of the patient's condition, which may be followed by recovery from the disease or death. In turn, crisis came from the ancient Greek ‘κρίσις’ (krisiz), which means decision or choice and has etymological origin from the verb ‘κρίνω’ (crino) - to decide, which was used in ancient judicial practice to refer to the actions of the trial, including sentencing. Later, the noun ‘κρίσις’ received additional meanings such as outcome (battle), dispute, contest, and even interpretation (dream), but no negative meaning was given. (Rozanov et al., 2020, S. 13)

Im österreichischen Kontext ist erst seit Kurzem der Begriff der Krise festgeschrieben. Die Legaldefinition wurde mit dem am 20. Juli 2023 beschlossenen Bundes-Krisensicherheitsgesetz (B-KSG, Bundesgesetzblatt [BGBl.] I Nr. 89/2023) verabschiedet. Dieses liefert dabei in § 2 des B-KSG folgende Definition:

Droht unmittelbar, entsteht oder besteht durch ein Ereignis, eine Entwicklung oder sonstige Umstände in Angelegenheiten, in denen dem Bund die Gesetzgebung und Vollziehung zukommt, eine Gefahr außergewöhnlichen Ausmaßes für das Leben oder die Gesundheit der Bevölkerung oder eines großen Personenkreises, für die öffentliche Gesundheit, für die öffentliche Ordnung und Sicherheit im Inneren, für die nationale Sicherheit, für die Umwelt oder für das wirtschaftliche Wohl der Republik, deren Abwehr oder Bewältigung die unverzügliche Anordnung, Durchführung oder Koordination von Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich des Bundes dringend erforderlich macht, liegen die Voraussetzungen für die Feststellung einer Krise (§ 3) vor [...]. (B-KSG, BGBl. I Nr. 89/2023, § 2, B-KSG)

Eine Krise ist demnach ein breiterer Begriff und bezieht sich auf eine Phase, in der eine Organisation, eine Gemeinschaft, eine Regierung oder eine Einzelperson mit schwierigen, herausfordernden und oft unerwarteten Umständen konfrontiert ist.

Zudem ist die Begrifflichkeit des krisenhaften Ereignisses bzw. eines Krisenereignisses von dem der Krise zu unterscheiden. Eine Krise kann auch durch ein oder mehrere krisenhafte Ereignisse ausgelöst werden, diese erstreckt sich aber auch oft über einen längeren Zeitraum und bezieht sich auf die damit verbundenen Auswirkungen, Veränderungen und Reaktionen. Ein Krisenereignis bezieht sich auf ein plötzliches, unerwartetes und oft unvorhersehbares Ereignis, das eine Bedrohung, eine Gefahr oder eine kritische Situation darstellt. Krisenhafte Ereignisse können in verschiedenen Kontexten auftreten, darunter in der Politik, Wirtschaft, Gesundheit, Umwelt, Sicherheit und anderen Bereichen des menschlichen Lebens. Beispiele für krisenhafte Ereignisse sind Naturkatastrophen wie Erdbeben, Überschwemmungen, Waldbrände, aber auch Ereignisse wie Terroranschläge, Pandemien, Unfälle in der Industrie, Finanzkrisen oder politische Umwälzungen. Diese Ereignisse sind oft von schwerwiegenden Konsequenzen begleitet und erfordern in der Regel eine schnelle und koordinierte Reaktion. Ein krisenhaftes Ereignis ist ein einzelner Vorfall, der eine Krise auslösen kann. Dagegen kann die Krise selbst eine Phase der Unsicherheit, Instabilität und von Stress in einem System repräsentieren. Die Bewältigung einer Krise erfordert oft einen umfassenderen strategischen Ansatz, um die damit verbundenen Herausforderungen und Probleme zu lösen.

In vielen Fällen ist die Fähigkeit entscheidend, angemessen auf krisenhafte Ereignisse zu reagieren und gleichzeitig eine Krise zu managen. Krisenmanagement umfasst die Planung, Vorbereitung und Umsetzung von Maßnahmen, um krisenhafte Ereignisse zu bewältigen und

deren Auswirkungen auf die Krise zu minimieren. Nicht alle krisenhaften Ereignisse führen zwangsläufig zu einer Krise. Die Reaktion auf krisenhafte Ereignisse kann dazu beitragen, eine Krise zu verhindern oder deren Auswirkungen zu begrenzen.

Das Krisenmanagement umfasst mehrere Phasen, wobei drei Phasen als Standard angenommen werden. Diese sind die Prävention und Vorbereitung, die Reaktion sowie die jeweilige Nachbereitung und die Lerneffekte nach einer Krise (Coombs/Laufer, 2018, S. 199).

In der Präventionsphase werden Risikoanalysen durchgeführt und Frühwarnsysteme implementiert, um mögliche Krisen bereits im Vorfeld zu erkennen und zu bewerten. In dieser Kategorie wären die Risikobilder zu verorten. Die Verfassungsschutzbegriffe können ebenfalls im Hinblick auf deren Ausblicke hier verortet werden. Allerdings sind diese eher der Phase der Evaluation zuzuschreiben. In der nächsten Phase werden Ressourcen bei akutem Kriseneintritt koordiniert, Entscheidungen getroffen und Kommunikationsstrukturen aktiviert, um den Schaden zu minimieren und eine schnellstmögliche Rückkehr zum Normalzustand zu ermöglichen. Nach dem Abklingen der Krise folgt die Phase der Evaluierung und des Lernens, in der die Krisenreaktion analysiert und bewertet wird. Wesentlich ist, Maßnahmen für zukünftige krisenhafte Ereignisse zu optimieren (Thießen, 2014, S. 9).

Das Krisenmanagement zeichnet sich auch durch dessen Interdisziplinarität aus, da es die Koordination verschiedener Fachbereiche notwendig macht. Dabei sollen sowohl verantwortliche Stellen der Verwaltung als auch andere Stakeholder:innen wie Non-Governmental Organisations (NGO) koordiniert werden (Coombs/Laufer, 2018, S. 203). Neben dem technischen und organisatorischen Know-how spielen psychologische Faktoren eine entscheidende Rolle. So sind beispielsweise der Umgang mit Unsicherheit und Stress, die Koordination zwischen verschiedenen Akteur:innen sowie die Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit elementare Aspekte des Krisenmanagements (Jäger et al., 2022, S. 272).

Eine Herausforderung in diesem Kontext besteht in der notwendigen Flexibilität, die das Krisenmanagement erfordert. Keine zwei Krisen sind identisch und daher müssen die Maßnahmen je nach Situation an die beteiligten Akteur:innen und die verfügbaren Ressourcen angepasst werden. Insbesondere im Kontext der Verwaltung erfordert dies eine robuste und dennoch flexible Infrastruktur, die schnell und effizient auf sich verändernde Anforderungen reagieren kann (Rozanov et al., 2020, S. 5).

Insgesamt ermöglicht das Krisenmanagement die effiziente Integrierung von sowohl reaktiven als auch proaktiven Strategien, um so auf unterschiedliche Arten von Krisen adäquat reagieren

zu können. Dies stellt damit ein zentrales Instrument der Verwaltung und politischen Steuerung dar, dessen Bedeutung in einer zunehmend komplexen und vernetzten Welt weiter zunehmen dürfte.

Das Krisenmanagement ist demnach die Grundlage, mit der öffentliche sowie private Organisationen versuchen, möglichen krisenhaften Ereignissen bis hin zu Krisen zu begegnen. Dabei werden unterschiedlichste Ablaufpläne, Handbücher oder Leitfäden erstellt, die im Falle des Bedarfes als Handlungsanweisungen dienen. In Bezug auf die bereits festgestellte Einzigartigkeit einer Krise liegt es dennoch an den handelnden Personen rasch und den Bedürfnissen angepasst zu reagieren. Diesen obliegt es im jeweiligen Anlassfall, die Handlungsanweisungen an die Bedürfnisse anzupassen und so angemessen zu reagieren. Das lässt die Ableitung zu, dass die Erhöhung von Handlungssicherheit von Mitarbeiter:innen ein wichtiger Faktor in Bezug auf die Handhabung von Krisen ist. Somit wären oftmalige Übungen einzelner Abläufe sowohl für die Verwaltung als auch für private Organisationen wesentlich.

Ob und in welchem Umfang Abläufe für die Handhabung einer Krise zu üben wären, ist einem anderen Planungsverfahren zugrunde gelegt. Dabei müssen die Auswirkungen einer Krise den wirtschaftlichen Verlusten, den notwendigen Ressourcen für Krisenprävention und den möglichen Folgewirkungen gegenübergestellt werden. Denn je mehr Ressourcen in die Krisenprävention investiert werden, desto weniger Ressourcen können zwischenzeitlich in die Produktion oder in andere Bereiche gelenkt werden. Somit stellen entsprechende Beurteilungen einzelner Bedrohungen, die als Krise auftreten könnten, eine wichtige Grundlage für die jeweiligen Entscheidungsträger:innen dar.

2.1.2 Bedrohung, Gefahr (Gefährdungen) und Risiko mit Schwergewicht Österreich

Bevor die Darstellung und Beurteilung von Bedrohungen abgebildet werden können, sind die in diesem Kontext maßgeblichen Begriffe zu erläutern und zu definieren. Eine Definition von Bedrohung scheint je nach Kontext und je nach Fachgebiet zu variieren.

„[...] a crisis is a threat that can potentially damage an organization and its stakeholders in three regards- public safety, financial loss, and reputation loss” (Rozanov et al., 2020, S. 5).

Bereits diesbezüglich kann erkannt werden, dass die Begriffe Bedrohung und Krise eng verknüpft sind. Dabei wird die Krise als eine grundsätzliche Bedrohung dargestellt, die Auswirkungen auf verschiedene Bereiche haben kann.

Der Begriff Bedrohung ist mitunter erweitert worden und wird mit anderen Begriffen kombiniert dargestellt, wie „[...] so ‚threat identification‘ becomes a task under the risk identification group” (Wangen et al., 2018, S. 683.) oder „[d]araus ergeben sich zunehmend komplexe Bedrohungsformen, die den Katastrophen- und Bevölkerungsschutz vor neue Herausforderungen stellen“ (Jäger et al., 2022, S. 4).

Im gesetzlichen Kontext wird die Bedrohung im Strafgesetzbuch (StGB) angeführt. Unter § 107(1) StGB ist normiert: „Wer einen anderen gefährlich bedroht, um ihn in Furcht und Unruhe zu versetzen, ist mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 720 Tagessätzen zu bestrafen“ (BGBl. Nr. 60/1974, StGB, § 107 [1]). Dabei wird ausschließlich auf die Strafbarkeit von Handlungen von einzelnen Personen bis zu Gruppen Bezug genommen. Einer abstrakten zukünftigen Bedrohung in einem gesellschaftlichen Kontext ist damit kaum Genüge getan, dies geht an der Absicht der Legislative vorbei.

Eine eindeutige Definition ist aufgrund der vielfältigen Verwendung des Begriffes somit nicht möglich. Eine Annäherung kann aus dem Fachbereich des Krisen- und Risikomanagements versucht werden. Dabei wird Bedrohung als eine potenzielle Gefahr oder eine sich abzeichnende Möglichkeit eines unerwünschten Ereignisses oder Zustands definiert. Bedrohungen können von verschiedenen Arten sein und in unterschiedlichen Kontexten auftreten, einschließlich der Sicherheit, der Gesundheit, der Umwelt oder der Informationssicherheit. Somit kann eine Bedrohung als Gefahr beschrieben werden, die eine Quelle eines Risikos darstellt (BMI, 2018, S. 14).

Bedrohung bzw. Bedrohungen, Bedrohungsformen oder Bedrohungslagen sind immanente Begriffe im Krisen- sowie im Risikomanagement. Wie bereits angeführt, werden die Begrifflichkeiten oftmals synonym mit anderen Begriffen wie dem der Krise verwendet.

Zusammenfassend stellen Bedrohungen Ereignisse dar, die bei Eintritt das Potenzial zum Auslösen eines krisenhaften Ereignisses oder gar einer Krise haben. Somit wird Bedrohung in dieser Arbeit als mögliches zukünftiges Ereignis verstanden, das Auswirkungen auf die eigene Organisation haben kann. Diese Auswirkungen können sich ohne Gegenmaßnahmen zu krisenhaften Ereignissen oder Krisen entwickeln. Somit sind Bedrohungen so früh wie möglich

zu erkennen und wie bei Krisen im eigenen Nahbereich zu beobachten, zu beurteilen und zu bewerten.

Bezugnehmend auf die Phasen des Krisenmanagements liegt ein Anknüpfungspunkt in der Prävention. Hier stellen Lagebilder oder Einschätzungen einen wesentlichen Beitrag dar, um entsprechende Maßnahmen veranlassen zu können.

Ergänzend hierzu ist die Gefahr zu betrachten. Der Begriff Gefahr ist im Vergleich zum Begriff Bedrohung wesentlich öfter im gesetzlichen Kontext in der österreichischen Rechtsordnung auffindbar (ris.gv.at). Im Speziellen ist dies im Bereich von Versicherungen bzw. Versicherungsverträgen der Fall. Darüber hinaus kann auch diesbezüglich keine allgemeingültige Definition des Begriffes Gefahr dargelegt werden. Die Definition von Gefahr variiert je nach Kontext und Fachgebiet. So bezieht sich einerseits im Bereich Umweltschutz der Begriff Gefahr auf Schadstoffe oder negative Faktoren, die sich negativ auswirken (StGB, BGBl. Nr. 60/1974, § 180). Andererseits meint Gefahr beispielsweise im Bereich Finanzen ein Risiko der Verluste von Geldwerten oder Geldbeträgen (Einkommensteuergesetz, BGBl. Nr. 400/1988, § 11). Demnach wird der Begriff je nach Themengebiet auf unterschiedlichste Art und Weise verwendet.

Im Bereich des Krisen- und Risikomanagements wird Gefahr als potenzielle Bedrohung oder als Risiko verstanden, die einer Organisation schaden kann. Der Unterschied zur Bedrohung und zum Risiko liegt in der möglichen Angabe von Gefahr, durch welche Formen Organisationen von Gefahren beeinflusst werden können, zum Beispiel ob diese physischen oder menschlichen Ursprungs sind (BMI, 2018, S. 12).

Davon ist jedenfalls das Risiko zu unterscheiden. Aus einer rechtlichen Betrachtung des Begriffes wird in Österreich auf das Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) verwiesen, in dem ein operationelles Risiko als Verlustrisiko durch mangelhafte Arbeit innerhalb von Prozessen verstanden wird (BGBl. I Nr. 34/2015, VAG, § 111).

Aus Sicht des Risikomanagements meint Risiko die Kombination von Wahrscheinlichkeit und Konsequenz eines Ereignisses (BMI, 2018, S. 13). Die Begriffe ‚Bedrohung‘, ‚Gefahr‘ und ‚Risiko‘ werden oft im Zusammenhang mit Sicherheit, Gesundheit und Risikomanagement, aber auch mit dem Krisenmanagement verwendet.

Eine Bedrohung bezieht sich auf eine potenzielle Gefahr, einen Schaden oder eine schädliche Handlung, die die Sicherheit, Integrität oder den Wohlstand von Personen, Organisationen oder

Gütern gefährden kann. Bedrohungen sind oft konkrete und identifizierbare Faktoren oder Ereignisse, die auf eine potenzielle Gefahr hinweisen. Diese können absichtlich oder zufällig sein. Beispiele für Bedrohungen sind ein unbeaufsichtigtes Gepäckstück in einem öffentlichen Bereich, ein Hackingangriff auf ein Computersystem oder die Aussicht auf einen Hurrikan (Jäger et. al., 2022, S. 77).

Demgegenüber stellt die Gefahr ein potenzielles Ereignis, einen Zustand oder eine Situation dar, die Schaden oder Verlust verursachen kann. Gefahren müssen nicht immer konkret darstellbar sein und können zum Teil schwer zu identifizieren oder zu quantifizieren sein. Ebenso stellen diese das Vorhandensein von möglichen Risiken dar. Beispiele für Gefahren sind elektrischer Strom, Chemikalien, Erdbeben oder unsichere Arbeitsbedingungen (Aven/Thekdi, 2020, S. 166).

Abschließend ist das Risiko angeführt, das die Wahrscheinlichkeit des Eintretens einer Bedrohung darstellt. Ein Risiko ist eine quantitative Messung, die sowohl die Wahrscheinlichkeit als auch die Auswirkungen von Bedrohungen oder Gefahren berücksichtigt. Hier spielt das beschriebene Risikomanagement eine wichtige Rolle, das sich proaktiv um die Identifikation und entsprechende Anpassung an etwaige Bedrohungen kümmert (Aven/Thekdi, 2020, S. 9).

Grundlegend kann unter einem Sicherheitsrisiko die Kombination aus der Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines unerwünschten Ereignisses und der Schwere dessen potenzieller Auswirkungen verstanden werden (Münkler et al., 2010, S. 32). Die Begriffe Sicherheit und Risiko sind im Risikomanagement eng miteinander verbunden. „[T]he security level is linked to the risk level; a high security level means a low risk and vice versa“ (Aven/Thekdi, 2020, S. 166). Dabei können Auswirkungen sowohl materieller als auch immaterieller Natur sein und unterschiedliche Sektoren und Akteur:innen betreffen. Das Spektrum der als Sicherheitsrisiken betrachteten Ereignisse ist breit und kann von Cyberangriffen über terroristische Bedrohungen und Naturkatastrophen bis hin zu politischer Instabilität und sozialen Unruhen reichen.

Eine Bedrohung kann demnach eine spezifische Gefahr darstellen. Das Risiko ergibt sich aus der Wahrscheinlichkeit, dass die Bedrohung in Verbindung mit der Gefahr eintritt und Schaden verursacht. Dennoch sind diese Begriffe sowohl in der Praxis als auch in der Literatur miteinander verbunden. Eine klare Trennung dieser Begriffe sowie eine eindeutige Definition ist kaum darstellbar. In Teilbereichen wie im Risikomanagement ist eine Abgrenzung greifbar. Allerdings verschwimmt diese in der übergeordneten Ebene des Krisenmanagements.

2.1.3 Verfassungsschutzbericht und Risikobild

Der Begriff ‚Verfassungsschutzbericht‘ beschreibt ein jährlich oder in anderen regelmäßigen Abständen publiziertes Dokument, das eine Bewertung der inneren Sicherheitslage eines Landes vor dem Hintergrund verschiedener Bedrohungsszenarien wie Extremismus, Terrorismus und Spionage liefert (Illan, 2023, S. 107).

Der Verfassungsschutzbericht bietet den politischen und öffentlichen Entscheidungsträger:innen sowie privaten Organisationen eine evidenzbasierte Grundlage. Aufbauend auf dieser können Strategien entwickelt und politische Maßnahmen sowie Firmenstrategien definiert werden. Dieses Instrument ist insofern relevant, als es im Unterschied zum Risikobild auch eine systematische Sammlung und Darstellung von Daten bzw. Statistiken ist, die unmittelbar in einer Analyse münden. Diese Bewertung von Daten ermöglicht, dass diese in den Prozess der wirkungsorientierten Steuerung einfließen können. Dabei meint Wirkungsorientierung in der öffentlichen Verwaltung, dass die Programme und Politiken auf die Erreichung von Ergebnissen statt ausschließlich auf die Umsetzung von Aktivitäten abzielen (BKA, 2016, S. 11).

Wesentlich ist gleichzeitig die wiederkehrende Methodik, um die Vergleichbarkeit anschaulich unter denselben Kriterien darstellen zu können. Dadurch werden die Relevanz und Validität des Berichtes erhöht, was wiederum die abgeleiteten möglichen politischen Entscheidungen verbessern kann bzw. nachvollziehbarer erscheinen lässt (Bogumil/Jann, 2020, S. 232).

Anzumerken ist, dass der Verfassungsschutz in Österreich im Vergleich zu Deutschland aufgrund der Bündelung einer Staatsschutz- und Nachrichtendienstkomponente auch polizeiliche Befugnisse ausüben darf, wenngleich diese ausschließlich der Staatsschutzkomponente zukommt (Staatsschutzgesetz, BGBl. I Nr. 5/2016).

Demgegenüber ist das ‚Risikobild‘ als eine Analyse von sicherheitspolitischen Herausforderungen auf nationaler und internationaler Ebene anzuführen. „Das Risikobild ist eine systematische Darstellung jener sicherheits- und verteidigungspolitisch relevanten Risiken, die sich unmittelbar auf die österreichische und europäische Sicherheitsordnung auswirken“ (Risikobild, 2023, S. 22).

Hierbei werden potenzielle Gefahren und Risiken identifiziert und bewertet, um die nationale Sicherheitsstrategie entsprechend auszurichten (Strohmeier, 2007, S. 51). Die dabei zugrunde liegenden Analysen stellen eine Untersuchung von möglichen Ereignissen dar, die als Risiken

definiert werden können. Diese können darüber hinaus im Hinblick auf vermeintliche Auswirkungen beurteilt werden. Risiken stellen in diesem Zusammenhang „mögliche zukünftige Ereignisse dar, die nachteilige Auswirkungen auf die österreichische Sicherheit haben können“ (Risikobild, 2023, S. 23). Zusätzlich kann die Eintrittswahrscheinlichkeit bedacht werden, wenngleich diese ereignisabhängig ist (Geldern, 2017, S.13).

2.2 Entwicklungen der Publikationen

Im Folgenden wird im Speziellen auf die Entwicklung des Risikobildes und des Verfassungsschutzberichtes eingegangen. Dabei werden die jeweiligen Inhalte dieser Berichte über dem Zeitraum von 2015 bis 2022 analysiert. Weiters ist der Aufbau aber auch der Inhalt Teil der Untersuchung.

2.2.1 Entwicklung der Verfassungsschutzberichte von 2015 bis 2022

Die vom BMI veröffentlichten Berichte bieten eine jährliche Einschätzung der Bedrohungslage in Bezug auf die innere Sicherheit des Landes und dienen als Leitfaden für politische Entscheidungsträger:innen und die breitere Öffentlichkeit.

Die Untersuchung beginnt mit dem Verfassungsschutzbericht des Jahres 2015. Dieser Zeitpunkt war durch eine erhöhte Wahrnehmung von sicherheitspolitischen Herausforderungen gekennzeichnet. Im Besonderen waren dies Fragen der Migration und des internationalen Terrorismus. In diesem Jahr erlebte Österreich einen verstärkten Zustrom von Asylbewerber:innen und der Bericht spiegelte die wachsenden Sicherheitsbedenken wider, die mit dieser Situation einhergingen (Beck, 2015, S. 102).

Die Entwicklung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) zur Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) stellt einen signifikanten Wendepunkt in der Struktur und Funktionsweise der österreichischen Sicherheitsarchitektur dar. Der Übergang von BVT zu DSN ist oft als ein Qualitätssprung in der Effizienz, Professionalität und Transparenz des österreichischen Nachrichtendienstes dargestellt worden (Vogl, 2021, S. 757). Diese Veränderungen sind in engem Zusammenhang mit dem verabschiedeten Staatsschutz- und Nachrichtendienst-Gesetz (SNG) zu sehen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Arbeit des Nachrichtendienstes festlegt (Vogl, 2021, S. 755).

Im Zuge der Neustrukturierung wurden auch die Mechanismen zur Qualitätssicherung und zur Kontrolle des Nachrichtendienstes überarbeitet (Vogl, 2021, S. 757).

Diese ‚vermeintliche‘ qualitative Verbesserung kann jedoch kritisch hinterfragt werden. Durch vergleichende Statistiken und operative Erfolge lassen sich vermeintlich positive Entwicklungen darstellen, die als Indikatoren für eine gesteigerte Effizienz dienen können. Dennoch bleiben qualitativ bedeutsame Fragen bestehen, etwa im Hinblick auf die Transparenz der Entscheidungsprozesse oder die Wahrung der Grundrechte (Figl/Müller, 2022, S. 138).

Die Verfassungsschutzberichte bieten jedes Jahr eine Darstellung der wesentlichsten Phänomenbereiche. Dabei werden vor allem die Bereiche Rechtsextremismus, Linksextremismus und religiös motivierter Extremismus behandelt. Neben einer auf den Kriminalstatistiken und Daten des Verfassungsschutzes für die einzelnen Phänomenbereiche fußenden Darstellung wurden bis zum Bericht des Jahres 2020 auch Fachbeiträge über bestimmte Phänomenbereiche veröffentlicht.

Mit dem ersten Bericht der DSN wurde die Struktur geändert. Seither sind keine Fachbeiträge im Verfassungsschutzbericht angeführt, allerdings sind die Kapitel über die beschriebenen Phänomenbereiche wesentlich ausführlicher geworden. Darüber hinaus wurden einzelne besondere Vorkommnisse anonymisiert dargestellt, um die Entwicklung in den jeweiligen Phänomenbereichen plakativer darzustellen. Ergänzend wurde ab dem Jahr 2021 der Prävention, dem Schutz der kritischen Infrastruktur sowie dem Schutz der obersten Organe mehr Aufmerksamkeit gewidmet.

Allgemein kann festgestellt werden, dass im Zeitraum von 2015 bis 2022 Verfassungsschutzberichte eine sukzessive Erweiterung der behandelten Themen erfahren haben. Neben der anfänglichen Fokussierung auf klassische sicherheitspolitische Themen wie Terrorismus und Extremismus haben in den späteren Jahren zunehmend auch andere Themen Eingang gefunden, wie Cybersicherheit, der Einfluss ausländischer Staaten und die zunehmende Polarisierung innerhalb der Gesellschaft. Insbesondere dem Phänomenbereich der Corona Maßnahmen-Gegner:innen (CMG) wurde ab dem Jahr 2021 viel Raum gegeben.

Es gibt keine Darstellung der Methodenwahl, die dem jeweiligen Verfassungsschutzbericht zugrunde liegt. Die jeweiligen Vorwörter werden durch die jeweiligen Bundesminister:innen erstellt, in diesen wird allgemein auf das vergangene Jahr Bezug genommen. Seit 2021 wird einer Einleitung Platz gegeben, die sich allerdings mit den aktuellen neuen Entwicklungen des Verfassungsschutzes beschäftigt. Ein Versuch der Kontextualisierung des Verfassungsschutzes

wurde erstmalig im Bericht 2022 vorgenommen. Dies lag darin begründet, dass dies der zweite Bericht der neugegründeten Behörde DSN war.

Inhaltlich zeigt sich eine Entwicklung im Detaillierungsgrad der Berichte. Während die frühen Ausgaben oft eine eher deskriptive Darstellung der Sicherheitslage boten, lässt sich in den späteren Jahren eine verstärkte Nutzung quantitativer Daten und eine differenziertere Analyse von Bedrohungsszenarien feststellen. Dies weist darauf hin, dass die Berichte im Laufe der Zeit an Komplexität und Tiefe gewonnen haben. Dies ist vermutlich neben der strukturellen und personellen Erneuerung einer veränderten Wahrnehmung der Bedrohungslage und einer gestiegenen Erwartungshaltung seitens der politischen Entscheidungsträger:innen und der Öffentlichkeit geschuldet.

Weitere Aspekte in der Entwicklung dieser Veröffentlichungen sind die steigende Transparenz und der öffentliche Zugang zu diesen Dokumenten. Die Verfassungsschutzberichte werden online veröffentlicht und sind somit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich, was die demokratische Kontrolle und die öffentliche Debatte fördert. Insgesamt zeigt die Entwicklung der Verfassungsschutzberichte von 2015 bis 2022 eine Anpassung an die veränderten sicherheitspolitischen Herausforderungen und Bedürfnisse. Diese sind komplexer, vielfältiger und transparenter geworden und spiegeln damit die wachsenden Anforderungen an die Sicherheitsarchitektur des Landes wider (Verfassungsschutzbericht, 2022).

2.2.2 Entwicklung der Risikobilder bzw. sicherheitspolitischen Jahresvorschauen von 2015 bis 2022

Ziel der Risikobilder ist eine objektive und faktenbasierte Darstellung von sicherheitsrelevanten Themen für Österreich und die EU. Dabei werden keine deskriptiven Darstellungen und Grafiken verwendet, sondern es wird auf eine Vielzahl von Gastbeiträgen von namhaften Expert:innen und Wissenschaftler:innen in unterschiedlichen Themenfeldern zurückgegriffen (Risikobild, 2023, S. 21).

Diese Aneinanderreihung von Fachartikeln kann für Interessierte eine qualitativ hochwertige Quelle von unterschiedlichen Expert:innenmeinungen darstellen. Diese können so sehr viele Themenfelder oder viele Blickwinkeln eines Problemfeldes beleuchten. Somit können diese Artikel den Anstoß zu einer tiefgreifenden Auseinandersetzung mit einzelnen Themen geben.

Die Risikobilder werden wie die Verfassungsschutzberichte einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Diese werden nach der offiziellen Veröffentlichung im Rahmen einer Vorstellung, bei der explizit die Wehrsprecher:innen der Parteien eingeladen sind, auf der Homepage des BMLV veröffentlicht. Fraglich bleibt, ob eine breite Öffentlichkeit bei dieser Vielzahl an Fachartikeln diese Risikobilder entsprechend aufnehmen und kontextualisieren kann sowie diese auch liest. Diese Publikation wurde bis 2021 als ‚sicherheitspolitische Jahresvorschau‘ bezeichnet. Im Jahr 2022 wurde zur Bezeichnung ‚Risikobild‘ gewechselt.

Im Zeitraum von 2015 bis 2022 haben mehrere entscheidende geopolitische und gesellschaftliche Veränderungen stattgefunden, die signifikanten Einfluss auf die Perzeption und Kategorisierung von Bedrohungen oder Risiken gehabt haben. Die Risikobilder dienen wie beschrieben als Instrumente, die sowohl für politische Entscheidungsträger:innen als auch für die breite Öffentlichkeit konzipiert sind. Diese sind eine „[...] Publikation, die sich gleichermaßen an Fachleute, Diplomaten, politische und militärische Entscheidungsträger, Journalisten und an die interessierte Öffentlichkeit richtet“ (Sicherheitspolitische Jahresvorschau, 2017, S. 9).

Die Fachartikel der jeweiligen Publikation werden immer in Themenblöcken zusammengefasst. Somit wird eine Einordnung der Artikel erleichtert. Dabei werden Bereiche wie die EU, geopolitische Ereignisse mit Auswirkungen auf Österreich oder Österreich selbst definiert.

Im Jahr 2015 wurde eine besondere Betonung auf die Risiken des internationalen Terrorismus und die politische Instabilität in verschiedenen Teilen der Welt gelegt. Diese Ausrichtung war eine direkte Reaktion auf die damaligen geopolitischen Spannungen und die Zunahme terroristischer Aktivitäten in Europa. Die Berichte thematisierten auch die wachsende Cyberbedrohung und die damit verbundenen Risiken für die nationale Sicherheit.

In den folgenden Jahren bis 2022 hat sich der Fokus sukzessive erweitert. Themen wie Klimawandel, Migrationsbewegungen, die Verbreitung von Desinformation und die wachsende Bedeutung von hybriden Bedrohungen wurden in den Risikobildern stärker berücksichtigt. Auch die Betrachtung von geopolitischen Rivalitäten insbesondere im Kontext der Beziehungen zu Russland und China hat an Bedeutung gewonnen.

Im Vergleich der Risikobilder über den betrachteten Zeitraum zeigt sich eine kontinuierliche Anpassung und Erweiterung der analysierten Themen. Dies spiegelt nicht nur die dynamische Natur der Bedrohungen oder Risiken, sondern auch den Willen wider, ein umfassendes, multifaktorielles und über militärische und politische Risiken hinausgehendes Verständnis von

Sicherheit zu entwickeln. Die Berichte zeigen damit eine zunehmende Komplexität und Differenzierung in der Risikobewertung, was für eine umfassende und nuancierte Behandlung des Themas in der politischen Diskussion und der Entscheidungsfindung unerlässlich ist.

Die jeweiligen Risikobilder können einen gewinnbringenden Mehrwert für das gesamtstaatliche Lagebild erbringen, wie im Militärstrategischen Konzept (MSK) 2017 gefordert. Der enormen Breite des Spektrums der behandelten Themen sowie der zunehmenden Komplexität einzelner Phänomene ist es jedoch geschuldet, dass die Aufbereitung und Darstellung unter Umständen zu umfangreich ist, um von weiten Teilen der Bevölkerung entsprechend evaluiert werden zu können (MSK, 2017, S. 4).

2.2.3 Allgemeine Rechtsgrundlagen der relevanten Veröffentlichungen

Nachdem das Risikobild wie auch der Verfassungsschutzbericht von Institutionen der Verwaltung erstellt werden, ist eine gesetzliche Grundlage unabdingbar. Das Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) normiert in Art. 18 (1): „Die gesamte staatliche Verwaltung darf nur auf Grund der Gesetze ausgeübt werden.“ (B-VG, BGBl. Nr. 1/1930, Art. 18 [1]). Dieses „nur auf Grund der Gesetze“ wird als Rechtsgrundlage definiert. Die Rechtsgrundlage bezeichnet somit den gesetzlichen Rahmen, auf dessen Basis staatliche Institutionen und Ämter agieren dürfen. Im Kontext dieser Arbeit betrifft dies die gesetzlichen Bestimmungen, die die Erstellung, Veröffentlichung und zum Teil die Verwendung von Verfassungsschutzberichten und Risikobildern in Österreich regeln.

Verfassungsschutzberichte werden in der Regel von den zuständigen Sicherheitsbehörden erstellt und an das Parlament weitergeleitet sowie der Öffentlichkeit präsentiert. Veröffentlicht wird der Verfassungsschutzbericht durch das BMI. Diese Berichte dienen der Information und Aufklärung über aktuelle Gefährdungslagen vor allem in den Bereichen innere Sicherheit und Terrorismus. Das Sicherheitspolizeigesetz (SPG, BGBl. Nr. 662/1992) und das SNG (BGBl. I Nr. 5/2016) stellen die rechtliche Grundlage dar und legen spezifische Anforderungen hinsichtlich der Inhalte, der Datengrundlage und der Veröffentlichungspraxis fest. Zu beachten ist, dass die Erstellung und Veröffentlichung dieser Berichte nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine politische Dimension aufweist (Bull/Mehde, 2014, S. 42).

Das SNG stellt einen entscheidenden regulatorischen Rahmen für die Tätigkeiten des Verfassungsschutzes in Österreich dar. Durch dieses Gesetz werden die Zuständigkeiten,

Befugnisse und Beschränkungen des Verfassungsschutzes präzise definiert (Vogl, 2021, S. 756). Es ist daher von essenzieller Bedeutung, das SNG in den Diskurs um die Qualität der Politikberatung und den Einfluss von Veröffentlichungen wie Verfassungsschutzberichten einzubeziehen.

Im SNG ist hierzu unter § 17 (1) angeführt:

Die Direktion hat unter Einbeziehung der Tätigkeiten der für Staatsschutz zuständigen Organisationseinheiten der Landespolizeidirektionen jährlich einen Bericht zu erstellen, mit dem die Öffentlichkeit, unter Einhaltung von gesetzlichen Verschwiegenheitspflichten, über aktuelle und mögliche verfassungsschutzrelevante Entwicklungen informiert wird. (SNG, BGBl. I Nr. 5/2016 §17 [1])

Das SNG schafft auch die rechtlichen Voraussetzungen für die Sammlung und Auswertung von Informationen, die für die nationale Sicherheit relevant sind. Dies beinhaltet die Einrichtung von Informationsnetzwerken, den Zugang zu Datenbanken und die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und Nachrichtendiensten (SNG, BGBl. I Nr. 5/2016). Das SNG leistet einen unverzichtbaren Beitrag im Kontext für beratende Schriftsätze für die politischen Entscheidungsträger:innen (Strohmeyer, 2013, S. 94).

Risikobilder haben eine andere Funktion und Rechtsgrundlage. Die Rechtsgrundlage für diese Publikationen stützt sich auf ein breiteres Mandat für die Landesverteidigung gemäß dem B-VG und der nationalen Sicherheit, wie es in verschiedenen Gesetzestexten und Strategiepapieren verankert ist. Die gesetzlichen Grundlagen für das BMLV sind neben dem B-VG zum großen Teil das Wehrgesetz (WG, BGBl. I Nr. 146/2001) und das Militärbefugnisgesetz (MBG, BGBl. I Nr. 86/2000). Davon abgeleitet kann in der aktuellen Version des MSK erkannt werden, dass die „Generierung des militärstrategischen Lagebildes und die Mitwirkung an der Generierung des gesamtstaatlichen Lagebildes“ (BMLV, 2017, S. 6) dort verankert sind.

Ebenfalls wesentlich in diesem Prozess ist der Generalstabschef des Österreichischen Bundesheeres. Dieser fungiert als ständiges Mitglied in verschiedenen Unterausschüssen, die mit der Erstellung von Risikobildern befasst sind. Die vom Generalstabschef in diese Gremien eingebrachte Expertise resultiert aus dessen zentraler Rolle in der militärischen Hierarchie und dessen direktem Zugang zu den Ergebnissen der militärischen Aufklärung (Eder F., 2022, S. 296).

In diesem Kontext verdient die Rolle der militärischen Aufklärung Erwähnung. Die militärische Aufklärung ist ein integraler Bestandteil einer Sicherheitsinfrastruktur und dient als primäre Informationsquelle für die Generierung von Lagebildern (Binder, 2020, S. 135). Die Aufgaben der militärischen Aufklärung sind nicht nur auf die externe Sammlung von Informationen ausgerichtet, sondern umfassen auch interne Analysen und Bewertungen, die für politische Entscheidungsträger:innen von Bedeutung sind.

Anzumerken ist, dass die verantwortlichen Organisationselemente für die Erstellung der genannten Berichte in den jeweiligen Ministerien angesiedelt sind. Diese sind somit Teil des ministeriellen Apparates und weisungsgebunden. Seitens des Verfassungsschutzberichtes ist im SNG normiert, dass die nachgeordneten Landepolizeidirektionen für die Erstellung des Berichtes hinzuzuziehen sind. Für das Risikobild wird ebenfalls dem Ministerium nachgeordnete Dienststellen bzw. das Österreichische Bundesheer für eine bestimmte Beitragsleistung hinzugezogen. Grundlage dessen können Kommentare von Bediensteten, aber auch Lageeinschätzungen sein. Im Besonderen darf auf die Beitragsleistung der militärischen Nachrichtendienste verwiesen werden.

In der Gesamtschau ermöglichen die Rechtsgrundlagen somit nicht nur die Erstellung der genannten Veröffentlichungen. Diese strukturieren auch die Form und den Inhalt sowie den institutionellen Kontext, in dem diese entstehen. Damit legen diese den normativen Rahmen fest, innerhalb dessen die Verwaltung und Politik in Österreich in Bezug auf Sicherheitsfragen transparent und nachvollziehbar agieren können.

Erst mit 1. Jänner 2024 und dem Inkrafttreten des B-KSG wird in Österreich ein Organisationselement eingerichtet, das ein gesetzlich verankertes gesamtstaatliches Lagebild zu erstellen und Beurteilungen über etwaige Entwicklungen und Risiken anzustellen hat. Im B-KSG heißt es dazu:

Dem Bundeslagezentrum obliegt es unter Mitwirkung der im jeweiligen Wirkungsbereich betroffenen Bundesministerien [...] die Informationssammlung, die permanente Beobachtung, Analyse und Bewertung von aktuellen Entwicklungen im Zuständigkeitsbereich des Bundes (§2) sowie die Erstellung aktueller Lagebilder. (B-KSG, BGBl. I Nr. 89/2023, § 6 [2])

2.2.4 Ähnliche Veröffentlichungen in ausgewählten Nachbarländern

Im Folgenden wird ein internationaler Vergleich mit Deutschland, der Schweiz und Tschechien dargestellt. Diese Länder sind kulturell, politisch und sicherheitspolitisch vergleichbar mit Österreich. Somit wird zu den Staaten Deutschland, Österreich und der Schweiz (DACH) mit Tschechien noch ein weiterer Vergleich herangezogen. Deutschlands zentrale Institution des Bundesamtes für Verfassungsschutz produziert jährliche Berichte, die in deren methodologischer Herangehensweise und Themenabdeckung den österreichischen Veröffentlichungen ähneln. Allerdings sind die deutschen Berichte in der Regel umfangreicher und bieten detailliertere Analysen. Besonderer Fokus liegt auf der Bedrohung durch Rechts- und Linksextremismus, internationalen Terrorismus und Spionage. Die Berichterstattung wird zudem durch gezielte sowie themenspezifische Studien und Publikationen ergänzt, die einen tiefgreifenden Einblick in spezielle Sicherheitsrisiken ermöglichen.

In der Schweiz gibt der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) jährliche Sicherheitsberichte heraus. Die Berichte sind kompakter gestaltet und weniger umfangreich als die deutschen und österreichischen Ausgaben. Diese konzentrieren sich auf Bedrohungen wie Terrorismus, Extremismus und Spionage sowie auf die spezifischen geopolitischen Bedingungen der Schweiz. Eine Besonderheit ist der stärkere Fokus auf den Aspekt der Cybersicherheit, der als wachsendes Sicherheitsrisiko dargestellt wird.

Tschechien veröffentlicht ebenfalls jährliche Berichte durch den Sicherheitsinformationsdienst (BIS). Die Berichte zeichnen sich durch eine ausgewogene Mischung aus quantitativen Daten und qualitativen Einschätzungen aus und fokussieren ähnliche Themen wie Extremismus, Terrorismus und Spionage. Zudem wird die Bedrohung durch ausländische Einflüsse insbesondere von Russland und China stärker als in den österreichischen Berichten betont.

Die vergleichende Betrachtung der Berichterstattung in den Nachbarländern ermöglicht eine differenzierte Einschätzung der Qualität und des Umfangs der österreichischen Verfassungsschutzberichte und Risikobilder. Im internationalen Kontext zeigt sich, dass Österreichs Berichte in deren methodologischer Raffinesse und thematischer Vielfalt durchaus auf einem ähnlichen Niveau sind. Vor allem das Risikobild kann als vorteilhaft für den Vergleich angeführt werden. Mit dem Risikobild vergleichbare Veröffentlichungen konnten nicht in der Tiefe und in vollem Umfang identifiziert werden.

Nationale Kontexte und Sicherheitslagen erfordern divergente Schwerpunktsetzungen. Die Analyse legt somit nahe, dass die Verfassungsschutzberichte sowie die Risikobilder Österreichs

eine adäquate Grundlage für die Bewertung der nationalen Sicherheitslage bieten. Gleichzeitig lassen diese Raum für weitere Verbesserungen und Anpassungen.

2.3 Politikberatung durch die Verwaltung

Grundsätzlich kann zwischen der Politikberatung durch Dritte und der Politikberatung durch die Verwaltung differenziert werden.

Die ‚Politikberatung im klassischen Sinn‘ bezieht sich auf die externe Beratung oder Expertise, die von unabhängigen Berater:innen, Think Tanks, Akademiker:innen, Expert:innen und anderen NGO bereitgestellt wird. Diese Form der Politikberatung zielt auf die Versorgung politischer Entscheidungsträger:innen mit zusätzlichen Perspektiven und Meinungen ab, die außerhalb der Verwaltung existieren. Die Politikberatung im klassischen Sinn kann auf einer breiteren Palette von politischen Themen und Herausforderungen basieren (Thierry, 2013, S. 18).

Im Gegensatz zur Politikberatung durch die auf Regierungsbehörden angewiesene Verwaltung kann die Politikberatung im klassischen Sinn unabhängiger und kritischer sein. Externe Berater:innen können verschiedene politische Standpunkte und Meinungen vertreten und alternative Lösungen oder politische Ansätze empfehlen. Think Tanks und Forschungseinrichtungen sind typische Quellen für diese Art der Politikberatung (Thierry, 2013, S. 14).

Bei der ‚Politikberatung durch die Verwaltung‘ handelt es sich um einen Ansatz, bei dem die Verwaltung oder Behörden innerhalb eines Regierungssystems politische Ratschläge und Empfehlungen für politische Entscheidungsträger:innen bereitstellen. Dies geschieht in der Regel im Rahmen der öffentlichen Verwaltung und bezieht sich auf die Expertise und das Fachwissen von Regierungsbeamt:innen sowie auf Publikationen der Verwaltung, um Politikgestaltung und -umsetzung zu unterstützen. Die Verwaltung hat Zugang zu umfassenden Informationen, Forschungsergebnissen und Daten, die zur Entwicklung von Politikvorschlägen verwendet werden (Strohmeyer, 2013, S. 91).

Die Politikberatung durch die Verwaltung kann auf verschiedenen Ebenen der Regierung stattfinden, von der lokalen bis zur nationalen Regierung. Diese basiert auf der Idee, dass die öffentliche Verwaltung aufgrund deren Nähe zu den politischen Herausforderungen und der

technischen Expertise in der Lage ist, sachkundige Empfehlungen zur Gestaltung und Umsetzung von Politikmaßnahmen zu liefern (Hustedt/Salomonsen, 2014, S. 204).

Zusammenfassend besteht der Hauptunterschied zwischen den beiden Ansätzen darin, wer die politische Beratung bereitstellt. In der Politikberatung durch die Verwaltung stammt die Beratung von staatlichen Stellen, während bei der Politikberatung im klassischen Sinn externe Akteur:innen die Beratung anbieten. Beide Ansätze können jedoch zur Verbesserung der Qualität und Effektivität der politischen Entscheidungsfindung beitragen, indem sie umfassende Informationen, Fachwissen und verschiedene Perspektiven bereitstellen.

In dieser Arbeit wird die konkrete Beratungsleistung der im Forschungsgegenstand stehenden Publikationen untersucht. Um den vermeintlichen Einfluss von Publikationen zu untersuchen, muss zuerst der Policy Cycle erläutert werden und welche Rolle die Verwaltung dabei einnimmt. Wie in Abbildung 1 ersichtlich, stellt der Policy Cycle einen immer weiter in sich greifenden Ablauf dar.

Dieser bietet einen strukturierten Rahmen zur Analyse und für das Verständnis, wie Politiken erstellt und verwaltet werden. Der Policy Cycle besteht in der Regel aus mehreren Stufen, wobei die Anzahl der Stufen und deren spezifische Merkmale je nach Quelle und Modell variieren können (Bogumil/Jann, 2023, S. 13). Dabei ist dieser eine schematische Darstellung und keine Beschreibung dessen, wie Politikgestaltung in der Praxis funktioniert. Im Folgenden wird ein Modell mit sechs Stufen erläutert.

Die erste Phase wird als Agenda Setting bzw. Themenbildung bezeichnet. Dort wird ein Problem oder eine Frage als Kandidat für staatliches Eingreifen erkannt. Verschiedene Faktoren wie öffentlicher Druck, politische Agenden oder Empfehlungen von Expert:innen können ein Thema auf die politische Agenda setzen.

In der Phase der Politikformulierung entwickeln Politikgestalter:innen und Expert:innen potenzielle Politikoptionen und Strategien zur Lösung des identifizierten Problems. Dies umfasst Forschung, Analyse und die Gestaltung konkreter Politikvorschläge. Die Politikformulierung ist die zweite Phase.

Die Entscheidungsfindung wird als die dritte Phase beschrieben. In dieser treffen politische Entscheidungsträger:innen eine Auswahl aus den formulierten Politikvorschlägen und verabschieden die Politik in Form von Gesetzen, Verordnungen oder Verwaltungsanweisungen.

In der vierten Phase bzw. der Umsetzungsphase wird die beschlossene Politik in die Praxis umgesetzt. Dies kann die Bereitstellung von Ressourcen, die Schaffung von Durchführungsmechanismen und die Kommunikation mit den Bürger:innen umfassen.

Schließlich wird in der fünften Phase der Überwachung und Evaluation die Politik nach der Umsetzung überwacht und bewertet. Dabei soll festgestellt werden, ob die angestrebten Ziele erreicht wurden. Die Ergebnisse der Evaluation können dazu führen, dass die Politik angepasst oder geändert wird.

Die letzte Phase lautet Policy Termination bzw. Beendigung der Politik. In einigen Fällen kann eine policy am Ende deren Lebenszyklus beendet oder außer Kraft gesetzt werden, entweder weil deren Ziele erreicht wurden oder diese nicht effektiv war.

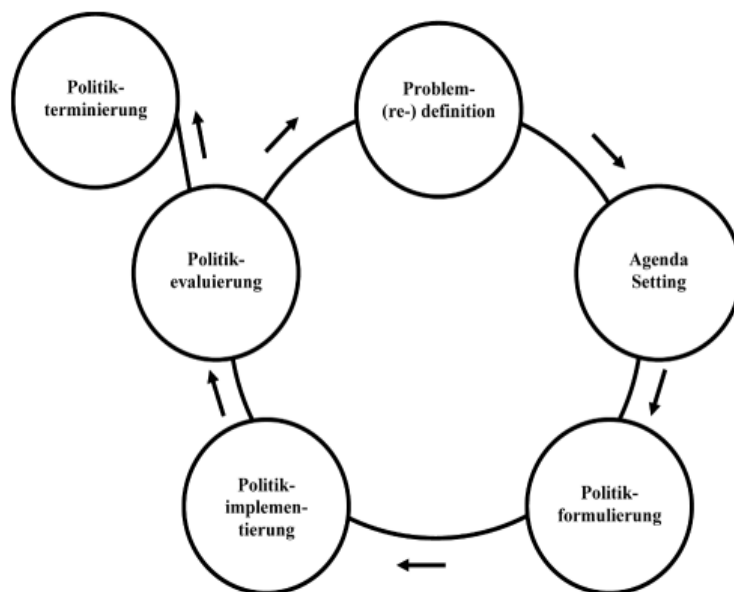


Abbildung 1: Policy Cycle (Bogumil/Jann, 2022, S. 13)

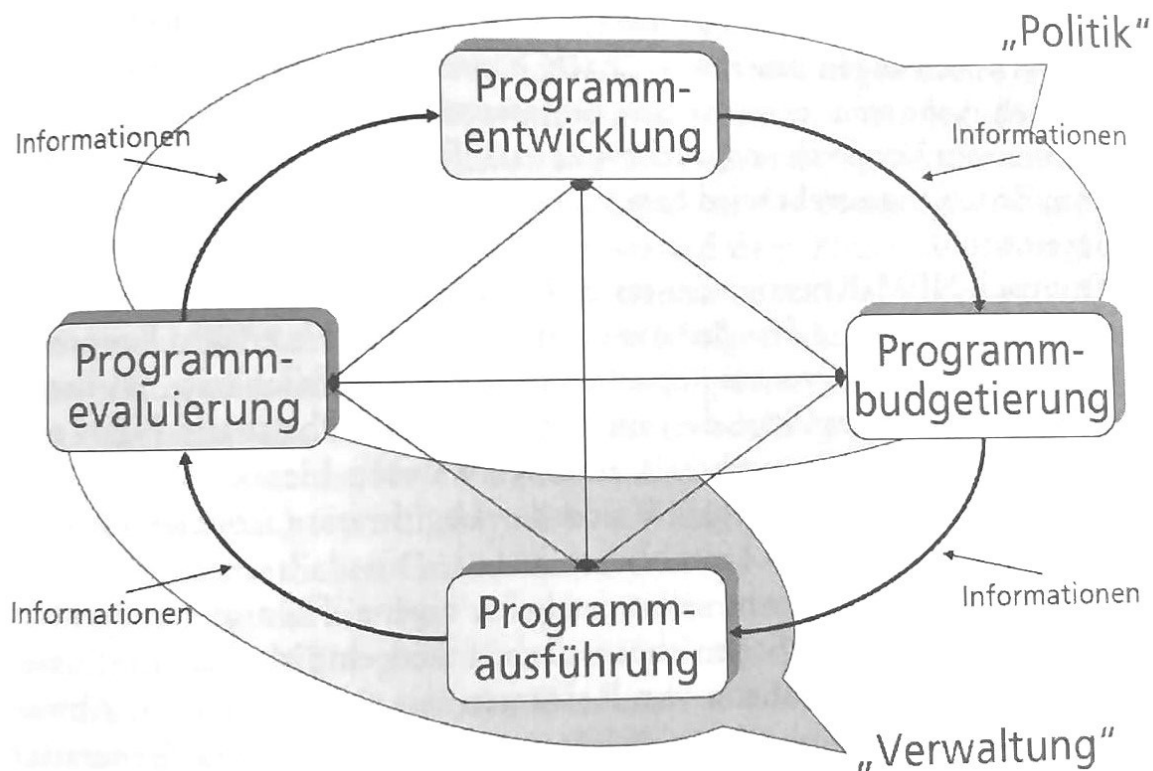


Abbildung 2: Regelkreis Verwaltung/Politik (Holzinger G. et. al. 2013. S. 221)

Eine andere Darstellung ist in der Abbildung 2 ersichtlich. Hier wird noch deutlicher, dass die einzelnen Phasen der Gestaltung miteinander verknüpft sind. Ebenfalls ist die grundsätzliche Zuordnung der einzelnen Eckpfeiler detaillierter verortet. Auch wenn bereits in allen Bereichen sowohl Politik wie auch Verwaltung wirken ist so erkennbar wo deren jeweiliges Schwergicht liegt (Holzinger G. et. al. 2013. S. 221).

Unter Berücksichtigung der angeführten Phasen und der beiden Regelkreise ist ersichtlich, dass die Verwaltung in jeglichem Bereich des Policy Cycles wirkt. Dabei wird zum Teil sogar das Agenda Setting durch die Verwaltung mitbeeinflusst (Bogumil/Jann, 2023, S. 14).

Unter diesem Gesichtspunkt wäre der Einfluss des Verfassungsschutzberichtes sowie des Risikobildes zu betrachten.

2.3.1 Einfluss von Risikobildern und Verfassungsschutzberichten auf die Politikgestaltung

Publikationen der Verwaltung können grundsätzlich erheblichen Einfluss auf die Politikgestaltung haben. Diese Publikationen sind ein zentrales Werkzeug, das von Regierungen auf verschiedenen Ebenen genutzt wird. Dabei können politische Entscheidungsträger:innen

mit wichtigen Informationen, Daten, Analysen und Empfehlungen versorgt werden. Deren Bedeutung erstreckt sich über eine Vielzahl von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Themen und hat weitreichende Auswirkungen auf die Gestaltung und Umsetzung von politischen Maßnahmen. Besonders in sicherheitspolitischen Fragen stellen die Risikobilder sowie der Verfassungsschutzbericht eine ergiebige Datenquelle für die Entscheidungsträger:innen dar.

Publikationen der Verwaltung dienen als umfassende Informationsquelle für politische Entscheidungsträger:innen. Diese enthalten aktuelle Informationen zu einer breiten Palette von Themen, die für die Regierung und die Gesellschaft von Belang sind. Insbesondere sind dies Daten, die sicherheitsrelevant sind. „Unsere Analyse zeigt, dass Organisationen der öffentlichen Verwaltung [...] Hauptlieferanten politikrelevanten Wissens waren“ (Biegelbauer et. al., 2023, S. 232).

Politische Entscheidungsträger:innen können auf diese Daten zugreifen, um aktuelle Entwicklungen zu verstehen, Trends zu identifizieren und politische Entscheidungen auf der Grundlage von evidenzbasierten Informationen zu treffen. Da beide Publikationen veröffentlicht werden, ermöglicht dies zudem das Entwickeln von Maßnahmen, die auf einer breiten Akzeptanz beruhen. Darüber hinaus liefern beide Publikationen Hintergrundinformationen und helfen bei der Identifizierung von politischen Optionen und Lösungsvorschlägen. Den politisch Verantwortlichen obliegt schlussendlich die Abwägung, in welcher Form, in welchem Umfang und mit welchem Ressourceneinsatz dies erfolgt.

Gleichzeit kommt es vor, dass Angehörige der Verwaltung auf notwendige Reaktionen seitens der Politik hinweisen. In Österreich geschah dies letztmalig sehr prominent, nachdem Anschlägepläne auf die Pride-Parade in Wien durch die DSN vereitelt werden konnten. Danach formulierte der Direktor der DSN, dass die gesetzlichen Grundlagen für dessen Behörde zum effektiveren Arbeiten ausgebaut werden müssten.

In diesem Kontext wird die Rolle dieser Veröffentlichungen in der politischen Entscheidungsfindung nicht nur durch deren inhaltliche Ausrichtung, sondern auch durch den Diskurs definiert, den diese im Policy Cycle anstoßen. Diese tragen zur Agenda-Setting-Funktion bei, indem diese bestimmte Themen in den Fokus der politischen und öffentlichen Diskussion rücken. Damit wird ein Rahmen für die Politikberatung geschaffen, der das Diskutieren und Entwickeln sowohl reaktiver als auch proaktiver politischer Maßnahmen ermöglicht.

Aus den genannten Gründen ist der Einfluss der beiden Publikationen real, darstellbar und darüber hinaus zum Teil über die jeweilige Einflussosphäre des obersten Organs hinweg erkennbar.

2.3.2 Bedeutung der wirkungsorientierten Steuerung in der Beitragsleistung der Verwaltung

Die Verwaltung ist dafür verantwortlich, die Wirksamkeit von bestehenden Politikmaßnahmen zu bewerten. Dies geschieht in der Regel durch Evaluationsberichte, die die Auswirkungen von Politiken untersuchen. Die Ergebnisse dieser Bewertungen können politische Entscheidungsträger:innen dazu veranlassen, Politiken anzupassen, neu auszurichten oder zu reformieren (Bogumil/Jann, 2022, S. 14).

In diesem Zusammenhang kommt zum Teil die wirkungsorientierte Steuerung, die seitens des BMKÖS – vormals BKA – 2016 eingeführt wurde zum Tragen. Die wirkungsorientierte Steuerung ist ein Ansatz, der in der Verwaltungspraxis und -theorie weit verbreitet ist. Dieser verfolgt das Ziel, die Effizienz und Effektivität von Verwaltungsentscheidungen zu erhöhen. Dabei wird ein starker Fokus auf die Ergebnisse von Maßnahmen und Prozessen und weniger auf die eigentlichen Aktivitäten oder Inputs gelegt (BKA, 2016). Zu den Grundprinzipien gehören insbesondere die Konzepte der Zielfestlegung, der Ressourcenzuweisung sowie der Leistungsmessung und -bewertung (Holzinger G. et. at. 2013. S. 400).

Zu diesem Regelkreis kann auch die Bewertung der einzelnen Publikationen durch die jeweiligen Verantwortlichen gezählt werden.

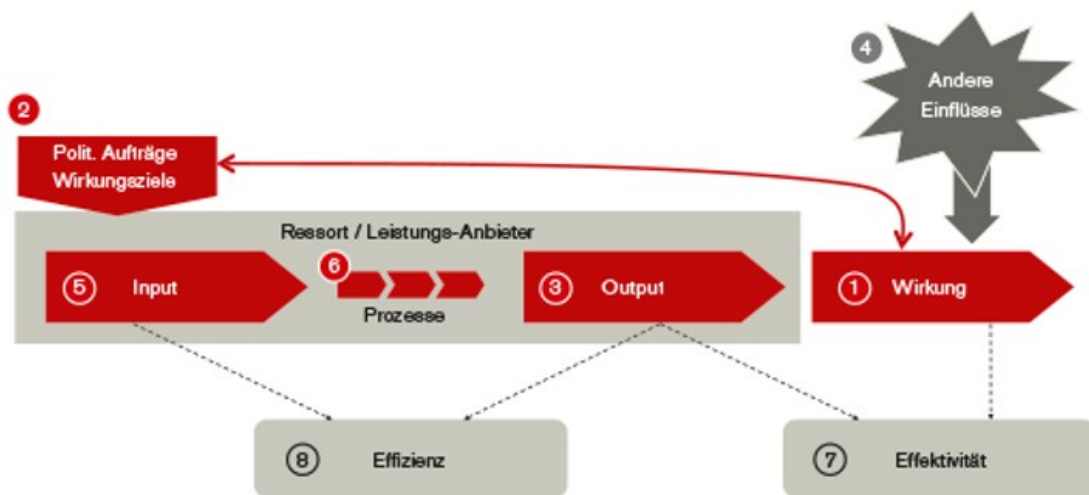


Abbildung 3: Konzept der wirkungsorientierten Steuerung (Wirkungsorientierte Steuerung, BMKÖS, 2022, abgerufen unter: <https://oeffentlicherdienst.gv.at/wirkungsorientierte-verwaltung/wirkungsorientierte-steuerung/> [letzter Zugriff am 14.10.2023])

Die Grafik verdeutlicht diese Ausführungen auf eine anschauliche Weise. Hier kommt klar zum Ausdruck, dass der Wirkung von Aufträgen eine besondere Bedeutung beikommt.

Allerdings zeigt sich, dass eine quantitative Messung der Auswirkungen der Publikationen schwierig erscheint. In diesem Zusammenhang könnten am ehesten noch Veränderungen in Gesetznormen aufgrund der Verfassungsschutzberichte und deren deskriptiver Darstellung erfasst werden. Konkrete Auswirkungen der Risikobilder sind aufgrund der Interdisziplinarität der Themen kaum darstellbar, sofern diese nicht durch die politischen Entscheidungsträger:innen öffentlich bekannt gegeben werden.

Die wirkungsorientierte Steuerung ist in vielen Ländern weltweit zu einem wichtigen Ansatz geworden, um die Effizienz und Effektivität der öffentlichen Verwaltung zu verbessern. Diese fördert die Verwendung von evidenzbasierten Daten, die Ausrichtung von Ressourcen auf die wichtigsten Prioritäten und die Schaffung von Politiken, die positive Auswirkungen auf die Bürger:innen und die Gesellschaft haben. Die Wirkungssteuerung leistet einen wesentlichen Beitrag für die ständige Verbesserung der Publikationen, auch ohne konkrete Weisungen eines obersten Organs (Weiß. 2019. S. 8).

Die Erkenntnisse der vorherigen Kapitel lassen sich gezielt auf den Bereich der Politikberatung anwenden. Dieser Bereich ist durch die Interaktion zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und politischen Entscheidungsträger:innen charakterisiert. Die Qualität und Relevanz von Veröffentlichungen wie Verfassungsschutzberichten und Risikobildern können die

Politikberatung maßgeblich beeinflussen, indem diese die politischen Entscheidungsträger:innen mit fundierten Analysen und Daten versorgen.

2.4 Zusammenfassung theoretische Grundlagen

In der bisherigen Arbeit wurde das Forschungsfeld in der derzeitigen Literatur eingeordnet. Dabei konnte festgestellt werden, dass in den letzten Jahren mehrere Publikationen zum breiten Themenfeld des Krisen- und Risikomanagements erstellt wurden. Ferner wurde erkannt, dass auch die öffentliche Verwaltung zunehmend Inhalt unterschiedlicher Publikationen ist. Gleichzeitig sind die Adressat:innen älterer Literatur im Themenfeld fast ausschließlich im privaten Sektor zu verorten. Das lässt die Annahme zu, dass der Bedarf an Publikationen bezüglich Krisenmanagements in Verbindung mit Staaten und deren Verwaltung in den letzten Jahren zugenommen hat. Die quantitative Zunahme an krisenhaften Ereignissen bis hin zu Krisen, denen Staaten sich in den letzten Jahren gegenüber sahen, würden diese Annahme stützen.

Im Folgenden wurde sich den wesentlichsten Themenfeldern sowie einzelnen Begriffen genähert. Dabei wurde festgestellt, dass in einem zunehmend komplexen Umfeld Definitionen vom Blickwinkel abhängig sind, aus dem einzelne Themen betrachtet werden. Ebenfalls wurde erörtert, dass zum Teil unterschiedliche Begrifflichkeiten und Begriffe nicht konstant mit derselben Bedeutung verwendet werden. Je nach Publikation werden einzelne Begriffe unterschiedlich besetzt oder anders verwendet.

Die anschließende Betrachtung der beiden Veröffentlichungen des Verfassungsschutzberichtes und des Risikobildes konnten den Aufbau sowie die Kernelemente und deren Aufbau erläutern.

Während der Verfassungsschutzbericht eine eher deskriptive Analyse der Sicherheitslage bietet, fokussiert das Risikobild eine vorausschauende, analytische Bewertung von Gefahren. Beide Publikationen bieten damit die Möglichkeit für eine proaktive Politikgestaltung. Beide Dokumente können somit als komplementäre Instrumente in der Politikberatung und im Prozess der wirkungsorientierten Steuerung betrachtet werden (BKA, 2016, S. 7). Diese dienen nicht nur als konzeptuelle Ankerpunkte, sondern auch als operative Werkzeuge für diese Studie, die eine effektive und ethisch fundierte politische und administrative Entscheidungsfindung ermöglichen.

Beide Arten von Publikationen haben gemeinsam, dass diese bestimmten gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich deren Erstellung, Inhalts und Veröffentlichung unterliegen. Diese Vorgaben dienen der Qualitätssicherung, der Transparenz und der Rechenschaftspflicht der jeweiligen Behörden. Darüber hinaus haben sowohl Verfassungsschutzberichte als auch Risikobilder eine hohe Relevanz für die politische Entscheidungsfindung und können mitunter als beratendes Instrument für die Politik verstanden werden (Strohmeyer, 2013, S. 95). Diese fließen in legislative Prozesse ein und können als Grundlage für die Erarbeitung neuer Gesetze und Regulierungen dienen.

Besonders der Verfassungsschutzbericht wird jedes Jahr kontrovers in der Öffentlichkeit diskutiert. Dieser wird abhängig von einzelnen Interessen im jeweiligen Spektrum für die Bestätigung der jeweiligen Forderungen verwendet. Um der Kritik entgegenzuwirken, dass der Zeitpunkt der Veröffentlichung politisch motiviert geplant wird, wäre auch der Zeitpunkt der Veröffentlichung gesetzlich zu verankern.

Zuletzt wurde sich der möglichen beratenden Funktion dieser Berichte gewidmet. Dabei wurde zuerst der Politikberatung Platz gegeben, um grundlegend den Ablauf von Politikgestaltung in Form des Policy Cycles darzustellen. Ebenso konnte festgestellt werden, dass die Verwaltung in allen Phasen des Policy Cycles wirkt. Risikobilder und Verfassungsschutzberichte wirken somit als Teil der Verwaltung auf den Policy Cycle ein. Am ehesten wird dies im Agenda Setting zum Zeitpunkt der jeweiligen Veröffentlichung sichtbar.

Der Überblick über die Wirkungsorientierung und wirkungsorientierte Steuerung im öffentlichen Dienst zeigt, dass eine verbesserte Verwaltung aus eigenem Antrieb automatisch auf neue Gegebenheit reagiert. Das ist bei beiden Publikationen über den Beobachtungszeitraum von sieben Jahren darstellbar. Gleichzeitig ist diese Herangehensweise auch notwendig, um rasch auf veränderte Rahmenbedingung seitens der Expert:innen reagieren zu können und wiederum die bestmöglichen Grundlagen für die Politik bereitzustellen.

Die Publikationen bzw. der Verfassungsschutzbericht und das Risikobild berühren mehrere Politikbereich. Gleichzeitig ist es wichtig, sich der jeweiligen Fachbegriffe sicher zu sein, um deren Inhalte umfänglich verstehen und kontextualisieren zu können. Die erlassenen gesetzlichen Grundlagen bieten ein gutes Fundament für die jeweiligen Verwaltungsebenen und bietet damit die Möglichkeit für eine proaktive Politikgestaltung, um die Publikationen zu erstellen. Ebenso hat sich gezeigt, dass die österreichischen Berichte international vergleichbar sind. Das Risikobild stellt hingegen ein kaum vergleichbares Produkt dar.

Abschließend geht aus der bisherigen Darstellung hervor, dass beide Publikationen Auswirkungen auf die Politikgestaltung in Österreich haben. Einzig der Umfang dessen ist nicht abschließend darstellbar. Ebenso scheint die Bedeutung dieser Publikationen in den letzten Jahren zugenommen zu haben. Der Grund hierfür ist einer volatilen Lage im Allgemeinen und den durch eine Vielzahl an Krisen gezeichneten Jahren geschuldet.

Das Erkennen dieser Risiken ermöglicht das Ergreifen aktiver Gegenmaßnahmen. Im Idealfall soll verhindert werden, dass diese Risiken Realität werden. Für das BMLV bedeutet das, dass daraus für die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger Handlungsoptionen für eine langfristige Entwicklung des Österreichischen Bundesheers aufbereitet werden. (Risikobild, 2023, S. 23)

3. Daten und Methodik

Im Rahmen des empirischen Teils der Arbeit werden zuerst die Erhebungsmethode, die Durchführung und die Auswertung erläutert. Dies ist wichtig, um Transparenz und Nachvollziehbarkeit zu ermöglichen und der Leserschaft einen Einblick zu geben, nach welchen Kriterien und Gedanken die empirische Studie geplant und umgesetzt wurde.

3.1 Forschungsethik und Datenschutzbestimmungen

Die Forschungsethik gewährleistet, dass die Rechte, die Privatsphäre und das Wohlbefinden der Teilnehmer:innen geschützt werden. Weiters nimmt der Datenschutz nicht nur seit dem Inkrafttreten der Datenschutz-Grundverordnung einen immer wichtigeren Bereich ein. Vor allem in Hinblick auf die zunehmende Ausweitung der digitalen Welt spielt Datenschutz eine wichtige Rolle.

3.1.1 Forschungsethik

Einschränkungen in Hinblick auf ethische Überlegungen wurden in der gegenständlichen Arbeit nicht identifiziert. Die Forschungsethik wirkt als Prozess in allen Bereichen und Phasen bei der Erstellung von wissenschaftlichen Arbeiten (Prainsack/Pot, 2021, S. 48) und wurde in dieser Arbeit ebenso bestmöglich berücksichtigt. Besonders der Schutz der Teilnehmer:innen ist hierbei aufgrund der Sammlung sensibler und persönlicher Daten zu erwähnen. Gleichzeitig tragen ethische Grundsätze zur Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit der Forschung bei. Werden ethische Richtlinien eingehalten, sind die Ergebnisse der Studie glaubwürdiger und können in der wissenschaftlichen Gemeinschaft besser akzeptiert werden. Darüber hinaus können langfristige Forschungsbeziehungen aufgebaut werden, sofern ethische Grundsätze eingehalten werden. Dies konnte mehrmals in den letzten Wochen bestätigt werden, indem bei unterschiedlichen Anlässen vormalige Interviewpartner:innen sich neuerlich mit dem Forscher über das Interview sowie über das Forschungsinteresse an sich unterhalten haben.

Insgesamt trägt die Forschungsethik dazu bei, die Qualität, Integrität und Verantwortlichkeit von qualitativen Forschungen sicherzustellen. Die Interviewpartner:innen stellen keine Gruppe dar, die besonders schutzwürdige Bedarfe aufweist. Einzig die Personen aus der Kategorie

Verwaltung konnten aufgrund der Weisungsbindung in eine unangenehme Situation während des Interviews kommen. Zum Ausgleich dessen wurde seitens des Forschers vor dem Interview eine ausgiebige Vorbesprechung mit detailliertem Erklären des Forschungsinteresses sowie der zu behandelnden Themengebiete durchgeführt. Die Erfahrungen sowie Rückmeldungen diesbezüglich waren positiv. In der Arbeit werden dennoch mit Ausnahme der Nennung einzelner Dienststellen keine Personen an sich erwähnt, sondern es wird sich auf ein nummeriertes Interview bezogen.

3.1.2 Datenschutz

Der Datenschutz trägt dazu bei, die Integrität und Qualität wissenschaftlicher Forschung zu gewährleisten und gleichzeitig die Privatsphäre und die Rechte der Teilnehmer:innen zu respektieren. Die Behandlung sensibler Daten ist in einem solchen Projekt von großer Bedeutung. Der Verfasser war sich der Verantwortung bewusst, wenn mit persönlichen Informationen und Ansichten dieser Expert:innen gearbeitet wird. Infolge wurde von Anfang an darauf geachtet, einen offenen und transparenten Dialog mit allen Interviewten zu führen. Dies beinhaltete, dass Zweck und Ziele der Forschung klar darlegt und die Interviewten um deren ausdrückliche Einwilligung gebeten wurden, bevor Daten erfasst wurden.

Die Interviewpartner:innen haben deren offizielle Einwilligung für die Gespräche übermittelt bzw. unterzeichneten die vorbereiteten Formulare ‚Zustimmungserklärung‘ und ‚Erklärung zum Datenschutz‘. Dabei wurde durch die Expert:innen bestätigt, dass das Interview aufgezeichnet werden kann und der anschließenden Transkription zugestimmt. Weiters wurde der Verwendung des Namens bei etwaigen Zitaten aus den Interviews zugestimmt. Dennoch wurde von der Verwendung von Klarnamen in gegenständlicher Arbeit verzichtet. Ferner wurde die Veröffentlichung von Abschlussarbeiten erläutert und über den möglichen Widerruf gegenständlicher Zustimmungserklärung aufgeklärt. Dennoch entschied sich der Verfasser die Transkripte und die Zitate zu beziffern und keine Klarnamen in der Abschlussarbeit zu verwenden. Der Schritt kann als unbedingt notwendiger Akt angesehen werden. Dieser war aber auch für ein Signalisieren gegenüber den Expert:innen wichtig, dass nur mit deren vollständiger Zustimmung Daten verarbeitet werden. Infolge haben diese den Wert der Forschung erkannt und waren zu einem Beitrag bereit, um mehr Transparenz und Verständnis zu ermöglichen.

Vor jedem Interview wurde mit den jeweiligen Expert:innen eine Datenschutzmitteilung sowie eine Zustimmungserklärung besprochen und unterschrieben. Darin wurde erklärt, dass die Zustimmung widerrufen werden kann, eine Vorabesung vor einer etwaigen Freigabe erfolgen kann und das Interview zum Zwecke der Forschung aufbewahrt und im Rahmen der wissenschaftlichen Arbeit verarbeitet wird. Keine der interviewten Personen hatte diesbezüglich Bedenken. Das Angebot der Anonymisierung wurde ebenfalls von keiner Person der Interviewten in Anspruch genommen.

3.1.3 Repräsentativität und Sättigung

Der Repräsentativität wurde versucht durch die unterschiedlichen Behörden, Dienststellen aber auch Parteien Rechnung zu tragen. Insbesondere innerhalb der Verwaltung wurde darauf geachtet, unterschiedliche Ebenen, Managementebenen abzudecken, um einen besonders umfassenden Blick durch diese unterschiedlichen Interviewpartner:innen auf die Thematik zu erhalten. In Bezug auf die Vertreter:innen der politischen Parteien konnte mit allen im Parlament vertretenen Parteien zumindest ein Interview durchgeführt werden. Somit ist aus Sicht des Verfassers eine ausreichende Repräsentativität gewährleistet.

In Bezug auf die theoretische Sättigung darf erwähnt werden, dass 3 Interviews nach einer Pause den anderen gegenüber durchgeführt werden konnten. Dabei konnte erkannt werden, dass tatsächlich kaum neue Erkenntnisse oder Einblicke gewährt wurden. Insbesondere konnte festgestellt werden, dass bei den beiden letzten Interviews kaum neuen Erkenntnisse festgestellt wurden. Damit konnte die Datenerhebung beendet werden und mit der Analyse begonnen werden.

3.1.4 Reflexionen vom Standpunkt des Forschers

Im Folgenden wird den Reflexionen des Forschers sowie kritischen Überlegungen und Gedanken Raum gegeben, die während des Forschungsprozesses und bei der Ausarbeitung gegenständlicher Arbeit aufgetreten sind.

Die Forschungsfrage ist aus Sicht des Forschers auch nach der Analyse der erhobenen Daten passend. Aufgefallen ist, dass die Terminfindung für die einzelnen Interviews sich zum Teil schwierig und kompliziert dargestellt hat. Dies hatte zur Folge, dass viele Interviews in kurzer

Zeit durchgeführt werden mussten. Das wiederum löste eine Adaption der Auswertungsmethode aus, da eine iterative Herangehensweise nicht mehr zu realisieren war. Folglich wäre bei einer weiterführenden Forschung mehr Zeit für die Datenerhebung vorzusehen.

Die Datenerhebung konnte grundsätzlich ohne Probleme durchgeführt werden. Festgestellt werden konnte, dass Interviews – sofern möglich – nicht im Freien stattfinden sollten. Die Hintergrundgeräusche waren für die jeweiligen Transkripte herausfordernd. Die Rechte aller Beteiligten wurden gewahrt und alle Genehmigungen wurden eingeholt. Nur eine Person der Interviewpartner:innen hat um eine Freigabe des Transkriptes gebeten. Insgesamt drei Expert:innen wollten den Leitfaden vorab übermittelt haben. Die Datenanalyse gestaltete sich anspruchsvoll. Dem konnte mit einer tabellarischen Auswertung begegnet werden. Für den Forscher war dadurch die stringente Ableitung einzelner Aspekte klarer darstellbar. Somit wurde die Auswertungsmethode auch aufgrund der bereits angemerkten geänderten Erhebungen tabellarisch nach Mayring 2022 umgesetzt.

Die im Anschluss dargelegten Ergebnisse und Schlussfolgerungen unterstreichen die Relevanz gegenständlicher Forschung. Dabei konnten keine widersprüchlichen Ergebnisse erkannt werden. Die zugrunde liegende Literatur ist aus Sicht des Forschers angemessen und aktuell. Dabei sei erwähnt, dass es vor allem im Bereich des Risikomanagements sowie im Themenfeld Krisenmanagement eine Fülle an Publikationen gibt. Diese Literatur beschäftigt sich kaum mit den hier im Forschungsgegenstand befindlichen Publikationen. Somit war eine Auswahl zu treffen, welche Literatur zu kontextualisieren war.

Vorannahmen wurden so gut wie möglich versucht hintangehalten. Es wurde versucht, dass der berufliche Bias des Verfassers während den Gesprächen weitestgehend nicht zu erkennen war. Allerdings ist eine spezifische Sichtweise aufgrund des beruflichen Hintergrundes des Forschers nicht auszuschließen. Es konnte festgestellt werden, dass bei den Interviewpartner:innen aus dem Bereich Verwaltung die Vorstellung des Verfassers als ebenfalls Angehöriger der Verwaltung als positiv aufgenommen wurde. Positiv in dem Sinne als das das Gesprächsklima lockerer und vertrauter wurde.

Im Zuge der Transkription der ersten beiden Interviews konnte festgestellt werden, dass der Verfasser selbst zu lange Sprechpassagen im Interview hatte. So wurde in den folgenden Interviews gezielt versucht selbst weniger zu sprechen und den Interviewpartner:innen Zeit für deren Gedanken und Antworten zu geben. Die Durchführung der Interviews wurde somit

zunehmend geübter und professioneller. Somit konnte während der Datenerhebung eine vermeintlich positive Entwicklung erkannt werden.

Das Verhalten der Interviewten war aus Sicht des Verfassers ausgesprochen entgegenkommend. Wie bereits erwähnt, konnte durch eine gediegene Vorbesprechung über das Forschungsinteresse und Erklärung der Datenschutzformulare aus Sicht des Verfassers eine harmonische Gesprächsbasis geschaffen werden. Dabei gelang es, dass sich die Interviewpartner:innen im Gespräch vermeintlich wohl fühlten und sich für das Gespräch ausreichend Zeit nahmen. Dies zeichnet sich in den Interviewlängen ab. Die Interviews dauerten alle über 30 Minuten, wenngleich mehrere über 40 und nahezu 50 Minuten dauerten. Hinzu kam die ausführliche Vorbesprechung. Somit nahmen die Interviewpartner:innen sich viel Zeit, um bei der Datenerhebung mitzuwirken. Hinzu kommt, dass sämtliche Gesprächspartner:innen in der jeweiligen kurzen Nachbesprechung mitteilten, dass sie sich während dem Gespräch sehr wohlfühlten und das dies nicht bei jedem Interview der Fall sei. Auch in Hinblick auf die interviewten Persönlichkeiten aus Politik und hohe Beamte, wird es als keine Selbstverständlichkeit betrachtet, sich weit über eine Stunde Zeit zu nehmen. Ebenso ist ableitbar, dass ein positives Gesprächsklima generiert werden konnte und somit die Qualität der Inhalte der Interviews erhöht wurde.

Aus Sicht des Forschers sind gegenständliche Ableitungen in der Praxis verwertbar. Diese Arbeit kann die jeweiligen Bedarfe und Notwendigkeiten der Verwaltung einerseits und der politisch Verantwortlichen andererseits darstellen. Weiters ist es dabei möglich, der jeweiligen Machtsphäre einen Einblick in deren Außenwirkung und deren Erwartungen an die jeweils andere zu ermöglichen.

3.2 Darstellung der Erhebungsmethodik

Für die Erhebung fiel die Wahl auf Leitfadeninterviews mit Expert:innen. Die Auswahl der Expert:innen wurde sorgfältig getroffen. Diese nehmen entweder aktuell wichtige Schlüsselrollen im Bereich der Politik und Verwaltung ein oder haben diese in der Vergangenheit eingenommen. Durch deren Erfahrung in den Positionen und deren umfassendes Wissen können diese zu einem tiefgreifenden Verständnis der Forschungsthematik beitragen und Informationen liefern, die anderweitig nicht zugänglich wären. Diese haben einen Einblick in innere Abläufe, Mechanismen und Entscheidungsprozesse, die für diese Arbeit unerlässlich

sind. Damit wird nachvollziehbar, was gewusst wird und was der breiten Öffentlichkeit oftmals nicht oder verspätet zugänglich gemacht wird. Bereits in der Planung dieser Forschung waren spezielle Funktionsträger:innen als Interviewpartner:innen vorgesehen. Diese wurden aber auch deswegen ausgewählt, da deren Erfahrungen und Sichtweisen einen Mehrwert für das Forschungsprojekt darstellen. Diese können Abläufe und Entwicklungen nicht nur bezeugen, sondern haben bei diesen auch mitgewirkt. Daher waren oder sind diese wichtige Gestalter:innen und Akteur:innen bei den Prozessen und Mechanismen. Durch deren Nähe zu wichtigen Publikationen konnte herausgearbeitet werden, wie konkret mit solchen Dokumenten verfahren wird, wer diese grundsätzlich sehen darf und inwiefern entschieden wird, was die Öffentlichkeit davon sehen darf. Die Veröffentlichungen stehen auch in Verbindung mit der Risikobewertung und -bewältigung, weswegen darüber mit den Expert:innen gesprochen wurde.

Wichtig war ein Verständnis dafür, ob und wie Politik und Verwaltung kooperieren und wie sich dies erstens auf die Entscheidungen und zweitens auf das alltägliche Leben und Wohlbefinden der Bevölkerung auswirkt. Demnach wurde der Fokus auf die Interaktionen und die Qualität der Berichte bzw. Publikationen zur Erörterung gelegt, wo eine gegenseitige Beeinflussung vorliegt und wo es noch Verbesserungsbedarf bezogen auf die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Politik und mit der Öffentlichkeit gibt. Bei der Forschung ging es darum, eine Brücke zwischen Theorie und Empirie zu bauen und die Meinungen der Expert:innen zur Vervollständigung und Vertiefung der Theorie heranzuziehen.

Zu diesem Zweck wurde für diese Arbeit ein Leitfadeninterview als Methode zur Datenerhebung gewählt. Generell trägt ein Leitfaden für Interviews zur Sammlung qualitativ hochwertiger und konsistenter Daten bei, die den Zielen und Fragen einer qualitativen Forschungsstudie entsprechen. Leitfadeninterviews zählen zu den qualitativen Forschungsmethoden und dienen dazu, eine vertiefte und spezifische Aufarbeitung eines Themenfeldes zu ermöglichen. Im Vorfeld des Interviews wird ein Leitfaden entwickelt, der eine Reihe von Themenschwerpunkten und offenen Fragen beinhaltet, die im Laufe des Interviews gestellt werden. Mit dem Leitfaden ein hohes Maß an Flexibilität verbunden, da nicht unbedingt die gleichen Fragen immer in derselben Reihenfolge gestellt werden müssen. Der Leitfaden dient eher zur Orientierung und kann als Rahmenwerk eingestuft werden. Die Interviewleiter:innen haben sich im Vorfeld zu überlegen, was die wichtigsten Themenfelder sind und durch welche Fragen ein Zugang dazu ermöglicht werden kann. Dennoch kann während des Interviews individuell auf das Gegenüber eingegangen werden, es können

ergänzende Fragen gestellt werden und es kann auch über neue wichtige Themenschwerpunkte gesprochen werden. Durch einen Leitfaden wird sichergestellt, dass wichtige Themenbereiche abgedeckt werden. Gleichzeitig wird Raum geboten, um auf spontane Themen einzugehen, die durch die Expert:innen neu aufgeworfen werden (Helfferrich, 2019, S. 669). „Das Durchführen von Interviews ist wohl die wichtigste Form der Datengenerierung in der qualitativen politikwissenschaftlichen Forschung“ (Prainsack/Pot, 2021, S. 101).

Wichtig ist, dass eine sorgfältige Vorbereitung stattfindet und die Interviewleiter:innen zu einer tiefen Befassung mit dem Thema bereit sind. Dies fand im Vorfeld dieser Arbeit statt und es wurde mehrmals reflektiert, ob die Fragen einerseits präzise und andererseits offen genug für das Ermöglichen individueller Antworten waren. Gleichzeitig sollten diese so gestaltet werden, dass diese zum Erzählen einluden. Aus diesem Grund wurde der Leitfaden nach den ersten beiden Interviews etwas abgeändert. Es wurde ein Leitfaden für die Politik und ein Leitfaden für Angehörige der Verwaltung erstellt. Dabei wurde auch das Themenfeld des B-KSG eingearbeitet, dass zu Beginn der Datenerhebung tatsächlich noch in Verhandlungen war und während der Erhebung im Nationalrat beschlossen wurde. Diese waren dennoch ähnlich und dienten dazu, in den intensiven Gesprächen die richtige Richtung zu finden und keine Umformulierungen vornehmen zu müssen. Zusätzlich wurde seitens des Verfassers aktiv zugehört und darauf geachtet, wo passende Momente zum Nachfragen vorliegend waren. Dies diente dem Vermeiden von Missverständnissen sowie dem Stellen von vertieften Fragen.

Interviewleiter:innen müssen im Interview eine weitgehend neutrale Perspektive einnehmen, um das Gegenüber nicht in eine gewisse Richtung – bewusst oder unbewusst – zu lenken. Die eigenen Ansichten der Interviewenden sollten nicht in das Interview einfließen. Trotz des beruflichen Hintergrundes des Forschers wurde explizit versucht, bei den Interviews weitestgehend die Interviewten reden zu lassen, anstatt als Gesprächspartner zu fungieren. Dies gelang nicht von Beginn an, konnte aber von Interview zu Interview verbessert werden.

Die endgültige Entscheidung für Leitfadeninterviews war das Ergebnis einer Reihe von Überlegungen. Es war für diese Arbeit wichtig, tiefe und nuancierte Informationen herauszuarbeiten und die Möglichkeit des Eintauchens in die Materie zu haben. Quantitative Methoden erschweren dies, da zu strukturiert vorgegangen wird und kein Raum für individuelles Wissen und Anmerkungen vorliegt. Durch den Leitfaden gelingt es, individuelle Perspektiven und Erfahrungen zu integrieren. Daher fiel die Wahl gegen standardisierte Umfragen. Dies war auch notwendig, da der Verfasser im Vorfeld nicht gewusst hätte, welche

beispielsweise 50 Fragen genau auf das Wissen der Expert:innen abgezielt hätten. Die Expert:innen lieferten Informationen, die im Vorhinein nicht hätten berücksichtigt werden können. Daher war es wichtig, dafür Raum zu geben. Das Leitfadeninterview ermöglichte, flexibel und anpassungsfähig zu sein. Infolge konnten unerwartete Erkenntnisse in die Forschung einfließen.

3.2.1 Durchführung

In diesem Unterkapitel wird auf die Durchführung eingegangen bzw. was konkret zur Vorbereitung beachtet wurde und was während der Interviews geschehen ist. Zur Vorbereitung wurde überlegt, welches Ziel durch das Interview erreicht werden sollte. Der Fokus wurde durch den Leitfaden definiert.

Bei der Auswahl der Expert:innen wurde darauf geachtet, dass diese dem Feld der Verwaltung und der Politik zugeordnet werden können und im Idealfall auch mit beiden Sektoren eng in Verbindung stehen. Dies traf auf alle zwölf Personen zu. Teilweise fiel die Zuordnung der Interviewpersonen zu den Bereichen schwer, da diese eng verzahnt waren. Die Zuteilung am Ende fand basierend auf der Profession, den beruflichen Erfahrungen und den Inhalten der Interviews statt.

Bevor die Interviews durchgeführt wurden, wurden mehrere potenzielle Expert:innen kontaktiert. Das Sampling konnte wie ursprünglich geplant durchgeführt werden. Somit konnten Vertreter:innen der im Nationalrat vertretenen Parteien wie im Konzept geplant für ein Interview gewonnen werden. Dabei waren sämtliche Wehr- und Sicherheitssprecher:innen seitens der Politik eingeplant. Da einige Parteien diese Funktionen in einer Person kombiniert haben, wurden aus diesem Bereich schließlich sieben Personen interviewt. Aus dem Bereich der Verwaltung konnten hohe bis sehr hohe Beamt:innen des BMI und BMLV für ein Interview gewonnen werden. Darüber hinaus war es möglich, durch Kontakte aus dem Studium und dem bisherigen Berufsleben des Verfassers Personen aus dem Bereich der „Gesamtstaatlichen COVID- Krisenkoordination“ (GECKO) und einen ehemaligen Regierungsberater zu interviewen. Jede Interviewanfrage wurde zeitnah positiv beantwortet. Die Personen aus der Verwaltung konnten allesamt via E-Mail und Telefon persönlich kontaktiert werden. Die Termine wurden rasch gefunden und entsprechend abgehalten. Die Interviewpartner:innen aus dem Bereich der Politik wurden allesamt mittels einer ausführlichen E-Mail mit Erläuterung des Forschungsinteresses und der Forschungsfrage angeschrieben. Dabei konnten schließlich

Termine mit deren parlamentarischen Mitarbeiter:innen vereinbart werden. Ein Interview musste kurzfristig Ende Juni aufgrund einer Terminkollision eines Abgeordneten um einen Tag verschoben werden. Eine Anfrage wurde schriftlich beantwortet, da sich ein persönliches Treffen seitens des Abgeordneten nicht ausging.

Bis auf zwei Interviews fanden die Interviews durchwegs in Büroräumlichkeiten der einzelnen Personen statt. Das Interview mit dem ehemaligen Regierungsberater wurde in einem Café in Wien durchgeführt. Das Gespräch mit dem Beamten des BMI konnte ebenfalls bei einer Adresse in Wien durchgeführt werden. Der Grund hierfür war die zeitliche Verfügbarkeit des Interviewpartners und dessen Wechseldienst.

Das gegenständliche Sample war passend für diese Forschung. Eine erneute Befragung in dieser Zusammensetzung ist unter Umständen nicht einfach.

Die Expert:innen sollten sich gut aufgehoben fühlen und spüren, dass alles vertraulich behandelt wurde, sollten diese etwas sagen, was nicht in den Transkripten aufscheinen sollte. Ebenso wurde Dankbarkeit für deren Zeit und das Teilen deren Wissens am Ende vermittelt.

Zur Nachbereitung wurden nach den Interviews Memos festgehalten und die Transkripte erstellt. In den Memos wurden wichtige Notizen zum ersten Eindruck und Gedanken zum Interview festgehalten. Dies war für die spätere Analyse von Bedeutung. Die Notizen waren detailliert und bezogen sich auf die Körpersprache, die Emotionen und andere nonverbale Signale sowie Beobachtungen und Reaktionen, die im Interview vorzufinden waren. Im folgenden Unterkapitel wird auf die Auswertungsmethode eingegangen.

3.3 Darstellung der Auswertungsmethode

Die Transkription wurde bestmöglich nach den Regeln von Kuckartz et al durchgeführt. Dabei wurde vollständig und wortwörtlich transkribiert. Etwaige Angleichungen wurden nur für den Ausgleich der Umgangssprache vorgenommen. Ebenso wurden Pausen mit (...) und Betonungen durch Unterstreichungen markiert. Darüber hinaus wurden Non-verbale Informationen in Klammern angeführt.

Im Rahmen der Auswertung wurde auf die Reproduzierbarkeit und Nachvollziehbarkeit Rücksicht genommen. Beide Konzepte wurden bestmöglich erfüllt, um die Qualität und die Vertrauenswürdigkeit der Forschung zu gewährleisten. Insbesondere wurde somit die

Gültigkeit der Ergebnisse erhöht. Damit wird es anderen Forscher:innen ermöglicht, aufbauend auf den bestehenden Erkenntnissen zu forschen.

Dabei wurde vor allem auf die Nachvollziehbarkeit geachtet.

Ein weiterer zentraler Aspekt in der Bewertung qualitativer Forschung ist ihre Nachvollziehbarkeit. Diese spielt in der Einschätzung der Glaubwürdigkeit und Übertragbarkeit der Forschungsergebnisse eine wichtige Rolle, ist darüber hinaus jedoch auch wichtig, um das Vorgehen der Forscherinnen im Allgemeinen bewerten zu können. (Prainsack/Pot, 2021, S. 222)

Mit der tabellarischen Darstellung der Kategorie Findung mit Querverweisen auf die Transkripte der Interviews wurde versucht, ein hohes Maß an Nachvollziehbarkeit herzustellen

Aber auch die Reproduzierbarkeit wurde berücksichtigt. So wurden die Transkripte nach denselben Kriterien verschriftlicht. Ebenso wurde in diesem Zusammenhang der jeweilige Leitfaden, der bei den Interviews als Gedankenstütze und Notizensammlung diente zu den anderen Unterlagen wie den Zustimmungserklärungen abgelegt. Diese stellt sicher, dass gleiche Ergebnisse bei gleichen Voraussetzungen erzielt werden.

Basis der Analyse waren sowohl die Interviewtranskripte als auch die Memos. Die in der ersten Phase als Auswertung begonnenen Kommentare der Transkripte konnten im Laufe der Arbeit als Memos identifiziert werden. Diese Memos halfen dabei, während der Interviews und danach Einsichten festzuhalten sowie bei der Kodierung eine Beziehung zwischen den Codes bzw. Einheiten und tieferen Bedeutungsebenen zu erkennen. Diese unterstützten bei der Reflexion über etwaige Beziehungen und Bedeutungszusammenhänge und brachten somit mehr Klarheit über die Daten. Wichtig waren diese auch für die Theorieentwicklung, da bereits Gedanken, Reflexionen und Beobachtungen darin festgehalten wurden. Ebenso halfen diese beim Nachdenken über den Forschungsprozess und Erkennen, wo etwaige Limitationen der Arbeit bestanden.

Bezüglich der Auswertung hat es sowohl eine offene als auch eine selektive Kodierung gegeben. Bei der offenen Kodierung wurden die Interviews in kleine Einheiten bzw. Codes unterteilt und danach wurde überlegt, inwiefern zwischen diesen eine Beziehung vorlag und welche vertiefte Bedeutungsebene bestehen könnte. Im nächsten Schritt der selektiven Kodierung ging es darum, konkrete Hauptthemen und Kategorien abzuleiten. Zu diesem Zweck wurde auf die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring 2022 zugegriffen, da diese ein hohes

Maß an Transparenz und Nachvollziehbarkeit aufweist, eng mit der fixierten Kommunikation bzw. den Transkripten arbeitet und zur feinen Gliederung des Materials geeignet ist.

Bei der qualitativen Analyse nach Mayring 2022 wird das Material mehrmals gesichtet und geordnet. In einem ersten Schritt werden Selektionskriterien herausgearbeitet. Dafür wird beim ersten Interview begonnen und das erste relevante Thema wird zum ersten Selektionskriterium. Zu diesem wird eine Tabelle für den Anhang entwickelt, diese wird benannt und die Stelle des Interviews wird in paraphrasierter Form integriert. Danach wird weitergelesen und beim nächsten relevanten Thema wird überlegt, ob dieses zum gleichen Selektionsthema passt. Trifft dies zu, wird dies dort hinzugefügt. Trifft dies nicht zu, ist ein neues Selektionskriterium zu entwickeln. Dieses Vorgehen wird wiederholt, bis alle Interviews nach diesem Schema strukturiert wurden. Somit gelingt es, die Interviews zu clustern und Hauptthemen zu identifizieren. Alle Interviewpassagen werden zu den Hauptthemen hinzugefügt und die Hauptthemen bzw. Selektionskriterien ergeben sich direkt aus dem Material (Mayring & Fenzl, 2019, S. 633; Girnus, 2021, S. 3).

Danach wird innerhalb der Selektionskriterien gearbeitet und im zweiten Schritt werden die Paraphrasen generalisiert. Wenn möglich, werden diese verkürzt und allgemeiner formuliert. Danach kommt es zur Reduktion, dem letzten Schritt. Daraus ergeben sich die Kategorien bzw. Ergebniskategorien. Hierzu werden die Generalisierungen betrachtet und es wird reflektiert, ob diese sich zu einer einzigen oder zu mehreren Ergebniskategorien zusammenfügen lassen. Dieser Schritt ist wichtig, da durch die Selektionskriterien die wichtigsten Themen herausgearbeitet werden. Durch die Reduktion wird überlegt, ob die Hauptthemen sich erneut in einzelne Nuancen untergliedern lassen. Die Analyse kann dabei helfen, das Material feingliedrig zu analysieren, viele Nuancen herauszuarbeiten und den Facettenreichtum im Ergebnisteil darzustellen (Mayring & Fenzl, 2019, S. 633).

Bei der Auswertung wurden die Interviews zur Verwaltung und zur Politik separat analysiert. Dies ermöglichte, sowohl die Verwaltung als auch die Politik vertieft aufzuarbeiten und am Ende einen Vergleich zu ziehen. Die Ergebniskategorien wurden deren Inhalt entsprechend benannt, nummeriert und in den Ergebnisteil der Arbeit übertragen. Insgesamt konnten 24 Ergebniskategorien herausgearbeitet werden. Dies ist eine hohe Summe für eine Arbeit mit diesem Seitenumfang. Es wurde sich jedoch bewusst dafür entschieden, die Ergebniskategorien nicht künstlich zusammenzufügen. Somit gingen die unterschiedlichen Nuancen nicht verloren, die auch die Analyse von Mayring 2022 ausmachen. Im Ergebnisteil der Arbeit wird allen

Kategorien ausreichend Raum gegeben, wobei einige kürzer und einige länger sind. Bei einigen wird mit Ankerbeispielen bzw. Direktzitatzen aus dem Interview gearbeitet und bei anderen nicht. Diese Wahl erfolgte bewusst. Jede Kategorie wird thematisiert und erläutert. Ankerbeispiele werden nur dort herangezogen, wo diese dem vertieften Verständnis der Kategorie dienen. Die gesamten Ergebnisse sind im folgenden Kapitel dargestellt.

3.4 Darstellung der Ergebnisse

Dieser Teil der Arbeit ist in mehrere Unterkapitel untergliedert. Zuerst wird auf die Ergebnisse der offenen Kodierung und danach auf die Ergebnisse der selektiven Kodierung eingegangen. Bei der selektiven Kodierung werden zu Beginn die Ergebnisse zur Verwaltung und im Anschluss die Ergebnisse zur Politik behandelt. Abschließend wird ein Vergleich gezogen, bevor die Diskussion der Ergebnisse erfolgt.

3.4.1 Offene Kodierung: kleinste Einheiten und deren Beziehung zueinander

Die offene Kodierung diente der Untergliederung der Interviews in kleine Einheiten und dem Herausarbeiten, wo sich Beziehungen vermuten bzw. erkennen lassen und warum. Die Ergebnisse dieses Schrittes bildeten die Grundlage für den zweiten Schritt und haben dabei geholfen, die Selektionskriterien für die qualitative Analyse nach Mayring 2022 aufzufinden. Tabelle 1 enthält die offene Kodierung mit Interviewthemen (links) und Codes (rechts). Danach werden die Codes in Beziehung gebracht und es wird reflektiert, welche Bedeutung diesen zugeschrieben werden kann.

Tabelle 1: Interviewthema und Codes

Interviewthema	Code
Berührungspunkte zwischen Expert:innen und Publikationen	KontaktPunkte
Häufigkeit des Erhalts von Berichten	BerichtsHäufigkeit
Umstände des Erhalts von Berichten	ErhaltsKontext
Einstellung zu den Berichten	BerichteEinstellung
Qualitätseinschätzung der Berichte	BerichtsQualität
Faktoren der Qualitätsbewertung	QualitätsFaktoren

Veröffentlichende Instanz der Berichte	Herausgeber
Länge der Berichte	BerichtsLänge
Sprachduktus der Berichte	SprachlicherDuktus
Erkennbare Intention der Berichte (neutral, politisch)	IntentionErkennung
Mehrwert bei bestimmten Themen (zum Beispiel COVID-19, Blackout)	ThemenspezifischerMehrwert
Wünsche von Verwaltung/Politik zu Publikationen	VerbesserungsWünsche
Emotionaler Effekt der Berichte (zum Beispiel Angst)	EmotionaleReaktion
Transparenz der Berichte	TransparenzLevel
Verschwiegenheitsklauseln in Berichten bzw. Inhalte, die nicht kommuniziert werden dürfen	Verschwiegenheit & NichtKommunizierbareInformationen
Einfluss des Berichtsinhalts auf die Bevölkerung (allgemein, nicht nur emotional)	Bevölkerungseinfluss
Zweck der Berichte in Bezug auf Prognosen	ZweckPrognosen
Umgang mit Ressourcen basierend auf Berichten	RessourcenManagement
Zeitpunkt der Maßnahmen basierend auf Berichten	MassnahmenZeitpunkt
Vorbereitung der Bevölkerung auf Szenarien	VorbereitungsLevel
Ausreichende Vorbereitung	Ausreichende Vorbereitung

Die Beziehung zwischen den verschiedenen Codes zeigt die Komplexität und Vielschichtigkeit der Interaktion von Expert:innen insbesondere aus Politik und Verwaltung mit spezifischen Berichten und Publikationen. Es ist auffällig, dass der ‚KontaktPunkt‘ zwischen Expert:innen und Publikationen in direktem Zusammenhang mit der ‚BerichtsHäufigkeit‘ und dem ‚ErhaltsKontext‘ steht. Es stellt sich die Frage, ob eine höhere Kontaktintensität zu einer veränderten ‚BerichtsEinstellung‘ oder ‚BerichtsQualität‘ führt.

Die ‚QualitätsFaktoren‘ scheinen einen bedeutenden Einfluss auf die ‚BerichtsEinstellung‘ zu haben. Insbesondere spielen ‚SprachlicherDuktus‘ und ‚BerichtsLänge‘ eine Rolle dafür, wie Expert:innen die Berichte wahrnehmen und nutzen. Hier könnte eine tiefere Bedeutungsebene liegen: Ist die Sprache der Berichte zu technisch oder nicht präzise genug? Beeinflusst dies, wie Maßnahmen umgesetzt oder Ressourcen im Zuge des ‚RessourcenManagement‘ verteilt werden?

Die ‚IntentionErkennung‘ und die ‚BerichtsIntention‘ werfen Fragen über die Objektivität und Neutralität der Berichte auf. ‚ThemenspezifischerMehrwert‘ und ‚Bedrohungseinschätzung‘ könnten beeinflusst werden, wenn die Berichte nicht neutral sind oder eine spezifische politische Agenda verfolgen.

Emotionen spielen eine zentrale Rolle. Der Code ‚EmotionaleReaktion‘ ist eng mit ‚TransparenzLevel‘ und ‚Verschwiegenheit‘ verbunden. Ein Mangel an Transparenz könnte Angst und Unsicherheit in der Bevölkerung verursachen. Gleichzeitig ist das ‚VorbereitungsLevel‘ der Bevölkerung auf potenzielle Szenarien oft unzureichend. Das wirft die Frage auf, ob die Kommunikation und der Umgang mit diesen Berichten und deren Inhalten effektiv sind.

In Summe zeigt die Analyse, dass die Interaktion von Expert:innen mit Berichten weit mehr als eine einfache Informationsaufnahme ist. Diese beeinflusst Entscheidungsprozesse, Ressourcenmanagement, öffentliche Wahrnehmung und emotionale Reaktionen und hat tiefe Implikationen für Politik und Verwaltung.

3.4.2 Ergebnisse der Kategorien zur Verwaltung

Im Folgenden werden die einzelnen Ergebniskategorien zur Verwaltung der Reihe nach angeführt und erläutert. Ankerbeispiele werden dort herangezogen, wo ein vertieftes Verständnis durch diese ermöglicht werden kann. Da es sich um viele Kategorien handelt, werden die Kernaspekte einer jeden Kategorie herausgearbeitet und dargestellt. Die kursiven Passagen sind hierbei die Ergebniskategorien, die sich aus der Analyse (siehe Anhang) ergeben haben.

Kategorie 1: Unterschiede bei den Berührungspunkten

Die Interviewpersonen haben unterschiedliche Berührungspunkte mit Publikationen, die stark von deren spezifischen Zuständigkeiten und Arbeitsbereichen abhängen. P3 bekommt alles bezüglich des Militärkommandos und kann dann bewerten, was als wichtig erachtet werden kann. P5 meinte, dass alles über einen elektronischen Akt ersichtlich ist. P4 betonte, dass die Polizei sich mit dem Tagesgeschäft befasst. Dort liegt der Fokus auf kurz- und mittelfristigen Zielen und weniger auf der strategischen Planung wie beim Militär. P4 bekommt daher nur etwas von einer Publikation mit, wenn es diese direkt betreffen würde.

Die Kategorie ‚Unterschiede bei den Berührungspunkten‘ hat einen wichtigen Einblick in die Art und Weise offenbart, wie die Interviewpersonen mit Publikationen in deren Arbeitskontext interagieren. Die Vielfalt der Berührungspunkte hängt maßgeblich von deren individuellen

Zuständigkeiten und Arbeitsbereichen ab. Dies spiegelt die differenzierten Anforderungen und Verantwortlichkeiten innerhalb der Organisation wider.

Ein entscheidender Aspekt ist die Selektion und Priorisierung von Informationen. Die für das Militärkommando zuständige Person genießt den Vorteil, alle relevanten Publikationen im Zusammenhang mit dieser spezifischen Domäne zu erhalten. Dies ermöglicht dieser eine umfassende Bewertung und Auswahl der für deren Aufgaben und Verantwortlichkeiten relevanten Informationen. In diesem Kontext wird die Bedeutung einer zielgerichteten Informationsbeschaffung und -weitergabe deutlich. Gleichzeitig weisen die Aussagen darauf hin, dass nicht alle Informationen gleichermaßen relevant oder von direktem Nutzen sind. Eine Interviewperson betonte, dass viele Publikationen nicht deren eigene Zuständigkeitsbereiche betreffen. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit der Überprüfung von Informationen auf deren Relevanz für die individuellen Aufgaben und Ziele, um Ressourcen effizient einzusetzen. Dabei wäre zu unterscheiden welche Ebene der Verwaltung die jeweilige Person angehört und ob diese Ebene der Grund für eine Selektion ist.

Ein weiterer Aspekt ist der Unterschied zwischen kurz- und mittelfristigen Zielen sowie strategischer Planung. Während die Polizei sich auf das auf unmittelbaren und mittelfristigen Zielen basierende Tagesgeschäft konzentriert, legt das Militär einen stärkeren Fokus auf eine strategische Langzeitplanung. Dies erläuterte Interviewperson 4 genauer:

Ich glaube, wir sind als Polizei, im Gegensatz zum Bundesheer oder zum Militär sind es doch zwei starke Antipoden. Gefühlsmäßig, so wie ich das Militär und die Polizei kenne, ist ein wesentlicher Unterschied im Mindset, Polizei, wir sind sehr stark im Tagesgeschäft verhaftet und eher schlecht im Beurteilen von zukünftigen Szenarien und uns darauf einzustellen, sondern auf das nächste Fußballmatch, die nächste Demo oder was. Beim Erkennen von Trends und sich darauf einstellen und planen sind wir eher schwach. Militär natürlich sehr stark im Worst-Case-Denken verhaftet, klar. Immer auf was passiert, wenn der Krieg kommt? Und deswegen immer eigentlich sehr weit in die Zukunft blickend oder in den Worst-Case-Szenarien denkend. (P4)

Dies zeigt eine effiziente Segmentierung der Informationsverarbeitung. Jede Einheit oder Abteilung greift auf jene Informationen zu, die für deren spezifische Aufgaben und Ziele am relevantesten sind. Diese Unterschiede beeinflussen die Art und Weise, wie Informationen aus Publikationen wahrgenommen und genutzt werden. Informationen finden demnach nur Beachtung, wenn diese unmittelbaren Einfluss auf die aktuellen Aufgaben und Prioritäten

haben. Es können demnach keine generellen Aussagen dazu getroffen werden, wo konkrete Berührungspunkte liegen. Diese sehen immer unterschiedlich aus.

Kategorie 2: Qualität und Zugänglichkeiten von Berichten

Diese Kategorie widmete sich der Qualität von Berichten und deren Zugänglichkeit. Die Berichte werden als hochwertig angesehen, insbesondere wenn diese fachspezifisch und weniger „allgemein“ politisch ausgerichtet sind. Es wurde betont, dass hochwertige Berichte das Gefühl vermitteln, einzigartige und unverzichtbare Informationen zu bieten. Hochwertig werden sie, wenn sie Inhalte liefern, die nicht sofort den Bedarfsträger:innen selbst zugänglich wären. Jedoch sind viele dieser Berichte nur intern zugänglich und werden gelegentlich nicht freigegeben. Die Forderung nach mehr Transparenz dient der Sicherstellung, dass die Medien Informationen nicht falsch interpretieren. Zudem wurde die Wichtigkeit der Formulierung von Berichten betont, sodass diese für alle verständlich sind. Es wurde darauf hingewiesen, dass das Formulieren von Worten nicht ausreicht. Es müssen auch Taten folgen.

Die Kategorie ‚Qualität und Zugänglichkeit von Berichten‘ hat wichtige Aspekte hervorgehoben, die die Wahrnehmung und Nutzung von Berichten in der Organisation beeinflussen. Die Qualität von Berichten wird als entscheidend erachtet, wobei spezifische Fachkenntnisse und eine präzise Ausrichtung auf die jeweiligen Aufgabenbereiche als Indikatoren für hochwertige Berichte gelten. Dies unterstreicht die Bedeutung von Expertise und maßgeschneiderter Information für die Effektivität der Organisation. Es sollte unbedingt im Hinterkopf bewahrt werden, wer Berichte lesen soll und was es braucht, damit diese als leserlich eingestuft werden. Interviewperson 3 ging näher darauf ein:

Wenn ich also auf das Allgemeine beziehe, was ich teilweise nur kann, weil ich sehr viele Publikationen intern halt lese, sehe ich im Vergleich zu den Publikationen, die ich von der Universität kenn, dass dieses gute alte Prinzip des KISS, nämlich keep it short and simple, bei uns leider nicht gelebt wird. Also es sind meines Erachtens viel zu viel Worte bzw. viel zu viel Zeit, die ich investieren muss, um Publikationen zu lesen, um den Inhalt zu verstehen, ja. Also ich bin es gewohnt, auch von mir, vom universitären Arbeiten, das Ganze so kurz als möglich und so prägnant als möglich zu vermitteln, weil die Leute, die wirklich Publikation lesen und lesen müssen, auch die Zeit nicht dafür haben, sich 300 Seiten durchzulesen. Leider ist es bei uns aber immer wieder so, gerade

auch im öffentlichen Bereich, dass sehr viele Worte verschwendet werden. Also ich sage oft gerne, dass man viele Publikationen in den halben Seitenanzahl publizieren könnte, um denselben Inhalt zu transportieren. (P3)

Insgesamt drückte die Interviewperson den Wunsch aus, dass schriftliche Informationen für die Erfüllung der Bedürfnisse der Leserschaft effektiver gestaltet werden sollten. Die Betonung von Kürze und Prägnanz scheint auf die Notwendigkeit der Präsentation von Informationen in einer Weise hinzuweisen, die den Leser:innen das schnelle und effiziente Zugreifen auf den Kerngehalt ermöglicht.

Dies könnte auf die Herausforderungen hinweisen, die mit der Informationsflut in deren beruflichen Umgebung verbunden sind und die Bedeutung einer klaren und zugänglichen Kommunikation unterstreichen. Berichte sollten klar, präzise und einfach sein, sodass diese auch verstanden werden. Nur so kann eine effektive Nutzung gewährleistet werden.

Als ein weiteres entscheidendes Anliegen wurde in dieser Kategorie die Zugänglichkeit von Berichten deutlich. Es wurde betont, dass viele hochwertige Berichte nur intern zugänglich sind und gelegentlich nicht freigegeben werden. Dies wirft Fragen zur Transparenz und zum Informationsaustausch innerhalb der Organisation auf. Die Forderung nach mehr Transparenz zielt auf die Sicherstellung ab, dass Informationen nicht von externen Medien falsch interpretiert werden. Die Organisation erkennt die Notwendigkeit, die eigene Berichterstattung und Kommunikation zu kontrollieren und zu gestalten.

Grundsätzlich geht es demnach darum, wie Berichte gestaltet werden und ob danach Taten folgen. Erkenntnisse und Empfehlungen sollten ebenso umgesetzt werden. Hochwertige Berichte sollten nicht nur Informationen liefern, sondern auch als Grundlage für konkrete Maßnahmen dienen. Dies erfordert eine aktive und entschlossene Reaktion auf die in den Berichten präsentierten Daten und Erkenntnisse. Kategorie 2 hat demnach verdeutlicht, welche Aspekte beim Verfassen und bei den Zugänglichkeiten berücksichtigt werden sollten.

Kategorie 3: Informationsverarbeitung und Meinungsbildung

In dieser Kategorie wurde die Art und Weise beleuchtet, wie die Interviewpersonen mit Berichten umgehen und wie diese deren Meinungsbildung beeinflussen. Es wurde festgestellt, dass Berichte oft zu umfangreich sind und zu viel Zeit für die Lektüre erfordern. Daher werden

diese häufig nur überflogen. Werden diese als wertvoll erachtet, liefern diese Inhalte, die andernorts kaum oder nicht zu erlangen sind wird deren Inhalt mündlich für andere zusammengefasst. Es wurde betont, dass Berichte für eine breite Bevölkerungsschicht verständlich sein sollten, da die Meinungsbildung oft durch die Medien beeinflusst wird. Die Wichtigkeit einer kürzeren und prägnanteren Formulierung von Berichten wurde verdeutlicht. Die Kategorie hat auch die Bedeutung einer gemeinsamen Lagebeurteilung hervorgehoben, anstatt sich auf ministeriumzentrierte Berichte zu verlassen. Es wurde betont, dass eine breite Diskussion und eine offene Informationspolitik für das rechtzeitige Erfassen von Krisen und das angemessene Handeln notwendig sind.

Mit dieser Kategorie wurde die Rolle von Berichten bei der Informationsverarbeitung und Meinungsbildung der Interviewpersonen beleuchtet. Ein zentrales hervorgehobenes Thema war die Herausforderung, die durch umfangreiche Berichte entsteht. Diese werden oft als zeitaufwendig wahrgenommen und erfordern viel Aufmerksamkeit. Aufgrund dieser Schwierigkeiten werden Berichte häufig überflogen, anstatt diese im Detail zu lesen. Stattdessen wird der Inhalt mündlich zusammengefasst, wenn dieser als relevant und wertvoll erachtet wird.

Kategorie 2 und Kategorie 3 haben Ähnlichkeiten aufgezeigt. In Kategorie 2 ging es eher darum, wo Hürden bezogen auf die Entstehung und Verbreitung von Berichten vorliegen könnten. In Kategorie 3 wurde betont, wo es Hürden bei der persönlichen Nutzung geben kann. Interviewperson 3 ging beispielsweise auf das Einwirken der Medien ein:

Leider wird dem Ganzen, meines Erachtens, medial wenig Interesse geschenkt. Also ich erkenne immer wieder, dass wenn man sich die Nachrichten anschaut, egal jetzt von welchem Sender oder von welcher Quelle, dass da sehr viel Meinungsbildung für einen betrieben wird, und nicht Fakten und Publikationen aufgezeigt werden, worüber man sich dann selbst die Meinung bildet. Also ich sage, qualitativ hochwertige Meinungsbildung erfolgt nur, indem du diese wissenschaftlichen Arbeiten selbst liest und dir dann selbst deine Meinung daraus zusammenbildest. (P3)

Dieses Zitat aus dem Interview unterstreicht die Herausforderungen und Bedenken, die die Interviewperson in Bezug auf die Medien und die Meinungsbildung in der Öffentlichkeit hat. Es wurde darauf hingewiesen, dass es in den Medien oft mehr um Meinungsbildung als um die Darstellung von Fakten und wissenschaftlichen Publikationen geht. Dies weist auf eine mögliche Verzerrung der öffentlichen Meinung hin, die durch Medienberichte beeinflusst wird.

Es kann problematisch werden, wenn die Medien Inhalte verzerren und die Menschen die Berichte nicht ausreichend verstehen können. Die Interviewperson betonte die Notwendigkeit qualitativ hochwertiger Meinungsbildung, die durch das Lesen wissenschaftlicher Arbeiten und das eigenständige Bilden von Meinungen erreicht werden kann. Diese Aussage weist auf das Vertrauen in fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse und auf die Vorstellung hin, dass die Öffentlichkeit in der Lage sein sollte, sich auf der Grundlage von Fakten und Beweisen eine eigene Meinung zu bilden. Menschen müssen aber auch in der Lage sein, die Inhalte zu verstehen. Medien sind eher Vermittelnde von Meinungen und Standpunkten und weniger Vermittelnde von neutralen Informationen. Dies kann zu einer Polarisierung und Verzerrung der öffentlichen Meinung führen und unterstreicht die Bedeutung von kritischer Medienkompetenz und einer breiteren Informationsbasis, um eine ausgewogene Meinungsbildung zu ermöglichen.

Ein weiterer relevanter Punkt war die Betonung einer gemeinsamen Lagebeurteilung statt einer ausschließlichen Abhängigkeit von ministeriumzentrierten Berichten. Dies zeigt das Bedürfnis nach einer breiten Diskussion und einer offenen Informationspolitik gegenüber der Öffentlichkeit insbesondere in Bezug auf Krisenmanagement auf. Die Beteiligung verschiedener Stakeholder:innen und die Transparenz in der Informationsvermittlung werden als entscheidend angesehen, um Krisen frühzeitig zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren. Diese gemeinsame Lagebeurteilung konnte bereits durch die Verabschiedung des B-KSG umgesetzt werden. Die tatsächliche praktikable Realisierung wäre gesondert zu untersuchen.

Kategorie 4: Krisenprognosen und Reaktion auf COVID-19

Diese Kategorie beleuchtete die Themen Krisenprognosen und die Reaktion auf die COVID-19-Pandemie. Es wurde betont, dass Prognosen in manchen Fällen zu unscharf formuliert sind und infolge keine konkreten Handlungen ausgelöst werden. Dies führte nach Angaben meiner Gesprächspartner:innen dazu, dass auf die COVID-19-Krise zu spät reagiert wurde. Als Folge wurde die innere Sicherheit beeinträchtigt. Die sicherheitspolitischen Herausforderungen wurden erst im zweiten Jahr der Pandemie erkannt. Zuvor wurden diese als Angelegenheit der Gesundheitsbehörde betrachtet. Dies zeigt, wie wichtig das Ableiten konkreter Maßnahmen aus Szenarien ist. In diesem Zusammenhang wurde auch die künstliche Intelligenz erwähnt. Bei

dieser wäre es wichtig, eine spezialisierte Einheit zu haben, die sich konkret mit der Bedeutung dieser auseinandersetzt.

Diese Kategorie hat die Bedeutung von Krisenprognosen und der Reaktion auf die COVID-19-Pandemie hervorgehoben. Ungenaue oder unscharf formulierte Prognosen können in einigen Fällen dazu führen, dass keine angemessenen Maßnahmen ergriffen werden. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, dass die Reaktion auf die COVID-19-Krise verzögert war. Dies hat sich negativ auf die innere Sicherheit ausgewirkt. Das verdeutlicht die Wichtigkeit präziser und frühzeitiger Prognosen, um rechtzeitig angemessene Maßnahmen ergreifen zu können.

Ein in dieser Kategorie angesprochener Mangel war die anfängliche Unterschätzung der sicherheitspolitischen Herausforderungen der COVID-19-Pandemie. Diese wurden zunächst als Angelegenheit der Gesundheitsbehörde betrachtet und erst im zweiten Jahr der Pandemie als sicherheitspolitische Fragen erkannt. Hier wurde insbesondere auf die Coronamaßnahmengegner Bezug genommen, die mitunter eine große Anzahl an Polizisten gebunden haben. Dies verdeutlicht, dass eine interdisziplinäre Zusammenarbeit sowie eine frühzeitige Einbeziehung sicherheitspolitischer Aspekte von entscheidender Bedeutung sind. Problematisch war, dass niemand die Pandemie kommen hat sehen. Interviewperson 4 verdeutlichte dies wie folgt:

Und ich glaube, das war auch, muss man auch sagen, dass was eine Pandemie im Ablauf, es hat ja kein Mensch damit gerechnet, dass das so lange dauert, das heißt, dass sich nach einem Jahr gesellschaftspolitische Phänomene, die sicherheitspolizeiliche Herausforderungen herausbilden, damit war auch nicht zu rechnen. Das hätte schon tatsächlich eine so intensive Beschäftigung mit dem Thema mit sich ziehen müssen, die, glaube ich, nicht darstellbar war oder erwartbar war. (P4)

Des Weiteren wurde die Bedeutung von künstlicher Intelligenz in der Krisenprognose und -bewältigung hervorgehoben. Es wurde darauf hingewiesen, dass spezialisierte Einheiten erforderlich sind, die sich gezielt mit der Nutzung von künstlicher Intelligenz in sicherheitspolitischen Angelegenheiten befassen. Dies weist auf die Notwendigkeit des Einbezugs innovativer Technologien und Expertise in sicherheitspolitische Planungs- und Prognoseprozesse hin, um effektiver auf Krisen reagieren zu können.

Die Kategorie hat die Wichtigkeit aufgezeigt, ausreichend präzise und frühzeitige Prognosen zu erstellen, sicherheitspolitische Aspekte frühzeitig zu berücksichtigen und innovative

Technologien wie künstliche Intelligenz gezielt einzusetzen. Nur so können angemessene und rechtzeitige Reaktionen auf Krisen gewährleistet werden.

Kategorie 5: Interne Zusammenarbeit und Herausforderungen

In dieser Kategorie stand die interne Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ressorts im Mittelpunkt. Es wurde auf das bestehende Misstrauen hingewiesen, das die Effizienz der Zusammenarbeit beeinträchtigt. Zudem wurde betont, dass oft zu wenig Konkretes aus Szenarien abgeleitet wird. Dies gilt insbesondere in Hinblick auf polizeiliche Anforderungen und Herausforderungen, die auftreten können. Die Unterschätzung seitens der politischen Verantwortlichen von Situationen wie dem Ukrainekrieg und der Flüchtlingssituation wurde ebenfalls angesprochen. Diesbezüglich wurde verdeutlicht, wie wichtig eine bessere Zusammenarbeit und die Fähigkeit sind, aus Szenarien klare Handlungsanweisungen abzuleiten. Es wurde darauf hingewiesen, dass mehr Ressourcen und Fachleute für eine angemessene Auseinandersetzung mit diesem Thema benötigt werden. Der Fokus lag auf dem Bedarf an spezialisierten Einheiten und den erforderlichen Ressourcen.

Die Kategorie ‚Interne Zusammenarbeit und Herausforderungen‘ legte den Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ressorts und Abteilungen. Ein zentrales angesprochenes Thema war das bestehende Misstrauen, das die Effizienz der internen Zusammenarbeit beeinträchtigt. Dieses Misstrauen kann dazu führen, dass Informationen nicht ausreichend geteilt und gemeinsame Handlungsstrategien erschwert werden. Die Beseitigung dieses Misstrauens stellt somit eine wichtige Herausforderung dar, um die Zusammenarbeit zu verbessern.

Ein weiterer hervorgehobener Punkt war, dass oft zu wenig Konkretes aus Szenarien und Prognosen abgeleitet wird. Dies gilt insbesondere in Hinblick auf die polizeilichen Anforderungen und Herausforderungen, die auftreten können. Dies deutet auf die Notwendigkeit der Stärkung von der Fähigkeit zur Ableitung konkreter Handlungsanweisungen aus Szenarien hin, um auf potenzielle Sicherheitsrisiken besser vorbereitet zu sein.

Es treten auch Unterschätzungen, seitens der politisch Verantwortlichen auf, wie bei der Ukrainesituation. Dies verdeutlicht die Bedeutung einer verbesserten Sensibilisierung für mögliche sicherheitspolitische Entwicklungen und die Notwendigkeit, frühzeitig angemessene Maßnahmen zu ergreifen.

In dieser Kategorie wurde auch darauf hingewiesen, dass für eine angemessene Befassung mit den Herausforderungen mehr Ressourcen und Fachleute benötigt werden. Dies unterstreicht den Bedarf an spezialisierten Einheiten und erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen, um die interne Zusammenarbeit zu stärken und besser auf sicherheitspolitische Herausforderungen reagieren zu können. Dies deckte sich mit Kategorie 4, in der spezialisierte Einheiten zur künstlichen Intelligenz beispielsweise als gute Idee hervorgehoben wurden.

Übergeordnet hat diese Kategorie gezeigt, dass das Misstrauen in der internen Zusammenarbeit für die Gewährleistung effizienterer Arbeitsprozesse überwunden werden muss. Es hat sich auch die Notwendigkeit verdeutlicht, konkrete Handlungsanweisungen aus Szenarien abzuleiten, sich besser auf sicherheitspolitische Entwicklungen vorzubereiten und die erforderlichen Ressourcen und Fachleute bereitzustellen, um den internen Herausforderungen angemessen zu begegnen. Eine gesetzliche Reaktion kann das B-KSG sein, dass mit Jänner 2024 in Kraft tritt.

Kategorie 6: Aktives Handeln und Motivation für Publikationen

Diese Kategorie konzentrierte sich auf das Thema aktives Handeln in Bezug auf Publikationen und die Notwendigkeit, Motivation zu schaffen. Es wurde betont, dass es oft an aktivem Tun hinter den Publikationen mangelt. Für die Gewährleistung des Mehrwerts von Publikationen ist die Motivation aller Beteiligten entscheidend, gemeinsam an deren Umsetzung zu arbeiten.

Die Kategorie ‚Aktives Handeln und Motivation für Publikationen‘ hat die Bedeutung des aktiven Handelns in Bezug auf Publikationen hervorgehoben. Oft reicht es nicht aus, lediglich Publikationen zu erstellen. Es kommt auch darauf an, aktiv Maßnahmen zur Umsetzung dieser Publikationen zu ergreifen. Demnach sollten Publikationen nicht nur auf dem Papier existieren, sondern diese müssen in die Praxis umgesetzt werden und die darin enthaltenen Empfehlungen und Erkenntnisse müssen in die tägliche Arbeit integriert werden. Auch dies wurde bereits in einer vorherigen Kategorie erwähnt. Folgen keine Taten, haben die Berichte keinen nachhaltigen Mehrwert. Es wurde aber betont, dass auch von den Verfasser:innen der Publikation der Tatendrang auszugehen hat. Dies wurde von Interviewperson 3 erläutert:

Ja grundsätzlich, wenn ich eine Publikation, oder wenn ich etwas herausbringe als Politik und mehr oder weniger etwas möchte, dass etwas passiert, auch im Sinne jetzt zum Beispiel der Risikobewertung, dann muss ich eindeutige Schritte setzen, damit

auch, sage ich jetzt einmal, die Bevölkerung, die nicht so belesen, bzw. auch die Leute, die jetzt nicht in einer akademischen Ausbildung sind oder eine akademische Ausbildung haben, die vielleicht auch gerne solche Publikationen lesen, es verstehen und sehen, dass danach gehandelt wird, weil Worte, die ich schreibe, die muss ich in die Tat umsetzen, ja, um allen zu zeigen: ‚Okay, das was ich schreibe, das meine ich auch ernst.‘ (P3)

Die Verfasser:innen von Publikationen seitens der Verwaltung sollten zeigen, dass das Gesagte auch ernst gemeint ist, sodass danach auch von anderen Menschen oder Institutionen Taten folgen. Der neue Aufbauplan des BMLV kann unter diese Kategorie subsumiert werden. Dabei wurde auf neue Bedrohungen entsprechend reagiert und versucht langfristig diesen Bedrohungen begegnen zu können.

Ein weiterer wichtiger betonter Aspekt war die Notwendigkeit, Motivation zu schaffen. Alle Beteiligten – sei es das Führungspersonal, seien es die Mitarbeiter:innen oder andere relevante Akteur:innen – sollten dazu motiviert werden, aktiv an der Umsetzung von Publikationen zu arbeiten. Die Schaffung von Motivation ist für die Sicherstellung entscheidend, dass die Empfehlungen und Maßnahmen aus den Publikationen tatsächlich umgesetzt werden.

Publikationen allein reichen nicht aus. Es bedarf konkreter Maßnahmen und einer engagierten Umsetzung für die Sicherstellung, dass die darin enthaltenen Informationen und Empfehlungen in die Praxis umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang wäre das mehrmals erhobene Misstrauen gegenüber der Politik an sich zu erwähnen.

Kategorie 7: Politische Fokussierung und Zusammenarbeit

In dieser Kategorie standen die politische Fokussierung und die Frage nach übergreifenden Interessen im Mittelpunkt. Es wurde seitens der Gesprächspartner:innen festgestellt, dass Politiker:innen nicht mehr den gesamten Staat im Fokus haben und keine Partei auf übergreifende Interessen spezialisiert ist. Dies wurde als das größte Problem identifiziert. Zusätzlich wurde seitens der Interviewten betont, dass politisch Verantwortliche oft erst auf Druck der Bevölkerung oder bei vollständig eingetretener Krise handeln. Es wurde die Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit zwischen der Beamten:innenebene und der

politischen Ebene sowie die Bereitschaft hervorgehoben, Konflikte in Kauf zu nehmen, um rechtzeitig Erneuerungen und Maßnahmen voranzubringen.

Kategorie 7 hat eine wesentliche Herausforderung hervorgehoben, die sich auf die politische Landschaft und die Entscheidungsfindung auswirkt. Es wurde betont, dass politische Akteur:innen zunehmend auf spezifische Zuständigkeitsbereiche oder Einzelthemen fokussiert sind, anstatt den gesamten Staat im Blick zu haben. Dies kann dazu führen, dass übergreifende Interessen vernachlässigt werden, da politische Entscheidungen oft auf Parteipolitik und kurzfristigen Interessen basieren.

Ein weiterer wichtiger Aspekt dieser Kategorie war, dass politisches Handeln meist erst unter Druck der Bevölkerung oder inmitten einer Krise erfolgt. Dies deutet darauf hin, dass politische Entscheidungen oft reaktiv und nicht proaktiv getroffen werden. Das kann die Fähigkeit zur frühzeitigen Erkennung und Bewältigung von Herausforderungen beeinträchtigen. Die Kategorie betonte auch die Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit zwischen der Beamt:innenebene und der politischen Ebene. Beamt:innen und politische Entscheidungsträger:innen müssen enger zusammenarbeiten, um gemeinsame Interessen zu identifizieren und Lösungen zu entwickeln. Es wurde auch die Bereitschaft zur Konfliktbewältigung und zur Einleitung von Erneuerungen betont, um rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen. Es gibt daher viele Herausforderungen, mit denen die politische Landschaft zu kämpfen hat. Übergreifende Interessen sowie auch eine frühzeitige und proaktive Entscheidungsfindung sollten im Fokus stehen. Interviewperson 3 ging auf diese übergeordneten und übergreifenden Interessen ein:

[W]eil partei-, meines Erachtens, parteipolitische Interessen in den letzten Jahren, das habe ich ganz am Anfang gesagt, viel Mehrwert zugewonnen haben, und es wird oft auf das Einzelindividuum geschaut und Bereicherung des Einzelnen und der Partei. Also so große Politiker, die das große Ganze im Auge haben, wie zum Beispiel Kreisky, der gesagt hat: ‚Okay, ich bringe unseren Staat und uns gemeinsam weiter‘, das existiert de facto nicht mehr, in keiner Partei, meines Erachtens. Ich wüsste auch, wenn morgen Wahlen sind, nicht wen ich wähle. (P3)

Es wäre demnach wichtiger, das sogenannte große Ganze statt nur Einzelinteressen anzuvisieren. Dies führt zur Kategorie 8, in der es um die effektive Nutzung von Ressourcen ging.

Kategorie 8: Resilienz und effektive Ressourcennutzung

In dieser Kategorie wurde die Bedeutung der Stärkung der allgemeinen Resilienz hervorgehoben und die Notwendigkeit einer gesamtstaatlichen Strategie betont. Es wurde darauf hingewiesen, dass eine zu starke Fokussierung auf Konkretes zu Kostenabwälzungen und ineffizienter Ressourcennutzung führen kann. Die Verteilung von Kompetenzen wird als Schlüssel zur effizienten Entscheidungsfindung und Reaktion auf Herausforderungen angesehen.

Kategorie 8 hat die Bedeutung eines umfassenden Ansatzes zur Bewältigung von Krisen und Herausforderungen unterstrichen. Ein zentraler Punkt war die Stärkung der allgemeinen Resilienz. Demnach müssen ein Land und dessen Institutionen widerstandsfähiger gegenüber unvorhergesehenen Ereignissen und Schocks werden. Dies erfordert eine strategische Herangehensweise, die über kurzfristige und konkret ausgerichtete Maßnahmen hinausgeht.

Die Kategorie hat die Notwendigkeit einer gesamtstaatlichen Strategie hervorgehoben. Demnach müssen alle staatlichen Akteur:innen auf allen Ebenen zusammenarbeiten, um eine kohärente und effektive Reaktion auf Krisen sicherzustellen. Eine zu starke Fokussierung auf konkrete Maßnahmen kann zu Kostenabwälzungen und ineffizienter Ressourcennutzung führen. Dagegen stellt eine gesamtstaatliche Strategie sicher, dass Ressourcen gezielt eingesetzt werden. Wichtig wäre, dass gesamtstaatlich zusammengearbeitet wird und kein Ressourcenkampf daraus resultiert. Dies wurde von P3 angesprochen:

Ja, es gibt diesen Ressourcenkampf auf jeden Fall, das ist zu erkennen, müsste aber gar nicht da sein, weil, ich sehe eigentlich bei uns in Österreich, dass wir kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem haben, ich glaube, es ist genug Geld da, es ist auch genug Geld zu holen, ja, man muss es nur besser und effizienter verteilen. Die Coronakrise war ein bestes Beispiel. Wir haben Milliarden für COVID-Tests ausgegeben, für PCR-Tests, die vielleicht gar nicht notwendig gewesen wären, weil, aus technischer Hinsicht, mein Bachelor of Science gibt mir das Recht, das zu sagen, ja, wäre ein Antigentest mit 99,8%iger Wahrscheinlichkeit gut genug. 99,8 % sind in vielen Fällen mehr als gut genug. Da hätte es nicht noch Milliarden für PCR-Tests gebraucht. Diese Milliarden hätte ich in andere Sachen stecken können. Wie wir alle wissen, ist / Die Reform des Bildungssystems bemisst sich an einem Wert von 500 Millionen. Also die Ressourcen sind da, sie sind falsch verteilt. (P3)

In Österreich gibt es laut Schilderung eher weniger einen Mangel an Ressourcen, stattdessen herrscht eine ineffiziente Verteilung und Verwendung. Ressourcen sollten sinnvoll gebündelt werden und nicht in Konkurrenz zueinander stehen. Effektive Nutzung meint deren Verwendung dort, wo diese am meisten benötigt werden. Diesbezüglich stellt sich die Frage, wie dies am besten entschieden werden kann. Zur Zeit von COVID-19 waren viele der Ansicht, alles sollte dafür aufgewendet werden. Retrospektiv würde dies laut Interviewperson 3 nicht mehr so aussehen. Wichtig wäre die Wahl, wie künftig eine bessere Entscheidung bezogen auf Ressourcen stattfinden kann.

Ein weiterer Schlüsselaspekt in dieser Kategorie war die Verteilung von Kompetenzen. Die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zwischen verschiedenen Behörden und Institutionen müssen klar definiert sein, um eine effiziente Entscheidungsfindung und Reaktion auf Herausforderungen zu ermöglichen. Eine klare Verteilung von Kompetenzen kann zur Vermeidung von Doppelarbeit beitragen und sicherstellen, dass die richtigen Akteur:innen zur richtigen Zeit handeln. Ob und inwieweit das B-KSG diese Notwendigkeiten bedienen kann wäre gesondert zu untersuchen.

Kategorie 9: Effiziente Ressourcennutzung und Marketing der Verwaltungsleistungen

Diese Kategorie befasste sich mit der effizienten Nutzung von Ressourcen und dem Marketing der Leistungen der Verwaltung nach außen. Es wurde die Wichtigkeit betont, die vorhandenen Ressourcen optimal zu nutzen und gleichzeitig die Leistungen der Verwaltung angemessen nach außen zu kommunizieren. Dies soll dazu beitragen, die Effizienz der Verwaltung zu steigern und das Vertrauen der Öffentlichkeit zu stärken.

Kategorie 9 setzte beim Ressourcenmanagement an und erweiterte dies um eine gezielte Kommunikation nach außen. Dies sind zwei Schlüsselfaktoren, um die Leistungsfähigkeit und Effizienz der Verwaltung zu steigern. Die effiziente Nutzung von Ressourcen ist von grundlegender Bedeutung, da die Verwaltung oft mit begrenzten Budgets arbeitet. Es geht um die Sicherstellung der optimalen Nutzung vorhandener Ressourcen, um die bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen. Dies erfordert eine sorgfältige Planung, Priorisierung und Überwachung von Ressourcen, damit diese dort eingesetzt werden, wo diese den größten Nutzen bringen. Die Kommunikation nach außen bzw. externes Marketing spielt ebenfalls eine entscheidende Rolle. Es ist wichtig, die Leistungen, Initiativen und Erfolge der Verwaltung transparent und

verständlich zu kommunizieren. Dies trägt nicht nur zur Stärkung des Vertrauens der Öffentlichkeit in die Verwaltung bei, sondern ermöglicht auch, die breite Unterstützung und Akzeptanz für politische Entscheidungen zu gewinnen.

Demnach sollte die Verwaltung effizienter gestaltet werden, indem diese die optimale Nutzung der Ressourcen sicherstellt und die Leistungen der Verwaltung nach außen hin erfolgreich kommuniziert. Dies sind wichtige Schritte, um die Effektivität und das Ansehen der Verwaltung zu steigern.

Kategorie 10: Prognosen und finanzielle Ressourcen

In dieser Kategorie standen das Thema Prognosen und die effektive Nutzung finanzieller Ressourcen im Mittelpunkt. Es wurde betont, dass akademische Fundierung bei Prognosen von großer Bedeutung ist. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass es besser gewesen wäre, auf Prognosen der Vergangenheit zu hören. Die Verteilung finanzieller Ressourcen wurde ebenfalls angesprochen, insbesondere im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie, bei der zu viel Geld als falsch verteilt empfunden wurde. Es wurde darauf verwiesen, dass Ressourcen oft zu spät eingesetzt werden. Das kann zu ineffektiven Maßnahmen führen.

Erstens wurde hierbei die akademische Fundierung von Prognosen betont. Fundierte, wissenschaftlich gestützte Prognosen spielen eine entscheidende Rolle, um zukünftige Entwicklungen und Herausforderungen besser zu verstehen. Diese Prognosen können als Orientierungshilfe dienen, um rechtzeitig auf sich abzeichnende Krisen und Herausforderungen zu reagieren. Hierbei ist es wichtig, auf Expert:innen und wissenschaftliche Erkenntnisse zu hören und diese in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Zweitens wurde die effektive Verteilung finanzieller Ressourcen angesprochen. Insbesondere in Bezug auf die COVID-19-Pandemie wurde betont, dass die richtige Verteilung finanzieller Mittel von entscheidender Bedeutung ist. Es wurde darauf hingewiesen, dass eine falsche Verteilung zu ineffizienten Maßnahmen führen kann, die nicht die gewünschten Ergebnisse erzielen. Daher ist ein gezielter Einsatz der finanziellen Ressourcen wichtig. Somit werden die bestmöglichen Ergebnisse erzielt und es wird sichergestellt, dass diese dort eingesetzt werden, wo diese am dringendsten benötigt werden.

Wichtig ist auch, dass Ressourcen zeitnah eingesetzt werden. Ansonsten können Maßnahmen weniger effektiv sein oder werden nicht rechtzeitig ergriffen. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit eines schnellen und flexiblen Handelns, insbesondere in Krisensituationen.

Es braucht somit akademisch fundierte Prognosen, die gezielte Verteilung finanzieller Ressourcen und eine zeitnahe Nutzung dieser Ressourcen für effektive Entscheidungen und Maßnahmen. Die Kategorie hat die Bedeutung einer vorausschauenden und effizienten Planung und Umsetzung betont.

Kategorie 11: Proaktivität und Bedrohungserkennung

In dieser Kategorie wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, proaktiv auf Bedrohungen zu reagieren und frühzeitig Bedrohungen zu erkennen. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, dass Österreich oft zu reaktiv handelt und Bedrohungen erst spät erkennt. Dies führt zu Verlust von Zeit und Geld. Ebenso wurde dargestellt, dass Einzelinteressen oft über die Bewältigung von Bedrohungen gestellt werden. Die Bedeutung des Niederschreibens aller relevanter Informationen wurde betont, um Wissensverlust bei Personalwechsel zu verhindern.

Kategorie 11 hat die Notwendigkeit unterstrichen, nicht nur auf Ereignisse zu reagieren, sondern auch proaktiv Bedrohungen zu erkennen und darauf vorbereitet zu sein. In dieser Hinsicht gibt es mehrere wichtige Aspekte zu beachten.

Erstens wurde betont, dass Österreich oft zu reaktiv handelt und Bedrohungen erst spät erkennt. Dies kann zu erheblichen Verzögerungen führen, sowohl in Bezug auf die Bewältigung von Herausforderungen als auch in Bezug auf den Einsatz von Ressourcen. Um effektiver zu sein, sollte proaktiv nach Anzeichen von Bedrohungen gesucht und rechtzeitig darauf reagiert werden. Infolge können Auswirkungen minimiert werden. Hier ist ein entsprechendes Krisenmanagement anzusprechen, dass bisher kaum gesamtstaatlich koordiniert war. Ebenso sind die Auswirkungen des B-KSG abzuwarten.

Zweitens wurde darauf hingewiesen, dass Einzelinteressen oft über die Bewältigung von Bedrohungen gestellt werden. Individuelle oder parteipolitische Interessen stehen teilweise im Vordergrund. Das kann dazu führen, dass notwendige Maßnahmen verzögert oder blockiert werden. Hier ist es wichtig, die gemeinsamen Interessen und das Wohl der Bevölkerung in den Vordergrund zu stellen und parteipolitische oder individuelle Interessen hintanzustellen.

Ein weiterer betonter Punkt war die Bedeutung der Dokumentation und des Wissensmanagements. Alle relevanten Informationen sollten niedergeschrieben werden, um Wissensverlust bei Personalwechsel zu verhindern. Dies ist entscheidend, um Kontinuität und Effizienz in der Verwaltung sicherzustellen. Informationen sollten nicht nur gesammelt, sondern auch strukturiert und leicht zugänglich gemacht werden, um bei Bedrohungen schnell reagieren zu können.

In Summe hat diese Kategorie die Wichtigkeit proaktiven Handelns, frühzeitiger Bedrohungserkennung und der Priorisierung gemeinsamer Interessen über individuelle oder parteipolitische Interessen verdeutlicht. Ebenso hat diese die Bedeutung des Wissensmanagements und der Dokumentation unterstrichen, um eine effektive Verwaltung und Bewältigung von Bedrohungen zu gewährleisten.

Kategorie 12: Vorbereitung auf Konkretes und Bürokratie

In dieser Kategorie wurde die Vorbereitung auf konkrete Herausforderungen wie einen Blackout thematisiert. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Vorbereitung je nach Bürokratiestruktur variieren kann. Kleine Gemeinden können oft schneller und effektiver reagieren, da diese weniger bürokratischen Hürden ausgesetzt sind. Die mangelnde klare Struktur auf Landes- und Bundesebene wurde als Problem identifiziert, insbesondere im Falle eines Blackouts. Ebenso wurde auf die Schwierigkeiten hingewiesen, klare Ansprechpartner:innen und Zuständigkeiten zu identifizieren. Es wurde die Bedeutung der Schaffung von konkreten Strukturen und klaren Zuständigkeiten betont, um auf konkrete Herausforderungen besser vorbereitet zu sein.

Die Kategorie ‚Vorbereitung auf Konkretes und Bürokratie‘ hat den Fokus auf die Notwendigkeit gelegt, sich auf konkrete Herausforderungen wie einen Blackout vorzubereiten. Dabei wurden verschiedene Aspekte hervorgehoben. Es wurde betont, dass die Vorbereitung auf solche Herausforderungen stark von der Bürokratiestruktur abhängt. Kleine Gemeinden haben oft den Vorteil, schneller und effektiver reagieren zu können, da diese weniger bürokratischen Hürden ausgesetzt sind. Dies verdeutlicht die Bedeutung einer flexiblen und angepassten Herangehensweise an die Vorbereitung auf Krisen. Ebenso wurde die mangelnde klare Struktur auf Landes- und Bundesebene als Problem identifiziert, insbesondere im Falle

eines Blackouts. Das Identifizieren klarer Ansprechpartner:innen und Zuständigkeiten kann schwierig sein, was zu Verzögerungen und Missverständnissen führen kann.

In diesem Kontext wurde die Bedeutung der Schaffung konkreter Strukturen und klarer Zuständigkeiten hervorgehoben, um auf konkrete Herausforderungen besser vorbereitet zu sein. Dies erfordert nicht nur die Identifizierung von klaren Verantwortlichkeiten auf allen Ebenen, sondern auch die Koordination zwischen verschiedenen Behörden und Organisationen.

Es braucht daher ein gezieltes Vorbereiten und konkrete Handlungsempfehlungen, um bereits im Vorfeld eine angepasste Herangehensweise parat zu haben. Nur so kann effektiv auf Krisen reagiert werden.

3.4.3 Ergebnisse der Kategorien zur Politik

Im Folgenden wird auf die Ergebnisse im Bereich der Politik eingegangen.

Kategorie 13: Berührungspunkte mit Publikationen

In dieser Kategorie hat sich alles um die Vielzahl von Publikationen gedreht, mit denen die Interviewten in deren beruflicher Tätigkeit in Berührung kommen. Dabei sind die Selektion und Priorisierung der Berichte von entscheidender Bedeutung. Die Herkunft der Publikationen – darunter auch die Geheimhaltung einiger Berichte – spielt eine Rolle bei der Entscheidung, welche für die jeweilige Person relevant sind. Das Hauptziel dieser Berichte besteht darin, der Politik ein umfassendes Lagebild zu vermitteln. Die Interviewten betonten, mit einer großen Menge an Publikationen konfrontiert zu sein. Die zentrale Frage lautet jedoch immer: Welche sind relevant und aktuell?

In der Kategorie ‚Berührungspunkte mit Publikationen‘ wurde deutlich, dass die Interviewten in deren beruflichen Umfeld mit einer Fülle von Publikationen konfrontiert sind. Dies stellt diese vor die Herausforderung, aus dieser Informationsflut die relevanten und aktuellen Berichte auszuwählen. Die Herkunft der Publikationen einschließlich der Geheimhaltung einiger Berichte beeinflusst maßgeblich, welche Publikationen für die Befragten von Bedeutung sind. Dabei steht stets das Ziel im Vordergrund, der politischen Ebene ein umfassendes und präzises Lagebild zu vermitteln. Diese Kategorie verdeutlicht die komplexe

Aufgabe der Selektierung und Priorisierung der Informationen aus zahlreichen Publikationen zur Sicherstellung, dass die Politik mit relevanten und aktuellen Daten versorgt wird.

Kategorie 14: Herausforderungen mit Publikationen

Die Herausforderung besteht darin, aus der Flut von Berichten diejenigen auszuwählen, die für die individuelle Arbeit von Bedeutung sind. Diese Auswahl hängt oft von verschiedenen Kriterien ab, wie beispielsweise den Absender:innen der Publikation und deren potenziellem Beitrag zur politischen Entscheidungsfindung. Aufgrund des Umfangs an erhaltenen Berichten haben die Interviewten nicht immer die Zeit, alle vollständig zu lesen. Dies erfordert eine effiziente Strategie zur Informationsbewertung und -nutzung für die Sicherstellung, dass relevante Informationen zur richtigen Zeit berücksichtigt werden.

Die Kategorie ‚Herausforderungen mit Publikationen‘ haben die Schwierigkeiten verdeutlicht, die mit der Bewältigung einer Vielzahl von Berichten einhergehen. Die Interviewten stehen vor der Herausforderung, aus dieser Informationsflut diejenigen Berichte auszuwählen, die für deren spezifische Arbeit von Relevanz sind. Dabei spielen verschiedene Kriterien wie die Absender:innen der Publikation und deren potenzieller Beitrag zur politischen Entscheidungsfindung eine Rolle bei der Auswahl. Angesichts des Umfangs an erhaltenen Berichten bleibt oft nicht genug Zeit, alle vollständig zu lesen. Dies erfordert eine effiziente Strategie zur Informationsbewertung und -nutzung für die Sicherstellung, dass relevante Informationen zur richtigen Zeit berücksichtigt werden. Diese Kategorie hat die Bedeutung einer effektiven Informationsverarbeitung und -nutzung in einem komplexen Arbeitsumfeld betont, in dem Zeit und Ressourcen begrenzt sind.

Kategorie 15: Sensible Themen und Publikationen

Diese Kategorie widmete sich der Herausforderung, wie viele von den empfangenen Publikationen veröffentlicht werden können. Dies gilt insbesondere in Fällen, in denen die Themen äußerst sensibel sind. Die Sensibilität dieser Themen erfordert eine sorgfältige Abwägung, um keine Panik zu erzeugen und Ängste zu schüren. Zudem wurde betont, dass Publikationen oft aus dem Kontext gerissen werden. Das macht die mediale Darstellung

problematisch. Hier besteht die Notwendigkeit, Inhalte für die Vermeidung von Missverständnissen nüchtern zu analysieren und zu thematisieren.

Die Kategorie ‚Sensible Themen und Publikationen‘ hat die Herausforderungen hervorgehoben, die mit der Veröffentlichung von Publikationen zu äußerst sensiblen Themen einhergehen. In solchen Fällen ist eine sorgfältige Abwägung von entscheidender Bedeutung, um keine Panik in der Öffentlichkeit zu erzeugen oder Ängste zu schüren. Zusätzlich wurde darauf hingewiesen, dass Publikationen oft aus dem Zusammenhang gerissen werden. Das kann zu problematischen Darstellungen in den Medien führen. Daher sind die nüchterne Analyse und sachliche Thematisierung der Inhalte von großer Wichtigkeit, um Missverständnisse zu vermeiden. Dabei ist ein etwaiger parteipolitisch motivierter Gebrauch von ‚Teilinformationen‘ von Publikationen nie auszuschließen.

Diese Kategorie hat die Herausforderungen verdeutlicht, denen die Verantwortlichen sich bei der Handhabung sensibler Themen und Publikationen zur Sicherstellung angemessener und verantwortungsbewusster Informationsverbreitung stellen müssen.

Kategorie 16: Bedeutung von Expert:innen und Politik

Diese Kategorie hat die Bedeutung von Expert:innen und deren Einfluss auf politische Entscheidungen hervorgehoben. Es wurde betont, dass Expert:innen oft politische Entscheidungen treffen, die von deren eigener Weltanschauung und Ideologie geprägt sind. Dies kann zu Verunsicherung führen und die Umsetzung von sinnvollen Maßnahmen behindern. Die Politik ist aufgefordert, Berichte ernster zu nehmen und Konsequenzen abzuleiten, insbesondere bei sicherheitsrelevanten Themen wie Terrorismus und Pandemien.

Diese Kategorie hat den Fokus auf die entscheidende Rolle gelegt, die Expert:innen in politischen Prozessen spielen. Es wurde betont, dass Expert:innen oft politische Entscheidungen beeinflussen, die von deren eigener Weltanschauung und Ideologie geprägt sind. Dies kann zu Verunsicherung führen und die Umsetzung sinnvoller Maßnahmen behindern. In dieser Hinsicht ist die Politik aufgefordert, Berichte und Expert:innenratschläge ernster zu nehmen und konkrete Konsequenzen abzuleiten. Dies gilt insbesondere für sicherheitsrelevante Themen wie Terrorismus und Pandemien. Bei diesen ist es von größter Bedeutung, fundierte und umsetzbare Entscheidungen zur Gewährleistung der Sicherheit der Gesellschaft zu treffen. Diese Kategorie hat die komplexen Wechselwirkungen zwischen

Expert:innen und politischen Entscheidungen reflektiert und die Notwendigkeit einer sorgfältigen und sachlichen Herangehensweise unterstrichen, um effektive politische Maßnahmen zu gewährleisten.

Kategorie 17: Wissenschaftliche Qualität und mediale Aufmerksamkeit

In dieser Kategorie wurde die Qualität von Publikationen hervorgehoben, insbesondere in Hinblick auf wissenschaftliche Standards. Es wurde festgestellt, dass einige Publikationen von hoher Qualität sind und sich an aktuellen Standards orientieren. Allerdings wurde auch betont, dass die mediale Aufmerksamkeit oft auf Schlagzeilen ausgerichtet ist, während der eigentliche Inhalt vernachlässigt wird. Als Folge können wissenschaftliche Empfehlungen von Veröffentlichungen nicht akzeptiert werden, wenn diese nicht zur ideologischen Ausrichtung passen.

Kategorie 17 hat den Fokus auf die Bedeutung von hochwertigen Publikationen gelegt, die den aktuellen wissenschaftlichen Standards entsprechen. Hierbei wurde betont, dass einige Publikationen eine hohe Qualität aufweisen und sich an wissenschaftlichen Maßstäben orientieren. Allerdings wurde auch auf das Problem hingewiesen, dass die mediale Aufmerksamkeit oft auf Schlagzeilen und Sensationsberichterstattung ausgerichtet ist. Dabei wird der eigentliche Inhalt vernachlässigt. Dies kann dazu führen, dass wissenschaftliche Empfehlungen von Expert:innen nicht akzeptiert werden, insbesondere wenn diese nicht mit der ideologischen Ausrichtung der Entscheidungsträger:innen übereinstimmen. Diese Kategorie hat die Spannung zwischen wissenschaftlicher Evidenz und politischer Ideologie reflektiert und die Notwendigkeit einer ausgewogenen und evidenzbasierten Herangehensweise an politische Entscheidungsfindung betont. Ebenso hat diese die Rolle der Medien bei der Vermittlung von wissenschaftlichen Erkenntnissen an die Öffentlichkeit und politische Entscheidungsträger:innen unterstrichen.

Kategorie 18: Kommunikation mit der Bevölkerung

Die Beziehung zwischen der Bevölkerung und den publizierten Informationen stand in dieser Kategorie im Fokus. Es wurde festgestellt, dass sowohl die Bevölkerung als auch die Informationsverbreitung in Bezug auf sicherheitsrelevante Themen oft zu oberflächlich sind.

Diesbezüglich besteht die Notwendigkeit, Übersetzungsarbeit zu leisten und wissenschaftliche Expertise für die Bevölkerung verständlich auszudrücken. Dies soll dazu beitragen, dass die Menschen sich besser auf mögliche Herausforderungen vorbereiten können.

In dieser Kategorie wurde die Wichtigkeit der Interaktion zwischen der Öffentlichkeit und den veröffentlichten Informationen aufgezeigt, besonders wenn es um sicherheitsrelevante Themen geht. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass sowohl die Informationen selbst als auch deren Verbreitung oft zu oberflächlich sind. Das kann zu einem Mangel an Verständnis und Vorbereitung auf mögliche Herausforderungen führen. In dieser Kategorie wurde die Idee der ‚Übersetzungsarbeit‘ betont, bei der wissenschaftliche Expertise in eine für die breite Bevölkerung verständliche Form gebracht wird. Dies zielt darauf ab, die Informationslücke zu schließen und den Menschen bei der besseren Vorbereitung auf mögliche sicherheitsrelevante Herausforderungen zu helfen. Es wurde die Notwendigkeit unterstrichen, dass Informationen und Erkenntnisse zur Stärkung der Resilienz der Gesellschaft nicht nur für Fachleute, sondern für alle verfügbar und verständlich sein sollten. Diese Kategorie hat die Bedeutung von transparenter Kommunikation und Wissensvermittlung in sicherheitsrelevanten Fragen reflektiert und die Verantwortung der Behörden, der Medien und der Wissenschaft für die Sicherstellung betont, dass Informationen zugänglich und verständlich sind.

Kategorie 19: Mangel an Vorbereitung und Gesetzen

In dieser Kategorie wurde auf die Herausforderung der unzureichenden Vorbereitung auf bestimmte Krisensituationen hingewiesen. Das veraltete Pandemiegesetz von 1950 wurde als wertlos angesehen, was zu einer mangelnden Vorausschau und Reaktion geführt hat. Ebenso wurde der Blackout als ein Bereich identifiziert, der zu wenig Beachtung gefunden hat, insbesondere in Bezug auf die sozialen Auswirkungen wie die eingeschränkte Sanitätsversorgung. Die Lehre aus dieser Kategorie ist die Notwendigkeit, sich auf eine breite Palette von Krisenszenarien vorzubereiten, selbst für unwahrscheinliche Ereignisse.

Die Kategorie ‚Mangel an Vorbereitung und Gesetzen‘ hat die Herausforderungen in den Fokus gerückt, die durch unzureichende Vorbereitung auf Krisensituationen und veraltete Gesetze entstehen. Besonders das veraltete Pandemiegesetz von 1950 wurde als nicht mehr zeitgemäß und ineffektiv bezeichnet, was zu mangelnder Vorausschau und Reaktion auf aktuelle Krisen geführt hat. Ebenso wurde der Bereich des Blackouts als vernachlässigt erachtet, insbesondere

in Bezug auf die sozialen Auswirkungen wie die eingeschränkte Sanitätsversorgung. Diese Kategorie betonte die Wichtigkeit, sich auf eine breite Palette von Krisenszenarien vorzubereiten; auch auf solche, die zunächst unwahrscheinlich erscheinen mögen. Ebenso hob die Kategorie hervor, dass Gesetze und Vorbereitungsmaßnahmen regelmäßig überprüft und aktualisiert werden sollten. Dies dient der Sicherstellung, dass diese den aktuellen Bedrohungen und Herausforderungen gerecht werden. Das unterstreicht die Bedeutung der Resilienz und der Fähigkeit einer Gesellschaft, sich flexibel auf verschiedene Krisenszenarien einzustellen und angemessen zu reagieren.

Kategorie 20: Fehlende Koordination und gesamtstaatliche Strategie

In dieser Kategorie wurde das Fehlen einer koordinierten Herangehensweise an das Krisenmanagement in Österreich betont. Es wurde auf die fehlende Koordination hingewiesen, da verschiedene Akteur:innen isoliert arbeiten und es an gemeinsamer Vorsorge mangelt. Sowohl die Ukraine Krise als auch die Pandemie wurden bereits in Risikoberichten behandelt, aber es fehlte an Umsetzung und Krisenmanagement. Das Fehlen zentraler Krisenmanager:innen wurde als Problem identifiziert. Die Schlussfolgerung war das Erfordernis einer koordinierten, gesamtstaatlichen Strategie, um auf Krisen angemessen reagieren zu können.

Die Kategorie ‚Fehlende Koordination und gesamtstaatliche Strategie‘ hat das mangelnde koordinierte Krisenmanagement in Österreich beleuchtet. Es wurde betont, dass verschiedene Akteur:innen isoliert und unkoordiniert arbeiten, was zu einem Mangel an gemeinsamer Vorsorge führt. Sowohl die Ukraine Krise als auch die COVID-19-Pandemie wurden bereits in Risikoberichten behandelt, aber es fehlte an einer effektiven Umsetzung und einem koordinierten Krisenmanagement. Besonders problematisch ist das Fehlen zentraler Krisenmanager:innen, die sich um alle Belange kümmern können. Diese Erkenntnisse haben die Dringlichkeit der Entwicklung einer koordinierten, gesamtstaatlichen Strategie für das Krisenmanagement in Österreich verdeutlicht. Eine solche Strategie sollte sicherstellen, dass verschiedene Akteur:innen auf allen Ebenen effektiv zusammenarbeiten, Informationen und Ressourcen gemeinsam nutzen und klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten festgelegt werden. Dies würde die Fähigkeit des Landes stärken, auf Krisen angemessen zu reagieren und die Sicherheit und Resilienz der Gesellschaft zu gewährleisten.

Interviewperson 8 ging darauf ein, dass ein gemeinsames, proaktives Handeln fehlt:

Das ist ein Problem, dass jedes Haus selbstständig vor sich hinträgt und nicht koordiniert wird. Das heißt, das Systematische und auch die Koordinierung fehlen komplett in Österreich. Es gibt eine zuständige Abteilung, die ist einem Ministerrat aus 2014 geregelt, das ist das SKKM und das ist ein gesamtheitliches Sicherheits- und Krisenkatastrophendings, was im Bundeskanzleramt angesiedelt ist und mit dem BMI und BMLV und Sozialministerium, aber hauptsächlich im BMI gearbeitet wird. Und das ist ein riesengroßes Problem, das heißt, es gibt keine wirkliche Vorsorge. Das heißt, und genau das haben wir in den Krisensituationen oder Katastrophensituationen, in dem Fall sind es Krisen gewesen, auch gesehen, dass die Vorsorge hier einfach fehlt, weil das Bundesheer stellt Analysen, das Bundesheer beurteilt Analysen und das war es. Aber daraus abgeleitet haben sie nichts. (P 8)

Die Aussagen von Interviewperson 8 haben ein gravierendes Problem im österreichischen Krisenmanagement verdeutlicht. Es wurde betont, dass es an gemeinsamem, proaktivem Handeln fehlt und jedes Ministerium sowie jede Institution in dieser Hinsicht eigenständig ohne ausreichende Koordination agiert. Dieser Mangel an systematischer Koordination wurde als schwerwiegendes Defizit identifiziert. Besonders problematisch ist, dass trotz der Existenz des Sicherheits- und Krisenkatastrophendienstes (SKKM) im BKA sowie der Beteiligung von verschiedenen Ministerien wie dem BMI und dem BMLV die Vorsorge unzureichend ist. Es wurde aufgezeigt, dass Analysen und Beurteilungen zwar durchgeführt werden, jedoch selten in konkreten Maßnahmen oder einer koordinierten Vorbereitung münden.

Die Aussagen haben einen dringenden Handlungsbedarf nahegelegt, um eine effektive und koordinierte Krisenvorsorge in Österreich zu etablieren. Dies erfordert eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Ministerien und Institutionen sowie die Entwicklung einer klaren Strategie und Zuständigkeitsregelung, um auf Krisensituationen angemessen und koordiniert reagieren zu können. Dabei kann keine Aussage über positive oder negative Zusammenhänge mit dem Föderalismus getroffen werden. Inwiefern das B-KSG diesen Notwendigkeiten mit Jänner 2024 entsprechen kann, wäre gesondert zu untersuchen.

Kategorie 21: Mangel an Koordination und Definitionen

In dieser Kategorie standen die mangelnde Koordination und Definition von Krisen im Fokus. Das Beispiel von COVID-19 hat gezeigt, dass es an Personal, klaren Zuständigkeiten und Plänen fehlt. Es wurde betont, dass es keine klare Definition von Krisen im Gesetz gibt und die Bedeutung von Vorsorge unklar ist. Diese Kategorie hat die Notwendigkeit einer besseren Koordination und klarer Definitionen hervorgehoben, um in Krisensituationen effektiver handeln zu können.

Kategorie 21 hat das Thema von Kategorie 20 aufgegriffen und ist noch zusätzlich darauf eingegangen, dass es klarere Definitionen und Zuständigkeiten braucht. Die in dieser Kategorie besprochenen Probleme haben die kritische Bedeutung von Koordination und klaren Definitionen in Bezug auf das Krisenmanagement betont. Die Erfahrungen mit COVID-19 haben gezeigt, dass es an ausreichendem Personal, klaren Zuständigkeiten und umfassenden Plänen gefehlt hat. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass es im Gesetz keine präzise Definition von Krisen gibt und die Bedeutung von Vorsorge nicht eindeutig geklärt ist.

Diese Herausforderungen weisen auf die dringende Notwendigkeit hin, das Krisenmanagement in Österreich zu überdenken und zu stärken. Dies erfordert eine bessere Koordination zwischen den relevanten Akteur:innen und die Entwicklung klarer Definitionen für verschiedene Krisenszenarien. Eine eindeutige Gesetzesgrundlage und die Festlegung von klaren Zuständigkeiten sind ebenfalls von entscheidender Bedeutung, um effektiv auf Krisensituationen reagieren zu können. Dies unterstreicht die Bedeutung einer umfassenden Strategie und Planung, um zukünftige Krisen angemessen bewältigen zu können. Auch hier könnte das B-KSG den Bedarf decken.

Kategorie 22: Politische Rahmung von Krisen

In dieser Kategorie wurde auf die politische Rahmung von Krisen hingewiesen, wobei verschiedene Parteien bestimmten Themenfeldern wie Migrations- oder Klimakrise mehr Aufmerksamkeit schenken. Die politische Ausrichtung beeinflusst, wie Krisen wahrgenommen und behandelt werden. Dies unterstreicht den Einfluss der politischen Landschaft auf die Krisenbewältigung.

Die Betrachtung der politischen Rahmung von Krisen in dieser Kategorie hat verdeutlicht, wie verschiedene politische Parteien bestimmten Themenfeldern wie Migrations- oder Klimakrise unterschiedliche Aufmerksamkeit schenken. Dies zeigt, wie die politische Ausrichtung die Wahrnehmung und Behandlung von Krisensituationen beeinflusst.

Die Erkenntnisse aus dieser Kategorie haben unterstrichen, dass die politische Landschaft eine bedeutende Rolle bei der Krisenbewältigung spielt. Die Priorisierung und Herangehensweise an Krisen können stark von politischen Überlegungen und Interessen abhängen. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit, Krisenmanagement und -vorsorge von politischen Überlegungen zu entkoppeln und objektive, evidenzbasierte Strategien zu verfolgen.

Kategorie 23: Prognosen und Bewusstsein

Die Kategorie Prognosen und Bewusstsein hat betont, dass die meisten Konflikte und Krisen im Voraus prognostiziert wurden. Oft wurden jedoch keine angemessenen Maßnahmen ergriffen. Dies war sowohl beim Ukrainekonflikt als auch bei der COVID-19-Pandemie der Fall. Es wurde darauf hingewiesen, dass in vielen Bereichen ein mangelndes Bewusstsein für potenzielle Krisen besteht, insbesondere im Zusammenhang mit einem möglichen Blackout. Die Lehre aus dieser Kategorie ist, dass frühzeitige Prognosen ernst genommen und das Bewusstsein für Krisen gestärkt werden müssen. Ebenso ist es wichtig, keine unnötige Unruhe zu schüren und für die Vermeidung von Ängsten darauf zu achten, wie Informationen veröffentlicht werden.

Die Kategorie Prognosen und Bewusstsein hat hervorgehoben, dass viele Konflikte und Krisen im Voraus prognostiziert wurden, jedoch oft keine angemessenen Maßnahmen ergriffen wurden. Dieses Muster zeigte sich sowohl im Ukrainekonflikt als auch während der COVID-19-Pandemie. Es wurde ebenfalls darauf hingewiesen, dass es in vielen Bereichen ein mangelndes Bewusstsein für potenzielle Krisen gibt, insbesondere im Zusammenhang mit einem möglichen Blackout.

Die Erkenntnisse aus dieser Kategorie haben die Bedeutung frühzeitiger Prognosen und die Notwendigkeit verdeutlicht, das Bewusstsein für Krisen zu stärken. Entscheidend ist, dass die Gesellschaft und die politischen Entscheidungsträger:innen auf mögliche Herausforderungen vorbereitet sind. Gleichzeitig sollten Informationen verantwortungsvoll veröffentlicht werden, um unnötige Ängste zu vermeiden und eine sachliche Herangehensweise an Krisen zu fördern.

Kategorie 24: Verbesserung der Expert:innenkommunikation und Zusammenarbeit

Diese Kategorie betonte die Notwendigkeit einer effektiveren Kommunikation zwischen Expert:innen und Politiker:innen zur Sicherstellung, dass politische Entscheidungsträger:innen die Informationen aus Expert:innenberichten besser verstehen und nutzen können. Eine bessere Übersetzung der Expertise für politische Zwecke wurde gefordert. Darüber hinaus wurde betont, dass ein stärkerer Fokus auf das Gemeinwohl und eine effektivere Zusammenarbeit zwischen allen politischen Parteien erforderlich ist. Es wurde darauf hingewiesen, dass politische Organe und Verantwortlichkeiten klar sein sollten, aber gleichzeitig eine verstärkte Zusammenarbeit über politische Grenzen hinweg angestrebt werden sollte. Schließlich wurde die Bedeutung verdeutlicht, sich nicht nur auf politisch opportune Themen zu konzentrieren, sondern auch eine ganzheitliche Vorbereitung auf verschiedene Krisen anzustreben. Dies schließt die Notwendigkeit ein, sich nicht nur auf politisch genehme Maßnahmen zu beschränken, sondern eine umfassende Herangehensweise an die Krisenvorsorge zu verfolgen.

Die Kategorie ‚Verbesserung der Expert:innenkommunikation und Zusammenarbeit‘ hat die entscheidende Rolle einer effektiveren Kommunikation zwischen Expert:innen und politischen Entscheidungsträger:innen hervorgehoben. Es wurde die Forderung nach einer besseren Übersetzung von Expert:innenwissen für politische Zwecke betont. Interviewperson 6 ging hierauf genauer ein: „Ich denke, dass wir als Expertinnen oder Experten unsere Sachen so verkaufen müssen, dass es die Politiker verstehen“ (P6).

In einer Zeit, in der politische Fragen immer komplexer werden und die Herausforderungen der Gesellschaft vielfältiger denn je sind, ist es von entscheidender Bedeutung, dass Expert:innen deren Fachwissen verständlich vermitteln können. Diese Kategorie hat zudem die Bedeutung einer stärkeren Ausrichtung auf das Gemeinwohl und einer effektiven Zusammenarbeit zwischen politischen Parteien unterstrichen. Dies sind Grundpfeiler für eine erfolgreiche Politikgestaltung, die die Interessen der Bürger:innen in den Vordergrund stellt.

Die Forderung nach klar definierten politischen Organen und Verantwortlichkeiten ist ebenso wie die Betonung der Zusammenarbeit über politische Grenzen hinweg wichtig. In einer globalisierten Welt machen die Herausforderungen oft nicht an nationalen Grenzen halt. In dieser Welt ist es unabdingbar, dass Politiker:innen in der Lage sind, über den eigenen Tellerrand zu schauen und gemeinsame Lösungen zu finden.

3.5 Zusammenfassung der Ergebnisse

In diesem Unterkapitel werden die Ergebnisse zusammengefasst und gegenübergestellt.

Überblick zu den Ergebnissen der Verwaltung

Die insgesamt zwölf aus den Interviews und Untersuchungen hervorgehenden Ergebniskategorien haben einen Einblick in die Herausforderungen und Erfordernisse der Verwaltung im Umgang mit Publikationen und der Vorbereitung auf verschiedene Krisenszenarien geboten. Diese haben eine breite Palette von Erkenntnissen und Empfehlungen widerspiegelt, die zusammenfassend die Bedeutung einer effizienten, transparenten und proaktiven Herangehensweise an diese Themen unterstreichen.

Die ersten sechs Kategorien haben die Notwendigkeit von hochwertigen, verständlichen Berichten und klaren Handlungsanweisungen unterstrichen. Diese betonten die Bedeutung von Transparenz, klaren Informationen und einer prägnanten Kommunikation, um Fehlinterpretationen zu vermeiden. Die Kategorien haben auch die Wichtigkeit verdeutlicht, Informationen aktiv zu verarbeiten und eine bessere Meinungsbildung zu fördern.

Die letzten sechs Kategorien haben die Herausforderungen der internen Zusammenarbeit, der politischen Fokussierung und der Vorbereitung auf konkrete Herausforderungen hervorgehoben. Diese betonten die Notwendigkeit einer besseren Koordination, einer proaktiven Herangehensweise und klarer Zuständigkeiten. Zusammenfassend haben diese Ergebniskategorien die Vielschichtigkeit der Herausforderungen verdeutlicht, denen die Verwaltung bezüglich Publikationen und der Vorbereitung auf Krisenszenarien gegenübersteht. Diese haben die Notwendigkeit einer ganzheitlichen und gut koordinierten Herangehensweise unterstrichen, die von hoher Qualität, Transparenz, proaktivem Handeln und effizienter Ressourcennutzung geprägt ist. Dies sind wesentliche Elemente, um die Resilienz der Verwaltung zu stärken und effektiv auf die Bedürfnisse der Gesellschaft einzugehen.

Überblick zu den Ergebnissen der Interviews aus der Politik

Die Analyse der Ergebniskategorien zur politischen Entscheidungsfindung und zum Krisenmanagement in Österreich hat eine Fülle wichtiger Erkenntnisse enthüllt, die kollektiv ein facettenreiches Bild der vorherrschenden Herausforderungen und potenziellen Verbesserungen im Bereich der Krisenbewältigung zeichnen. Im Mittelpunkt stand die Notwendigkeit einer effizienten Informationsbewertung und -nutzung durch politische

Entscheidungsträger:innen angesichts der Informationsflut und -vielfalt. Die Qualität, Relevanz und Quelle der vorliegenden Publikationen beeinflussen maßgeblich deren politische Bedeutung. Daher ist eine strategische Herangehensweise an die Informationsbewertung zur Sicherstellung entscheidend, dass relevante Erkenntnisse rechtzeitig berücksichtigt werden.

Darüber hinaus zeigt sich die Bedeutung des sensiblen Umgangs mit hochsensiblen Themen in der Informationsveröffentlichung. Die Vermeidung von Panik und die Betonung einer sachlichen und nüchternen Analyse sind von höchster Priorität. Diese Herausforderungen zeigen die Notwendigkeit einer verantwortungsbewussten Informationsverbreitung. Ebenso wurde auf die bedeutende Rolle von Expert:innen hingewiesen, deren politische Einflüsse und persönliche Weltanschauungen bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden müssen. Dies gilt insbesondere für sicherheitsrelevante Themen wie Terrorismus und Pandemien. Um die politische Landschaft von persönlichen und ideologischen Einflüssen zu entkoppeln, sollten wissenschaftliche Standards und Evidenz eine zentrale Rolle in politischen Entscheidungsprozessen spielen. Schließlich wurde die Notwendigkeit betont, die Kommunikation mit der Bevölkerung zu verbessern, Informationen verständlich und transparent zu vermitteln und die gesellschaftliche Resilienz zu stärken. Diese Erkenntnisse bilden das Fundament für eine optimierte Krisenbewältigung und politische Entscheidungsfindung in Österreich.

Vergleich der beiden Gruppen

Die Ergebnisse aus Gruppe 1 ‚Verwaltung‘ und Gruppe 2 ‚Politik‘ haben interessante Einblicke in die Herausforderungen und Anforderungen im Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Informationen und der Vorbereitung auf Krisenszenarien geboten. In beiden Gruppen wurde die Bedeutung von hochwertigen, verständlichen Berichten und klaren Handlungsanweisungen betont. Sowohl die Verwaltung als auch die Politik haben die Notwendigkeit von Transparenz und klaren Informationen erkannt, um Fehlinterpretationen zu vermeiden. Dies unterstreicht die allgemeine Forderung nach einer prägnanten Kommunikation und der Bereitstellung von klaren Leitlinien zur Sicherstellung, dass die Bevölkerung und politische Entscheidungsträger:innen gut informiert sind.

Ein weiterer gemeinsamer Aspekt war die Sensibilität im Umgang mit hochsensiblen Themen. Beide Gruppen betonten die Notwendigkeit, keine Panik zu erzeugen und eine sachliche und nüchterne Analyse sicherzustellen. Dies erfordert eine verantwortungsbewusste

Informationsverbreitung, um Ängste zu vermeiden. In beiden Gruppen wurde auch auf die Bedeutung von Expert:innen hingewiesen, deren politische Einflüsse und persönliche Weltanschauungen bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden müssen, insbesondere in sicherheitsrelevanten Themenbereichen wie Terrorismus und Pandemien. Die Politikgruppe hob besonders die Rolle wissenschaftlicher Standards und Evidenz in politischen Entscheidungsprozessen hervor, während die Verwaltungsgruppe die Bedeutung einer besseren Meinungsbildung und aktiven Informationsverarbeitung betonte.

Es haben sich aber auch Unterschiede zwischen den beiden Gruppen ergeben. Die Verwaltungsgruppe hat besonderen Wert auf die Förderung einer besseren Meinungsbildung und aktive Informationsverarbeitung gelegt, während die Politikgruppe den Fokus auf die strategische Herangehensweise an die Informationsbewertung und die Verbesserung der Kommunikation mit der Bevölkerung gelegt hat. Beide Gruppen betonten jedoch die Wichtigkeit einer effizienten Informationsbewertung und -nutzung angesichts der Informationsflut und -vielfalt. Insgesamt haben diese Ergebnisse die Komplexität der Herausforderungen und die Vielschichtigkeit der erforderlichen Lösungsansätze verdeutlicht, um eine effektive Krisenbewältigung und die damit verbundene politische Entscheidungsfindung in Österreich zu gewährleisten.

4. Diskussion

In der folgenden Diskussion werden die theoretischen und empirischen Erkenntnisse gegenübergestellt und daraus Handlungsempfehlungen abgeleitet. Zusätzlich wird versucht die Limitationen der Arbeit darzulegen.

4.1 Wichtigste theoretische und empirische Erkenntnisse

Die theoretischen Erkenntnisse haben den Grundstein für ein fundiertes Verständnis des Krisen- und des Risikomanagements gelegt. Dabei wurde betont, dass Krisenmanagement für die Entwicklung von Strategien zur Antizipierung von und zur angemessenen Reaktion auf Krisen von entscheidender Bedeutung ist (Thießen, 2014). Ein wichtiger Aspekt dabei ist die Notwendigkeit proaktiven Handelns und die Integration des Risikomanagements als integralen Bestandteil des Krisenmanagements (Rozanova et al., 2020). Es wurde hervorgehoben, dass jede Krise einzigartig ist und ein individuelles Herangehen erfordert (Trauboth, 2022). Dies betont die Herausforderung, Krisen nicht immer eindeutig zu definieren, da die Wahrnehmung von Bedrohungen oft im Auge der Betrachter:innen liegt (BMI, 2018).

In der Praxis hat sich die Dringlichkeit der in der Theorie erarbeiteten Erkenntnisse gezeigt. Es wurde deutlich, dass verstärkte Proaktivität und Flexibilität im Krisenmanagement erforderlich sind, wie es die Erfahrungen, während der COVID-19-Pandemie verdeutlicht haben. Krisen wie diese können nicht immer im Voraus vollständig vorhergesehen werden. Allerdings wird die Wichtigkeit des frühzeitigen Reagierens auf Risikobilder immer klarer, da oft schon Jahre zuvor Tendenzen erkannt werden. Die Notwendigkeit einer verständlicheren Gestaltung von Publikationen zur Sicherstellung, dass diese von Politiker:innen und Expert:innen gleichermaßen verstanden werden, wurde als Schlüsselergebnis identifiziert. Ebenso wurde betont, dass Publikationen nicht nur Informationszwecken dienen, sondern konkrete Handlungsempfehlungen enthalten sollten. Die Trennung und mangelnde interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen politischen Parteien und Verwaltungseinrichtungen stellt eine weitere Herausforderung dar, die es zu bewältigen gilt. Ressourcenkonflikte und Ineffizienzen in der Ressourcenallokation gehören ebenfalls zu den wichtigen Erkenntnissen aus der empirischen Forschung. Die Ergebnisse aus Theorie und Praxis bilden zusammen eine

umfassende Grundlage für die Weiterentwicklung des Krisenmanagements und der Risikoprävention in Österreich.

Somit kann die Forschungsfrage ‚Inwiefern werden Publikationen der Verwaltung wie Risikobilder und Verfassungsschutzberichte im politischen Handeln berücksichtigt?‘ wie folgt beantwortet werden. Publikationen der Verwaltung werden auf unterschiedliche Weise im politischen Handeln berücksichtigt. Zuerst beeinflussen sie durch deren Veröffentlichung die öffentliche und auch politische Wahrnehmung, was zu einem Beschäftigen mit dem jeweiligen Themenbereich führt. Weiters nehmen zum Teil andere Gruppen oder Interessenvertreter:innen diese Publikationen auf um deren Partikularinteressen im Besonderen zu stärken oder die des Gegners zu schwächen. In Bezug auf die beiden im Forschungsgegenstand befindlichen Publikationen ist die Forschungsfrage wie folgt zu beantworten. Beide Publikationen, die Verfassungsschutzberichte aber auch die Risikobilder sind als Fachpublikationen zu bezeichnen. Diese zeichnen sich durch einen Inhalt aus, der nicht oder kaum durch Einzelne hergestellt werden kann. Sie liefern somit Inhalte, die andernorts nicht zur Verfügung gestellt werden, können. Daraus leitet sich deren große Bedeutung als Grundlage für politische Entscheidungen ab. Auf Grund der besonderen Fachinhalte und der daraus resultierenden hohen Qualität werden beide Publikationen auf mehreren Ebenen im politischen Handeln berücksichtigt.

4.2 Handlungsempfehlung für die Praxis

Im Folgenden werden einige wichtige Handlungsempfehlungen aufgelistet. Alle sind von den bisher erarbeiteten Inhalten abgeleitet.

1. Förderung der Interdisziplinarität und Koordination:

Es ist entscheidend, die Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen verschiedenen Verwaltungsbehörden und politischen Parteien zu stärken. Dazu sollten regelmäßige Treffen und Austauschplattformen eingerichtet werden, bei denen Informationen, Erkenntnisse und Ressourcen geteilt werden können. Dies kann durch die Schaffung eines zentralen Koordinationsorgans auf Regierungsebene erleichtert werden, das sicherstellt, dass relevante Akteur:innen in die Entscheidungsfindung und Krisenbewältigung einbezogen werden. Das B-KSG kann die Grundlage für eine solche Koordination bilden.

2. Klare Publikationsrichtlinien:

Die Verwaltung sollte klare Richtlinien für die Erstellung von Publikationen entwickeln, die sicherstellen, dass diese verständlich und zugänglich sind. Dies kann durch die Einführung von klaren Schreibstandards, die Verwendung verständlicher Sprache und die Bereitstellung von Zusammenfassungen oder Executive Summaries erreicht werden. Diese Richtlinien sollten von einer unabhängigen Stelle überprüft und überwacht werden. Somit wird gewährleistet, dass diese eingehalten werden.

3. Einbindung von Expert:innen:

Bei der Erstellung von Publikationen und der politischen Entscheidungsfindung sollte verstärkt auf die Expertise von Fachleuten zurückgegriffen werden. Expert:innen sollten in den Prozess der Informationsbewertung und -erstellung zur Sicherstellung einbezogen werden, dass die besten verfügbaren Erkenntnisse genutzt werden. Dies kann durch die Einrichtung eines Beratungsgremiums oder Expert:innenpools erfolgen, der bei Bedarf konsultiert wird. Darüber hinaus kann die Einführung von Beiräten in allen Bereichen angedacht werden. Diese könnten der Öffentlichkeit wie auch der Politik berichtspflichtig sein und die ständige Expert:innen-Sichtweise transportieren.

4. Transparenz und Verantwortlichkeit:

Es ist wichtig, transparente Verfahren für die Veröffentlichung von Informationen und die Entscheidungsfindung sicherzustellen. Dies umfasst die Offenlegung von Quellen und Daten sowie die Begründung von politischen Entscheidungen. Um die Verantwortlichkeit sicherzustellen, sollten regelmäßige Berichte über den Fortschritt und die Ergebnisse von Maßnahmen veröffentlicht werden. Ein somit erhöhte Betroffenheit kann durchaus zu einem wesentlich gesteigerten Verständnis gegenüber der Publikationen führen.

5. Krisenübungen und -simulationen:

Um die Fähigkeit zur Bewältigung von Krisen zu stärken, sollten regelmäßige Krisenübungen und -simulationen durchgeführt werden. Diese Übungen können dazu beitragen, Prozesse zu optimieren, Schwachstellen zu identifizieren und das Krisenmanagement zu verbessern. Die Ergebnisse sollten analysiert und in die Weiterentwicklung von Krisenplänen und -strategien einfließen.

6. Schulung und Sensibilisierung:

Mitarbeiter:innen in der Verwaltung und politische Entscheidungsträger:innen sollten regelmäßig geschult und sensibilisiert werden, um ein besseres Verständnis für Krisenmanagement und Risikobewertung zu entwickeln. Schulungen können zur Verbesserung der Fähigkeiten und des Wissens in diesem Bereich und zur Sicherstellung beitragen, dass alle Akteur:innen gut vorbereitet sind.

Die Umsetzung dieser Empfehlungen erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und politischen Entscheidungsträger:innen. Es sollte eine klare politische Agenda und Unterstützung für die Stärkung des Krisenmanagements und der Risikoprävention geben. Regelmäßige Evaluierungen und Anpassungen sind ebenfalls zur Sicherstellung wichtig, dass die Maßnahmen wirksam sind und den sich ändernden Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht werden. Hier ist die mit 2016 eingeführte Wirkungssteuerung im öffentlichen Dienst anzuführen. Schließlich sollte die Zivilgesellschaft aktiv in den Prozess einbezogen werden. Somit wird gewährleistet, dass die Interessen und Bedenken der Bürger:innen angemessen berücksichtigt werden.

4.3 Limitationen der Arbeit

Eine Limitation der Arbeit betrifft die Adaptionen des Leitfadens und die Erhebungsmethodik. Während der Forschung wurde erkannt, dass aufgrund enger Zeitpläne für die Interviews das iterative Vorgehen nur begrenzt angewendet werden konnte. Dies könnte dazu geführt haben, dass einige Aspekte nicht so gründlich erforscht wurden, wie es in einem idealen Forschungssetting der Fall gewesen wäre. Darüber hinaus wurde die Auswertemethodik im Verlauf der Forschung in Richtung Mayring-Methode geändert, um hier Zeit zu sparen. Diese Anpassungen wurden aufgrund von Erkenntnissen aus der Datenerhebung vorgenommen und können Auswirkungen auf die Vergleichbarkeit der Ergebnisse haben. Trotz dieser Limitationen wurde eine umfassende Analyse der vorliegenden Informationen durchgeführt, um relevante Erkenntnisse und Empfehlungen für die Bewältigung von Krisen in Österreich zu generieren. Dadurch ist eine feine Auswertung gelungen und viele Nuancen des Materials sind sichtbar geworden.

5. Fazit und Ausblick

Die Forschungsfrage nach dem Zusammenhang zwischen Verwaltungspublikationen wie Risikobildern und dem Verfassungsschutzbericht sowie dem politischen Handeln kann aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse wie folgt beantwortet werden. Die Publikationen der Verwaltung spielen eine entscheidende Rolle in der politischen Entscheidungsfindung und im Krisenmanagement. Die Analyse der Ergebnisse hat gezeigt, dass politische Entscheidungsträger:innen auf die Informationen und Erkenntnisse aus diesen Publikationen zur Entwicklung adäquater Strategien, zur Antizipierung potenzieller Risiken und zur effektiven Reaktion auf Krisensituationen angewiesen sind. Die Veröffentlichungen dienen als evidenzbasierte Grundlage für politische Entscheidungen und bieten Einblicke in aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Allerdings wurde auch deutlich, dass es noch Raum für Verbesserungen gibt. Die Publikationen müssen leicht verständlich und transparent sein, um von politischen Entscheidungsträger:innen effektiv genutzt zu werden. Dies erfordert eine klare Kommunikation und gegebenenfalls die Vereinfachung komplexer Informationen. Zudem sollten Expert:innen aktiv in den Prozess einbezogen werden. Dies dient der Sicherstellung, dass die bestmöglichen Erkenntnisse genutzt werden. Eine verstärkte Interdisziplinarität und Koordination zwischen verschiedenen Verwaltungsbehörden sowie politischen Parteien ist von entscheidender Bedeutung. Somit wird gewährleistet, dass Informationen und Ressourcen effizient genutzt werden.

In Summe zeigen die Erkenntnisse, dass die Publikationen der Verwaltung eine wichtige Rolle in der Schnittstelle zwischen Verwaltung und Politik spielen und eine solide Grundlage für fundierte politische Entscheidungen bieten. Die Optimierung der Qualität, Zugänglichkeit und Verständlichkeit dieser Publikationen sowie die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Akteur:innen sind entscheidende Schritte, um die Beziehung zwischen Verwaltung und politischem Handeln zu verbessern und somit die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft insgesamt zu stärken.

Ein vielversprechender Ausblick auf zukünftige Forschungsfelder und Untersuchungen ergibt sich aus den gewonnenen Erkenntnissen dieser Studie. Eine sinnvolle Weiterentwicklung könnte in der Evaluation und Analyse der Effektivität von Maßnahmen zur Verbesserung der Publikationen der Verwaltung bestehen, wie gut diese von politischen Entscheidungsträger:innen genutzt werden. Dies könnte durch systematische Befragungen und

Fallstudien zur Feststellung realisiert werden, inwieweit die Empfehlungen zur Vereinfachung von Publikationen und zur verstärkten Einbeziehung von Expert:innen in die politische Entscheidungsfindung umgesetzt werden und welchen Einfluss diese auf politisches Handeln haben.

Ob und wie diese Publikationen nicht nur als Grundlagenpapiere herangezogen, sondern auch durch ihre Veröffentlichung an sich zumindest kurzfristig den Diskurs in der Tagespolitik beeinflussen kann in weiterer Folge ebenfalls Ziel einer spezifischen Untersuchung werden.

Des Weiteren könnte die Rolle der Medien in Bezug auf die Verbreitung von Informationen aus Verwaltungspublikationen näher untersucht werden. Dabei könnten folgende Fragen analysiert werden: Wie beeinflussen Medienberichte die Wahrnehmung von Risiken und die politische Agenda? Welche Faktoren bestimmen, wie Informationen aus Verwaltungspublikationen in den Medien dargestellt werden? Dies sind Fragen, die eine vertiefte Analyse erfordern und zu einem besseren Verständnis der Wechselwirkungen zwischen Verwaltung, Politik und Medien beitragen könnten.

Schließlich könnte die Forschung auch die internationalen Vergleiche in den Blick nehmen, um Best Practices im Umgang mit Verwaltungspublikationen und deren Nutzung in der politischen Entscheidungsfindung zu identifizieren. Durch den Vergleich unterschiedlicher Länder und Systeme könnten wertvolle Erkenntnisse gewonnen werden, die zur Weiterentwicklung und Optimierung von Prozessen in Österreich beitragen könnten.

6. Literaturverzeichnis

- Aven, T. & Thekdi, S. (2020): Enterprise Risk Management: Advances on its Foundation and Practice. New York. Routledge.
- Beck, J. (2015): Exodus Europa-Die Flüchtlingskrise 2015: Daten, Fakten, Hintergründe. Altenmünster. Jazzybee Verlag.
- Bugumil, J. & Jann, W. (2020): Verwaltung und Verwaltungswissenschaft in Deutschland: Eine Einführung. 3. Auflage. Wiesbaden. Springer-Verlag GmbH.
- Bull, H. P. & Mehde, V. (2015): Allgemeines Verwaltungsrecht mit Verwaltungslehre. 9. Auflage. Heidelberg. CF Müller GmbH.
- Binder, A. (2020): Das Militärische Nachrichtenwesen der Bundeswehr: Operative und rechtliche Dimensionen. In: Dietrich J.-H., Gärditz K.F., Graulich, K., Gusy, Cg. & Warg. G. (Hrsg): Nachrichtendienste in vernetzter Sicherheitsarchitektur. Tübingen. Verlag Mohr Siebeck Tübingen.
- Thierry, F. (2013): Politikberatung in Österreich: Herausforderungen – Strategien – Perspektiven. Wien. Universitäts-Verlagsbuchhandlung Ges.m.b.H.
- Geldern, H. (2017): Controlling 360 Grundbegriffe. Konstanz, München. Narr Francke Attempto Verlag GmbH + Co. KG.
- Girnus, L. (2021): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Weißeno, G. & Ziegler, B. (Hrsg.): Handbuch Geschichts- und Politikdidaktik. (S. 1-16). Wiesbaden. Springer VS.
- Helfferich, C. (2019): Leitfaden- und Experteninterviews. In: Baur, N. & Blasius, J. (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden. Springer VS.
- Holzinger, G., Oberndorfer, P. & Raschauer, B. (2013): Österreichische Verwaltungslehre. 3. Auflage. Wien. Verlag Österreich.
- Illan, L. (2023): Das Politikfeld Innere Sicherheit: Definition und Binnendifferenzierung. In Leistungsgewinn durch Unitarisierung: Entwicklungslinien des deutschen Föderalismus im Politikfeld Innere Sicherheit. Wiesbaden. Springer-Verlag GmbH.
- Jäger, T., Daun, A. & Freudenberg, D. (2022): Politisches Krisenmanagement. Band 3: Führung – Recht – Organisation. Wiesbaden. Springer-Verlag GmbH.
- Kolm, B., (2013): Think Tanks in Österreich. In: Thierry F. (Hrsg): Politikberatung in Österreich. Herausforderungen-Strategien-Perspektiven. Wien. Univrsitäts-Verlagsbuchhandlung Ges.m.b.H.

- Kropp, S. & Kuhlmann, S. (2013): Wissen und Expertise in Politik und Verwaltung. In: Kropp, S. & Kuhlmann S. (Hrsg.): Wissen und Expertise in Politik und Verwaltung. Leverkusen-Opladen: Opladen, Toronto. Verlag Barbara Budrich.
- Hustedt, T. & Salomonsen, H. (2013): Politikberatung durch die Ministerialverwaltung: Funktionale Differenzierung oder Integration unterschiedlicher Wissensformen? In: Kropp, S. & Kuhlmann S. (Hrsg.): Wissen und Expertise in Politik und Verwaltung. Leverkusen-Opladen: Opladen, Toronto. Verlag Barbara Budrich.
- Mayring, P. & Fenzl, T. (2019): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Baur, N. & Blasius, J. (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden. Springer VS.
- Münkler, H., Bohlender, M. & Meurer, S. (2010): Handeln unter Risiko: Gestaltungsansätze zwischen Wagnis und Vorsorge. Bielefeld. transcript Verlag.
- Prainsack, B. & Pot, M. (2021): Qualitative und interpretative Methoden in der Politikwissenschaft. Wien. Facultas Verlags- und Buchhandels AG.
- Rozanov, A., Barannikov, A., Belyaeva, O. & Smirnov, M. (2020): Public Sector Crisis Management. London. DOI: 10.5772/intechopen.77623
- Senn, M., Eder, F. & Kornprobst, M. (2022): Handbuch Außenpolitik Österreichs. Wiesbaden. Springer-Verlag GmbH.
- Strohmeier, G. (2007): Risiko- und Risikomanagement-Verständnis der Arbeit. Ganzheitliches Risikomanagement in Industriebetrieben: Grundlagen, Gestaltungsmodell und praktische Anwendung. Wiesbaden. Deutscher Universitäts-Verlag.
- Thießen, A. (2014): Handbuch Krisenmanagement. 2. Auflage. Wiesbaden. Springer-Verlag GmbH.
- Trauboth, J. H. (2022): Krisenmanagement in Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen: Professionelle Prävention und Reaktion bei sicherheitsrelevanten Bedrohungen von innen und außen. 2. Auflage. Stuttgart. Richard Boorberg Verlag.
- Weiß, J. (2019): Strategisches Management und wirkungsorientierte Steuerung in Kommunen. Wiesbaden. Springer-Verlag GmbH.

6.1 Publikationsreihen, Journale

- Coombs, W. T. & Laufer, D. (2017): Global Crisis Management – Current Research and Future Directions. In: Journal of International Management, Jg. 24, Nr. 3, S. 199–203.

Abgerufen unter: <https://doi.org/10.1016/j.intman.2017.12.003> [letzter Zugriff: 25.09.2023].

- Wangen, G., Hallstensen, C. & Snekenes, E. (2017): A framework for estimating information security risk assessment method completeness: Core Unified Risk Framework, CURF. In: International Journal of Information Security, Jg. 17, S. 681–699. Abgerufen unter: <https://doi.org/10.1007/s10207-017-0382-0> [letzter Zugriff: 25.09.2023].
- Vogl, M. (2021). Die Neuorganisation des Verfassungsschutzes in Österreich. In: Juristische Blätter, Jg. 143, S. 754–762. Abgerufen unter: <https://web-s-ebsohost.com.uaccess.univie.ac.at/ehost/pdfviewer/pdfviewer?vid=0&sid=924ca2f3-e682-4426-ae6e-ec0e9b0842c9%40redis> [letzter Zugriff: 12.11.2023].
- Hufnagl, S. (2013). Policing Cooperation across Borders: Comparative Perspectives on Law Enforcement within the EU and Australia. In: International & Comparative Law Quarterly, Jg. 62. Abgerufen unter: <https://www.cambridge.org/core/journals/international-and-comparative-law-quarterly/article/abs/books-received/63A7558B4005E2D0A1A536B2A05BE002> [letzter Zugriff: 12.11.2023].
- Rosner S. (2022): Ein strukturelles Versagen. In: Wiener Zeitung, 03.01.2022. Abgerufen unter <https://www.wienerzeitung.at/h/ein-strukturelles-versagen> [letzter Zugriff: 26.11.2023]
- Figl, A. & Müller, M. (2022): Verfassungsschutz neu: Ist der Nachrichtendienst (weiterhin) Kriminalpolizei? In: Journal für Strafrecht, 9, S. 135-142. Abgerufen unter: <https://biblioscout-net.uaccess.univie.ac.at/content/10.33196/jst202202013501.pdf> [letzter Zugriff: 10.12.2023].

6.2 Gesetzesnormen

- BGBl. Nr. 1/1930: Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG). In: RIS (Rechtsinformation des Bundes). Abgerufen unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138> [letzter Zugriff: 29.09.2023].
- BGBl. I Nr. 5/2016: Bundesgesetz über die Organisation, Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes (Staatsschutz- und Nachrichtendienst-Gesetz – SNG). In: RIS (Rechtsinformation des Bundes). Abgerufen unter:

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20009486> [letzter Zugriff: 18.09.2023].

- BGBl. I Nr. 86/2000: Bundesgesetz über Aufgaben und Befugnisse im Rahmen der militärischen Landesverteidigung (Militärbefugnisgesetz – MBG). In: RIS (Rechtsinformation des Bundes). Abgerufen unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20000864> [letzter Zugriff: 28.09.2023].
- BGBl. Nr. 566/1991: Bundesgesetz über die Organisation der Sicherheitsverwaltung und die Ausübung der Sicherheitspolizei (Sicherheitspolizeigesetz – SPG). In: RIS (Rechtsinformation des Bundes). Abgerufen unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=bundesnormen&Gesetzesnummer=10005792> [letzter Zugriff: 29.09.2023].
- BGBl. Nr. 60/1974: Bundesgesetz vom 23. Jänner 1974 über die mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlungen (Strafgesetzbuch – StGB). In: RIS (Rechtsinformation des Bundes). Abgerufen unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=bundesnormen&Gesetzesnummer=10002296> [letzter Zugriff: 25.09.2023].
- BGBl. I Nr. 34/2015: Bundesgesetz über den Betrieb und die Beaufsichtigung der Vertragsversicherung (Versicherungsaufsichtsgesetz 2016 – VAG 2016). In: RIS (Rechtsinformation des Bundes). Abgerufen unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20009095> [letzter Zugriff: 20.09.2023].
- BGBl. I Nr. 146/2001: Wehrgesetz 2001 – WG 2001. In RIS: (Rechtsinformation des Bundes). Abgerufen unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=bundesnormen&Gesetzesnummer=20001612> [letzter Zugriff: 01.10.2023].
- BGBl. I Nr. 89/2023: Bundesgesetz über die Sicherstellung der staatlichen Resilienz und Koordination in Krisen. In: RIS (Rechtsinformation des Bundes). Abgerufen unter: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20012321&FassungVom=2024-01-01&ShowPrintPreview=True> [letzter Zugriff: 01.10.2023].

6.3 Publikationen der Verwaltung

- Bundesministerium für Inneres (2018). Risikomanagement im Katastrophenmanagement: Leitfaden. Abteilung II/13 – SKKM – Staatliches Krisen- und Katastrophenmanagement und Koordination Zivile Sicherheit. Abgerufen unter: https://www.bmi.gv.at/204/Download/files/SKKM-Leitfaden_fuer_das_Risikomanagement_Version_1_0.pdf [letzter Zugriff: 25.09.2023].
- Bundeskanzleramt (2016). CAF – Wirkungsorientierung: Qualitätsmanagement mit dem CAF, Basisversion Bund 2016. Sektion III – Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation. Abgerufen unter: <https://oeffentlicherdienst.gv.at/wp-content/uploads/2023/01/CAF-Wirkungsorientierung-Qualitaetsmanagement-mit-dem-CAF-Basisversion-Bund-2016.pdf> [letzter Zugriff 25.09.2023].
- Bundesministerium für Inneres (2016). Verfassungsschutzbericht 2015. Bundesministerium für Inneres – Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT). Abgerufen unter: https://www.dsn.gv.at/501/files/VSF/Verfassungsschutzbericht_2015.pdf [letzter Zugriff 14.10.2023].
- Bundesministerium für Inneres (2017). Verfassungsschutzbericht 2016. Bundesministerium für Inneres – Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT). Abgerufen unter: https://www.dsn.gv.at/501/files/VSF/Verfassungsschutzbericht_2016.pdf [letzter Zugriff 14.10.2023].
- Bundesministerium für Inneres (2018). Verfassungsschutzbericht 2017. Bundesministerium für Inneres – Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT). Abgerufen unter: https://www.dsn.gv.at/501/files/VSF/Verfassungsschutzbericht_2017.pdf [letzter Zugriff 14.10.2023].
- Bundesministerium für Inneres (2019). Verfassungsschutzbericht 2018. Bundesministerium für Inneres – Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT). Abgerufen unter: https://www.dsn.gv.at/501/files/VSF/Verfassungsschutzbericht_2018.pdf [letzter Zugriff 14.10.2023].
- Bundesministerium für Inneres (2020). Verfassungsschutzbericht 2019. Bundesministerium für Inneres – Bundesamt für Verfassungsschutz und

Terrorismusbekämpfung (BVT). Abgerufen unter:

https://www.dsn.gv.at/501/files/VSF/VSF_2019_Webversion_20201120.pdf [letzter Zugriff 14.10.2023].

- Bundesministerium für Inneres (2021). Verfassungsschutzbericht 2020. Bundesministerium für Inneres – Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT). Abgerufen unter: https://www.dsn.gv.at/501/files/VSF/VSF_2020_Webversion_BF.pdf [letzter Zugriff 14.10.2023].
- Bundesministerium für Inneres (2022). Verfassungsschutzbericht 2021. Bundesministerium für Inneres – Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienste (DSN). Abgerufen unter: https://www.dsn.gv.at/501/files/VSF/VSF_2021_bf_012023.pdf [letzter Zugriff 14.10.2023].
- Bundesministerium für Inneres (2023). Verfassungsschutzbericht 2022. Bundesministerium für Inneres – Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienste (DSN). Abgerufen unter: https://www.dsn.gv.at/501/files/VSF/VSF_2022_bf_12052023.pdf [letzter Zugriff 14.10.2023].
- Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (2014). Sicher. Und Morgen? Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2015. Direktion für Sicherheitspolitik. Abgerufen unter: <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=714> [letzter Zugriff 27.09.2023].
- Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (2015). Sicher. Und Morgen? Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2016. Direktion für Sicherheitspolitik. Abgerufen unter: <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/beitrag.php?id=2687> [letzter Zugriff 27.09.2023].
- Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (2016). Sicher. Und Morgen? Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2017. Direktion für Sicherheitspolitik. Abgerufen unter: <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=804> [letzter Zugriff 27.09.2023].
- Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (2017). Sicher. Und Morgen? Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2018. Direktion für Sicherheitspolitik. Abgerufen unter: <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=852> [letzter Zugriff 27.09.2023].

- Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) (2018). Sicher. Und Morgen? Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2019. Direktion für Sicherheitspolitik. Abgerufen unter: <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=906> [letzter Zugriff 27.09.2023].
- Bundesministerium für Landesverteidigung (2019). Sicher. Und Morgen? Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2020. Direktion für Sicherheitspolitik. Abgerufen unter: <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/beitrag.php?id=3311> [letzter Zugriff 27.09.2023].
- Bundesministerium für Landesverteidigung (2021). Sicher. Und Morgen? Sicherheitspolitische Jahresvorschau 2021. Direktion für Sicherheitspolitik. Abgerufen unter: <https://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=1074> [letzter Zugriff 27.09.2023].
- Bundesministerium für Landesverteidigung (2022). Sicher. Und Morgen? Risikolandschaft 2022. Direktion für Sicherheitspolitik. Abgerufen unter: https://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/risikolandschaft_oesterreich_2022.pdf [letzter Zugriff 27.09.2023].
- Bundesministerium für Landesverteidigung (2022). Risikobild 2023. Krieg um Europa. Direktion für Sicherheitspolitik. Abgerufen unter: https://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/risikobild_2023.pdf [letzter Zugriff 14.10.2023].

7. Abkürzungsverzeichnis

BIS	Sicherheitsinformationsdienst
BA	Bundeskanzleramt
B-KSG	Bundes- Krisensicherheitsgesetz
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMKÖS	Bundesministerium für Kunst, öffentlichen Dienst und Sport
BMLV	Bundesministerium für Landesverteidigung
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
BVT	Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung
CMG	Corona Maßnahmengegner
DSN	Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst
GECKO	gesamtstaatliche COVID Krisenkoordination
i. V. m.	in Verbindung mit
MBG	Militärbefugnisgesetz
MSK	Militärstrategisches Konzept
NDB	Nachrichtendienst des Bundes
NGO	Non Governmental Organisation
SKKM	Sicherheits- und Katastrophendienst
SNG	Staatsschutz- und Nachrichtendienst-Gesetz
SPG	Sicherheitspolizeigesetz
StGB	Strafgesetzbuch
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
WG	Wehrgesetz

8. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Policy Cycle (Bogumil/Jann, 2022, S. 13)	29
Abbildung 2: Regelkreis Verwaltung/Politik (Holzinger G. et. al. 2013. S. 221)	30
Abbildung 3: Konzept der wirkungsorientierten Steuerung (Wirkungsorientierte Steuerung, BMKÖS, 2022, abgerufen unter: https://oeffentlicherdienst.gv.at/wirkungsorientierte-verwaltung/wirkungsorientierte-steuerung/ [letzter Zugriff am 14.10.2023])	33

9. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Interviewthema und Codes	48
--	----

10. Anhang

10.1 Zusammenfassung

Politikberatung erfreut sich einer immer größeren Bedeutung aber auch Aufmerksamkeit. Dabei ist diese Form der Beratung der politisch Verantwortlichen sehr unterschiedlich und wird durch verschiedene Stakeholder ermöglicht. Eine Besonderheit dabei ist die Beratung durch die Verwaltung. Insbesondere gilt dies für Berichte wie Verfassungsschutzberichte und Risikobilder als mögliches Beratungsinstrument. Beide Berichte stellen mögliche Informationen für Bedrohungen und zukünftige Herausforderungen dar. Inwiefern speziell diese Berichte im politischen Handeln berücksichtigt werden, wurde mittels Expert:inneninterviews versucht zu ergründen. Zuerst wurde das Forschungsfeld anhand der vorhandenen Literatur eingebettet und notwendige Begriffe definiert. Ebenfalls wurde der Policycycle und die Wirkungssteuerung im öffentlichen Dienst in Österreich für ein vertiefendes Verständnis von Zusammenhängen von Beratungsleistungen seitens der Verwaltung dargelegt. Durch die Analyse der Interviews konnte mit Blick auf die Theorie festgestellt werden, dass diese Berichte tatsächlich Berücksichtigung finden. Allerdings wurden ebenso Verbesserungsmöglichkeiten wie stärkere Interdisziplinarität oder eine einfache Lesbarkeit der Berichte erkannt. Darüber hinaus konnte festgestellt werden, dass klare Publikationsrichtlinien gewünscht wären und damit auch eine höhere Transparenz sichergestellt werden könnte.

10.2 Abstract

The field of political consulting is gaining increasing significance and attention. The advice provided to political decision-makers in this realm varies widely and involves collaboration with diverse stakeholders. A notable aspect is the counsel provided by administrative bodies, particularly in reports like those addressing constitutional protection and risk assessments. These reports offer potential insights into threats and forthcoming challenges. The degree to which these reports impact political decision-making was explored through expert interviews. Initially, the research field was contextualized using existing literature, and essential terms were defined. Additionally, the policy cycle and impact control within the public service in Austria were elucidated to enhance understanding of the connections between advisory services offered

by the administration. The analysis of the interviews revealed that, in accordance with theoretical expectations, these reports are indeed taken into consideration. Nevertheless, areas for improvement, such as fostering greater interdisciplinary collaboration and enhancing the readability of these reports, were also identified. Moreover, the need for clear publication guidelines was highlighted, aiming to enhance transparency.

10.3 Auswertung

10.3.1 Interviews - Verwaltung

Selektionskriterium 1: Berührungspunkt zu den Publikationen

Interview	Seite	Paraphrase	Generalisierung	Reduktion
3	1	Posten des Stabskompaniekommandanten und über das Kommando bekommt er alles, was das Militärkommando angeht, mit und hat zu bewerten, was für ihn wichtig ist und was nicht.	Bekommt alles, was das Militärkommando angeht und bewertet, was für ihn wichtig ist.	Kategorie 1 Unterschiede bei den Berührungspunkten: Die Interviewpersonen haben unterschiedliche Berührungspunkte mit Publikationen, die stark von ihren spezifischen Zuständigkeiten und Arbeitsbereichen abhängen. Eine Person bekommt alles, was das Militärkommando angeht, und kann dann bewerten, was für ihn als wichtig erachtet werden kann. Ein anderer meint, dass alles über einen elektronischen Akt ersichtlich ist, aber vieles auch die eigenen Zuständigkeiten nicht betrifft. Einer

				betont auch, dass sich die Polizei mit dem Tagesgeschäft befasst, wo der Fokus auf kurz- und mittelfristigen Zielen liegt und weniger auf der strategischen Planung, wie beim Militär. Er bekommt daher nur etwas von einer Publikation mit, wenn es ihm direkt betreffen würde.
4	2-3	Wenig Berührungspunkte, weil sie sich mit dem kurz- und mittelfristigen befassen, und weniger mit strategischer Planung. Würde es nur mitbekommen, wenn Einsatzszenarien ihn direkt betreffen bei der Polizei und seiner Abteilung. Große Unterscheidung zum Militär, weil sich die Polizei mit dem Tagesgeschäft befasst.	Polizei befasst sich mit dem Tagesgeschäft (Gegensatz zum Militär) und dadurch liegt der Fokus auf kurz- und mittelfristigen Dingen, weniger auf strategischer Planung. Nur wenn etwas ihn betrifft, würde er es mitbekommen.	
5	3	Über den elektronischen Akt Zugang, wobei nicht alles sie betrifft, wie beispielsweise, wenn etwas vom Sozialministerium kommt.	Elektronischer Akt. Nicht alles betrifft sie, wie Dinge vom Sozialministerium.	

1	2-3	Alle GECKO-Publikationen und auch viele soziale Lageberichte sind von Top Qualität, weil man sich an alle aktuellen Standards hält. Lassen sich mit wissenschaftlichen Standards messen und sind hochwertige Produkte. Man darf nicht vergessen, was die mediale Aufmerksamkeit an Einfluss hat, die wollen Schlagzeilen und denen ist der eigentliche Inhalt egal. Bei der Politik ist ungünstig, dass die Wissenschaftler eindeutig sagen, was Sache ist, aber den Politikern dies oft nicht gefällt. Daher werden sinnvoll ableitbare Maßnahmen nicht umgesetzt, weil es nicht zur Ideologie passt. Daher sind dann Empfehlungen für die Politik schwer.	Lassen sich mit wissenschaftlichen Standards messen, hochwertig, wie GECKO-Publikationen. Mediale Aufmerksamkeit, wird eher auf Schlagzeilen gesetzt. Wissenschaftlicher sprechen Klartext, gefällt Politikern nicht immer. Maßnahmen fehlen, weil es nicht zur Ideologie passt.	
1	5	Es gibt beide Probleme, es interessiert die Bevölkerung zu wenig und die Bevölkerung wird auch zu wenig informiert. Man muss den Menschen	Bevölkerung interessiert es zu wenig und sie wird zu wenig informiert.	

		aber helfen, sich selbst vorbereiten zu können.	Menschen helfen, sich selbst vorzubereiten.	
1	9	Man muss Übersetzungsarbeit leisten, was bedeutet, dass man die wissenschaftliche Expertise für die Bevölkerung einfach ausformuliert. Jeder Mensch auf der Straße hat es zu verstehen, nicht nur Fachmänner.	Übersetzungsarbeit, Expertise für die Bevölkerung übersetzen. Alle haben es zu verstehen.	
1	2-3	Alle GECKO-Publikationen und auch viele soziale Lageberichte sind von Top Qualität, weil man sich an alle aktuellen Standards hält. Lassen sich mit wissenschaftlichen Standards messen und sind hochwertige Produkte. Man darf nicht vergessen, was die mediale Aufmerksamkeit an Einfluss hat, die wollen Schlagzeilen und denen ist der eigentliche Inhalt egal. Bei der Politik ist ungünstig, dass die Wissenschaftler eindeutig sagen, was Sache ist, aber den Politikern dies oft nicht gefällt. Daher werden sinnvoll ableitbare Maßnahmen nicht umgesetzt, weil es nicht zur Ideologie passt. Daher sind dann Empfehlungen für die Politik schwer.	Lassen sich mit wissenschaftlichen Standards messen, hochwertig, wie GECKO-Publikationen. Mediale Aufmerksamkeit, wird eher auf Schlagzeilen gesetzt. Wissenschaftlicher sprechen Klartext, gefällt Politikern nicht immer. Maßnahmen fehlen, weil es nicht zur Ideologie passt.	

Selektionskriterium 2: Qualität der Berichte und Nutzung

Interview	Seite	Paraphrase	Generalisierung	Reduktion
1	2-3	Hohe Qualität haben die Berichte. Je fachspezifischer die Berichte desto weniger allgemeinpolitisch. Da hat man dann mehr das Gefühl, dass ist eine Information, die es nirgends sonst gibt. Vieles ist aber nur intern zugänglich und nicht der Öffentlichkeit. Oftmals werden Studien auch nicht freigegeben, da zögert man davor.	Hohe Qualität. Je fachspezifischer, weniger allgemeinpolitisch. Besser, da man denkt, das ist eine Information, die es sonst nirgendwo gibt. Vieles nur intern zugänglich. Studien werden oft nicht freigegeben, weil gezögert wird.	Kategorie 2 Qualität und Zugänglichkeiten von Berichten: Diese Kategorie widmet sich der Qualität von Berichten und deren Zugänglichkeit. Die Berichte werden als hochwertig angesehen, insbesondere wenn sie fachspezifisch sind und weniger allgemeinpolitisch ausgerichtet sind. Es wird betont, dass hochwertige Berichte das Gefühl vermitteln, einzigartige und unverzichtbare Informationen zu bieten. Jedoch sind viele dieser Berichte nur intern zugänglich und werden gelegentlich nicht freigegeben. Die Forderung nach mehr Transparenz wird erhoben, um sicherzustellen, dass

				die Medien Informationen nicht falsch interpretieren. Zudem wird betont, wie wichtig es ist, dass Berichte so formuliert werden, dass sie für alle verständlich sind. Es wird darauf hingewiesen, dass es nicht ausreicht, nur Worte zu formulieren, sondern dass auch Taten folgen müssen. Kategorie 3 Informationsverarbeitung und Meinungsbildung: In dieser Kategorie wird die Art und Weise, wie die Interviewpersonen mit Berichten umgehen und wie diese ihre Meinungsbildung beeinflussen, beleuchtet. Es wird festgestellt, dass Berichte oft zu umfangreich sind und zu viel Zeit für die Lektüre erfordern. Daher werden sie häufig überflogen, und wenn sie als wertvoll erachtet
--	--	--	--	--

				werden, wird ihr Inhalt mündlich für andere zusammengefasst. Es wird betont, dass Berichte für eine breite Bevölkerungsschicht verständlich sein sollten, da oft die Meinungsbildung durch die Medien beeinflusst wird. Die Wichtigkeit einer kürzeren und prägnanteren Formulierung von Berichten wird hervorgehoben. Die Kategorie hebt auch die Bedeutung einer gemeinsamen Lagebeurteilung hervor, anstatt sich auf ministeriumzentrierte Berichte zu verlassen. Es wird betont, dass eine breite Diskussion und eine offene Informationspolitik notwendig sind, um Krisen rechtzeitig zu erfassen und angemessen zu handeln.
1	4	Man braucht mehr Transparenz, damit die Medien die Informationen nicht	Mehr Transparenz, damit Medien nichts falsch aufbereiten.	

		falsch aufbereiten und es ist auch wichtig, dass man sich inhaltlich tiefergehend mit den Berichten befasst.	Inhaltlich tiefgehend damit befassen.	
2	2-3	Hohe Qualität haben die Berichte. Je fachspezifischer die Berichte desto weniger allgemeinpolitischer. Da hat man dann mehr das Gefühl, dass ist eine Information, die es nirgends sonst gibt. Vieles ist aber nur intern zugänglich und nicht der Öffentlichkeit. Oftmals werden Studien auch nicht freigegeben, da zögert man davor.	Hohe Qualität. Je fachspezifischer, weniger allgemeinpolitisch. Besser, da man denkt, das ist eine Information, die es sonst nirgendwo gibt. Vieles nur intern zugänglich. Studien werden oft nicht freigegeben, weil gezögert wird.	
3	1-2	Besser wäre es zu kurz und prägnant niederzuschreiben, aber oft viel zu lange und es braucht zu viel Zeit, um sich einzulesen. Er überfliegt sie und merkt er, dass dies einen Mehrwert für ihn, die Kompanie hat, dann liest er es und fasst es für Mitarbeitende mündlich	Kurz und prägnant wäre besser, spart dann Zeit. Liegt Mehrwert für Kompanie vor, stellt er den Inhalt vor. So formulieren, dass alle es verstehen.	

		zusammen. Jeder kann es auch selbst lesen, aber er gibt es mündlich beim Beisammensein weiter. Wichtig wäre auch, dass diese Berichte so formuliert werden, dass es alle Menschen verstehen. Danach haben aber auch Taten entsprechend gesetzt zu werden, damit es nicht nur leere Worte sind.	Taten setzen, sonst nur leere Worte.	
--	--	--	--------------------------------------	--

3	8-9	Oftmals wird den Berichten zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, außer von Akademikern, die sich dem schon im Studium zuwenden. Oftmals findet keine hochwertige Meinungsbildung statt, sondern die Meinung wird eher von den Medien für einen gebildet.	Meistens mehr Aufmerksamkeit von Akademikern, und die anderen bilden sich eher durch die Medien die Meinung.	
3	9	Sollten so formuliert werden, dass alle Bildungsschichten sich damit auseinandersetzen können.	Alle Bildungsschichten sollen es verstehen.	
4	3	Gut und abstrakt. Früher dachte er sich oft, etwas ist unrealistisch, jetzt schätzt	Gut und abstrakt.	

		er es anders ein, befasst sich damit und versteht, dass es schwierig sein kann auch den Beginn von Krisen rechtzeitig zu erfassen und dementsprechend zu handeln. Damit man das Risikobild rechtzeitig erkennt. Aber der Fokus der Polizei liegt eben am Tagesgeschäft.	Man denkt oft es ist unrealistisch, aber man muss Krisen rechtzeitig erkennen und handeln. Risikobild muss erkannt werden. Polizei mehr Tagesgeschäft.	
4	10-11	Berichte sollten weniger ministeriumzentriert sein und dass man gemeinsam eine Lagebeurteilung umsetzen kann, statt sich zu belächeln.	Gemeinsame Lagebeurteilung, statt sich belächeln. Berichte: weniger ministeriumscentriert.	
5	3-4	Hohes Niveau ist wichtig. Alles wird überprüft und auch Expertenmeinungen werden berücksichtigt und explizit zum Beispiel für einzelne Themen angefordert.	Hohes Niveau benötigt. Expertenmeinungen einbauen und für einzelne Themen heranziehen.	
5	5-6	Das großartige ist, dass es der gesamten Bevölkerung zur Verfügung gestellt wird, es gibt komplette Transparenz. Das Risikobild wird vielseitig	Für alle in der Bevölkerung steht es zur Verfügung. Komplette Transparenz.	

		diskutiert, gefilmt, thematisiert und genau so sollte es sein. Je betroffener sich Menschen fühlen, desto mehr widmen sie sich dem Thema. Und es ist auch möglich darauf zu reagieren, mit Anschreiben und E-Mails. Ein Risikobild ist daher z.B. eine Vorlage, um dann komplette Umstrukturierungen vorzunehmen, wie beim Bundesheer.	Risikobild wird vielseitig diskutiert. Risikobild kann eine Vorlage für Umstrukturierungen sein, wie beim Bundesheer. Menschen widmen sich dem Thema, wenn sie sich betroffen fühlen. Man kann reagieren, wie Mails.	
5	8-9	Wird oft zu schwer geschrieben, sodass es nicht jeder versteht. Man darf es nicht nur so vorbereiten, dass es die Politik versteht, sondern auch die Bevölkerung. Es ist auch unterschiedlich, wie Experten und Politiker ein Problem wahrnehmen, dass macht es schwierig Maßnahmen einzuleiten.	Zu schwer geschrieben, Bevölkerung muss es verstehen nicht nur die Politik. Schwierig Maßnahmen, da Experten und Politiker unterschiedliche Problemwahrnehmung haben.	

Selektionskriterium 3: Mehrwert bei kritischen Themen

Interview	Seite	Paraphrase	Generalisierung	Reduktion
1	6-7	Bei manchen Krisen kann man gute Prognosen aufstellen und bei manchen gar nicht. Zwischen den Ressorts gibt es auch Misstrauen, was sehr schlecht ist und daher arbeitet man ineffektiv zusammen.	Manche Krisen lassen gute Prognosen zu. Zwischen Ressorts Misstrauen, ineffektive Zusammenarbeit.	Kategorie 4 Krisenprognosen und Reaktion auf COVID-19: Diese Kategorie beleuchtet die Themen Krisenprognosen und die Reaktion auf die COVID-19-Pandemie. Es wird betont, dass Prognosen in manchen Fällen zu unscharf formuliert sind und daher keine konkreten Handlungen ausgelöst werden. Dies führte dazu, dass auf die COVID-19-Krise zu spät reagiert wurde, wodurch die innere Sicherheit beeinträchtigt wurde. Die sicherheitspolitischen Herausforderungen wurden erst im zweiten Jahr der Pandemie erkannt, zuvor wurden sie als Angelegenheit der Gesundheitsbehörde betrachtet. Dies zeigt, wie wichtig es ist, aus Szenarien

				konkrete Maßnahmen abzuleiten. In diesem Zusammenhang wird auch die künstliche Intelligenz erwähnt, bei der es wichtig wäre eine spezialisierte Einheit zu haben, die sich konkret mit der Bedeutung dieser auseinandersetzt. Kategorie 5 Interne Zusammenarbeit und Herausforderungen: In dieser Kategorie steht die interne Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ressorts im Mittelpunkt. Es wird auf das bestehende Misstrauen hingewiesen, das die Effizienz der Zusammenarbeit beeinträchtigt. Zudem wird betont, dass oft zu wenig Konkretes aus Szenarien abgeleitet wird, insbesondere im Hinblick auf polizeiliche Anforderungen und Herausforderungen, die auftreten
--	--	--	--	--

				können. Die Unterschätzung von Situationen wie dem Ukraine-Krieg und der Flüchtlingssituation wird ebenfalls angesprochen. Hier wird verdeutlicht, wie wichtig eine bessere Zusammenarbeit und die Fähigkeit, aus Szenarien klare Handlungsanweisungen abzuleiten, sind. Es wird darauf hingewiesen, dass mehr Ressourcen und Fachleute benötigt werden, um sich mit diesem Thema angemessen zu befassen. Hier liegt der Fokus auf dem Bedarf an spezialisierten Einheiten und den erforderlichen Ressourcen.
1	8	Man braucht auch eine Unit zum Thema Kontrolle der künstlichen Intelligenz. Da müssen mehr Leute her, die sich damit befassen.	Unit zum Thema künstliche Intelligenz.	

3	5	Die Covid-Krise ist auf uns zugerollt, wir waren zu reaktiv und haben zu spät Maßnahmen gesetzt. Man muss die Passivität verlassen und aktiv werden, wie auch der Krieg in der Ukraine gezeigt hat. Mit Prognosen hat gearbeitet zu werden, sonst bringen sie einem nichts und wenn diese zu unscharf formuliert werden, bleibt man passiv.	Zu spät auf Covid-19 reagiert. Man muss Passivität verlassen, aktiv werden. Hat Covid-19 gezeigt und auch der Krieg in der Ukraine. Prognosen dürfen nicht zu unscharf sein und man hat auch mit denen dann zu arbeiten, sonst haben sie keinen Mehrwert, wenn sie dann ignoriert werden.	
4	7-8	Bei der Pandemie wurde zu spät realisiert, wie umfassend sie sich auswirkt, zum Beispiel auch Einfluss auf die innere Sicherheit haben kann. Die sicherheitspolitischen Herausforderungen haben sich erst im zweiten Jahr ergeben, vorher war es eine Sache der Gesundheitsbehörde. Man hat da vieles nicht kommen sehen.	Aus Szenarien wird zu selten Konkretes abgeleitet, wie polizeiliche Anforderungen und Herausforderungen, die auf einen zukommen. Unterschätzung von Situationen, wie Ukraine-Krieg und wie sich die Situation mit den Flüchtlingen entwickeln wird.	

		Daher wird oft zu wenig aus den Szenarien etwas Konkretes abgeleitet, wie polizeiliche Herausforderungen, die auf einen zukommen werden. Man unterschätzt oft vieles, wie auch die Auswirkungen des Ukraine-Krieges und die Situation mit den Flüchtlingen.	Zu spät erkannt, wie umfassend sich die Pandemie auswirken wird: wie Einfluss auf die innere Sicherheit beziehungsweise dessen Gefährdung. Im zweiten Jahr gab es sicherheitspolitische Maßnahmen (die man nicht kommen sah). Vorher nur Sache der Gesundheitsbehörde. Vieles nicht kommen gesehen.	
--	--	---	---	--

Selektionskriterium 4: Was von der Verwaltung gewünscht wird

Interview	Seite	Paraphrase	Generalisierung	Reduktion
3	3	Es fehlt oft das aktive Tun hinter den Publikationen. Alle müssen motiviert werden gemeinsam daran anzusetzen, sonst fehlt der Mehrwert der Publikation.	Aktives Tun fehlt passend zu den Publikationen. Alle brauchen Motivation gemeinsam anzusetzen, sonst hat Publikation keinen Mehrwert.	Kategorie 6 Aktives Handeln und. Motivation für Publikationen: Diese Kategorie konzentriert sich auf das Thema aktives Handeln in Bezug auf Publikationen und die Notwendigkeit, Motivation zu schaffen. Es wird betont, dass es oft an

				aktivem Tun hinter den Publikationen mangelt. Um den Mehrwert von Publikationen zu gewährleisten, ist es entscheidend, alle Beteiligten zu motivieren, gemeinsam an deren Umsetzung zu arbeiten. Kategorie 7 Politische Fokussierung und Zusammenarbeit: In dieser Kategorie steht die politische Fokussierung und die Frage nach übergreifenden Interessen im Mittelpunkt. Es wird festgestellt, dass kein Politiker mehr den gesamten Staat im Fokus hat und keine Partei auf übergreifende Interessen spezialisiert ist. Dies wird als das größte Problem identifiziert. Zusätzlich wird betont, dass oft erst auf Druck der Bevölkerung oder bei vollständig eingetretener Krise gehandelt wird. Es wird die
--	--	--	--	--

				Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit zwischen der Beamtenebene und der politischen Ebene sowie die Bereitschaft, Konflikte in Kauf zu nehmen, um rechtzeitig Erneuerungen und Maßnahmen voranzubringen, betont. Kategorie 8 Resilienz und effektive Ressourcennutzung: In dieser Kategorie wird die Bedeutung der Stärkung der allgemeinen Resilienz hervorgehoben und die Notwendigkeit einer gesamtstaatlichen Strategie betont. Es wird darauf hingewiesen, dass eine zu starke Fokussierung auf Konkretes zu Kostenabwälzungen und ineffizienter Ressourcennutzung führen kann. Die Verteilung von Kompetenzen wird als Schlüssel zur effizienten
--	--	--	--	---

				Entscheidungsfindung und Reaktion auf Herausforderungen angesehen.
3	8-9	Es gibt keinen Politiker mehr, der den gesamten Staat im Fokus hat. Es gibt keine Partei, die auf übergreifende Interessen spezialisiert ist und das ist das größte Problem.	Kein Politiker befasst sich mit dem gesamten Staat, nur Fokus auf eine Partei, keine übergreifenden Interessen. Größtes Problem.	
4	4-5	Oftmals wird erst dann gehandelt, wenn es Druck von der Bevölkerung gibt oder die Krise vollständig angelangt ist, vorher wird sich zu wenig damit befasst. Die Beamtenebene und die politische Ebene müssten besser zusammenarbeiten, auch Konflikte in Kauf nehmen, um rechtzeitig Erneuerungen und Maßnahmen voranzubringen.	Zu spät gehandelt, erst wenn Druck von der Bevölkerung sehr hoch ist oder die Krise vollständig anwesend. Bessere Zusammenarbeit: Beamtenebene und politische Ebene. Konflikte in Kauf nehmen, um Erneuerungen und Maßnahmen voranzubringen.	
4	7-8	Besser sich nicht auf konkretes nur zu fokussieren, sondern die allgemeine Resilienz zu stärken. Es geht eine	Allgemeine Resilienz stärken, nicht nur Konkretes.	

		gesamtstaatliche Strategie, so werden Kosten abgewälzt und nicht effektiv eingeteilt. Die Kompetenzen sollten auch besser verteilt werden, um in Summe effizienter zu entscheiden und zu reagieren.	Gesamtstaatliche Strategie. Kosten effektiv einteilen, nicht abwälzen. Kompetenzen besser verteilen, effizienter entscheiden und reagieren.	
--	--	---	--	--

Selektionskriterium 5: Relevanz der Prognosen und Ressource

Interview	Seite	Paraphrase	Generalisierung	Reduktion
2	10	Man muss Ressourcen besser nutzen, sei es Wissen, Ressorts oder einzelne Menschen. Und man müsste besser nach außen tragen, was auch geleistet wird, mit einem besseren Marketing dazu, was die Verwaltung leistet. So würde man auch allgemein das Interesse erhöhen.	Ressourcen besser nutzen, nach außen als Marketing tragen, was Verwaltung meistert.	Kategorie 9 Effiziente Ressourcennutzung und Marketing der Verwaltungsleistungen: Diese Kategorie befasst sich mit der effizienten Nutzung von Ressourcen und dem Marketing der Leistungen der Verwaltung nach außen. Es wird betont, dass es wichtig ist, die vorhandenen Ressourcen optimal zu nutzen und gleichzeitig die Leistungen

				der Verwaltung angemessen nach außen zu kommunizieren. Dies soll dazu beitragen, die Effizienz der Verwaltung zu steigern und das Vertrauen der Öffentlichkeit zu stärken. Kategorie 10 Prognosen und finanzielle Ressourcen: In dieser Kategorie stehen das Thema Prognosen und die effektive Nutzung finanzieller Ressourcen im Mittelpunkt. Es wird betont, dass akademische Fundierung bei Prognosen von großer Bedeutung ist. Zudem wird darauf hingewiesen, dass es besser gewesen wäre, auf Prognosen der Vergangenheit zu hören. Die Verteilung finanzieller Ressourcen wird ebenfalls angesprochen, insbesondere im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie, bei der zu
--	--	--	--	--

				viel Geld als falsch verteilt empfunden wurde. Es wird auch darauf hingewiesen, dass Ressourcen oft zu spät eingesetzt werden, was zu ineffektiven Maßnahmen führen kann.
3	3	Prognosen sind sehr wichtig, wenn sie akademisch fundiert sind, und hätte man auf Prognosen der Vergangenheit gehört, hätte vieles verhindert werden können.	Akademische Fundierung von Prognosen ist wichtig. Besser wäre gewesen auf Prognosen der Vergangenheit zu hören.	
3	6	Österreich hat genug Geld, gibt es nur zu wenig effektiv aus- es sollte besser und effizienter verteilt werden. Covid-19 ist ein Beispiel dafür, wie man zu viel Geld falsch verteilt hat.	Österreich hat genug Geld, gibt es nicht effektiv aus. Covid-19 zu viel Geld falsch verteilt.	
4	4	Oft investiert man Ressourcen zu spät, also zeitversetzt.	Ressourcen werden zu spät eingesetzt.	
5	6-7	Es ist schwierig zu sagen, was ist eine Prognose und wann wird es zu einer Bedrohung. Es gibt so viele Themen, die in einem Szenario vorkommen, Teil		

		eines Bedrohungsfeldes sind, aber immer noch als unrealistisch eingestuft werden. Da muss man dann entscheiden, worauf legt man den Fokus, weil man sich nicht auf alles gleichzeitig zentrieren kann. Viele Staaten haben sich mit Pandemien befasst, aber es war noch zu unwahrscheinlich, um konkrete Maßnahmen anzuleiten, die bei Covid-19 notwendig gewesen wären. Durch Covid-19 ist die Bedrohungswahrnehmung dann blitzartig gestiegen.		
1	10-11	Die Experten haben es auch für die Politiker zu übersetzen, damit die wissen, was sie mit den Informationen machen können. Das hat verbessert zu werden. Man sollte auch mehr auf das	Experten müssen Politikern die Informationen übersetzen, damit diese wissen, was sie tun können. Mehr Gemeinwohl und Zusammenarbeit.	

		Gemeinwohl achten und alle Parteien sollten effektiv zusammenarbeiten.		
--	--	--	--	--

Selektionskriterium 6: Wahrnehmung von Bedrohung und Kooperation

Interview	Seite	Paraphrase	Generalisierung	Reduktion
2	6-7	Bei manchen Krisen kann man gute Prognosen aufstellen und bei manchen gar nicht. Zwischen den Ressorts gibt es auch Misstrauen, was sehr schlecht ist und daher arbeitet man ineffektiv zusammen.	Manche Krisen lassen gute Prognosen zu. Zwischen Ressorts Misstrauen, ineffektive Zusammenarbeit.	Kategorie 11 Proaktivität und Bedrohungserkennung: In dieser Kategorie wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, proaktiv auf Bedrohungen zu reagieren und frühzeitig Bedrohungen zu erkennen. Es wird darauf hingewiesen, dass Österreich oft zu reaktiv handelt und Bedrohungen erst spät erkennt. Dies führt zu Verlust von Zeit und Geld. Es wird auch darauf hingewiesen, dass Einzelinteressen oft über die Bewältigung von Bedrohungen gestellt werden. Die Bedeutung wird betont, alle relevanten Informationen

				niederzuschreiben, um Wissensverlust bei Personalwechsel zu verhindern. Kategorie 12 Vorbereitung auf Konkretes und Bürokratie: In dieser Kategorie wird die Vorbereitung auf konkrete Herausforderungen, wie einen Blackout, thematisiert. Es wird darauf hingewiesen, dass die Vorbereitung je nach Bürokratiestruktur variieren kann. Kleine Gemeinden können oft schneller und effektiver reagieren, da sie weniger bürokratischen Hürden ausgesetzt sind. Die mangelnde klare Struktur auf Landes- und Bundesebene wird als Problem identifiziert, insbesondere im Falle eines Blackouts. Es wird auch auf die Schwierigkeiten hingewiesen, klare Ansprechpartner und Zuständigkeiten zu identifizieren.
--	--	--	--	--

				Es wird die Bedeutung betont, konkrete Strukturen und klare Zuständigkeiten zu schaffen, um auf konkrete Herausforderungen besser vorbereitet zu sein.
3	4	Österreich ist viel zu reaktiv, statt proaktiv handelnd. Bedrohungen werden beiseitegeschoben, zu spät reagiert und dadurch verliert man Geld, Zeit und kann weniger gut damit umgehen. Einzelne Interessen werden immer wichtiger, statt sich konkret mit Bedrohungen auseinanderzusetzen.	Österreich zu reaktiv. Zu spät auf Bedrohungen reagiert. Man verliert Zeit und Geld. Einzelne Interessen wichtiger als sich mit der Bedrohung auseinanderzusetzen. Alles niederschreiben, falls die Personen wegfallen.	
3	6-8	Viel zu wenig vorbereitet auf Konkretes, wie einen Blackout. Je nachdem, wie das Netz der Bürokratie ist, kann man sich besser oder schlechter vorbereiten. In kleinen Gemeinden liegt vieles direkt beim Bürgermeister, daher wird effektiver	Keine Ahnung wer logistisch dann anzusprechen ist beim Blackout. Musste selbst herausfinden, wer anzurufen wäre, er weiß nur, was er selbst tun wüsste. Konkrete Struktur fehlt.	

		gehandelt. Unternehmen können auch frei entscheiden, was und wie sie tun. Alle die in einem großen System gefangen sind, haben es schwieriger, durch die Bürokratie. Beim Blackout ist es zum Beispiel so, dass die Gemeindeebene es klar geregelt hat, die Landesebene ist nebelig und die Bundesebene ganz undurchsichtig. So ergeben sich Unterschiede. Bei ihm ist es beispielsweise nicht klar, mit wem logistisch beim Blackout zusammengearbeitet wird und auch nicht, wie das finanziell vergütet und behandelt wird. Er weiß nur, was sie selbst zu tun hätten, aber er musste auch selbst herausfinden, wer in dem Fall sein Ansprechpartner wäre, keiner hat es ihm gesagt. Aber es ist nichts konkret strukturiert.	Zu wenig auf Konkretes vorbereitet, wie Blackout. Kleine Gemeinden reagieren besser und schneller, da weniger Bürokratie. Bürgermeister kann freier entscheiden, statt in einem großen System. Gemeindeebene: klar, Landesebene: nebelig und Bundesebene: undurchsichtig.	
--	--	---	---	--

5	8	Österreich ist allerdings ein Land, dass Bedrohungen genügend Bedeutung zuschreibt. Eher die Bevölkerung weiß oft nicht, wie knapp wir an einer Krise vorbeischlittern, beispielsweise, wie knapp nur an einem Blackout entkommen wurde. Durch mehr Alternativenenergie werden die Netze instabiler, aber das wissen viele nicht. Beim Blackout wüssten aber die Zuständigen, was zu tun ist.	Österreich reagiert ausreichend auf Bedrohungen. Bevölkerung weiß nicht, wie knapp oft Blackout entkommen. Zuständige wüssten beim Blackout was zu tun ist. Alternativnetze machen das Netz instabil.	
1	6	In Österreich gab es noch ein Pandemie-Gesetz von 1950, das ist wertlos. Daher wurde nicht vorausschauend gehandelt, aber jetzt könnte man besser reagieren.	Pandemiegesetz von 1950: wertlos. Jetzt wäre man besser vorbereitet.	
1	7	Mit dem Blackout hat man sich auch zu wenig befasst, nur mit den Fakten, wie es gibt keinen Sprit oder keinen Mobilfunk, aber zu wenig damit, welche sozialen Auswirkungen es	Beim Blackout nur mit Fakten befasst, aber nicht soziale Auswirkungen (eingeschränkte Sanitätsversorgung).	

		haben wird, wie eingeschränkte Sanitätsversorgung.		
--	--	--	--	--

10.3.2 Interviews - Politik

Selektionskriterium 1: Berührungspunkte mit Veröffentlichungen

Interview	Seite	Paraphrase	Generalisierung	Reduktion
7	1-2	Man kommt mit vielen Publikationen in Berührung und selektiert dann, je nach Themenschwerpunkt. Achtet darauf, wer es veröffentlicht hat. Viele Berichte unterliegen der Geheimhaltung. Berichte werden zur Einsicht eingereicht und dann wird überlegt, wie mit ihnen vorgegangen wird. Der Sinn hinter den Berichten ist ja den Verantwortlichen in der Politik ein gutes Lagebild zu vermitteln.	Bekommt viele. Muss selektieren. Achtet auf: wer hat es veröffentlicht. Viele unterliegen Geheimhaltung. Sinn von Berichten: der Politik ein Lagebild zu geben.	Kategorie 13 Berührungspunkte mit Publikationen: In dieser Kategorie dreht sich alles um die Vielzahl von Publikationen, mit denen die Interviewten in ihrer beruflichen Tätigkeit in Berührung kommen. Dabei sind die Selektion und Priorisierung der Berichte von entscheidender Bedeutung. Die Herkunft der Publikationen, darunter auch die Geheimhaltung einiger Berichte, spielt eine Rolle bei der Entscheidung, welche für die jeweilige Person relevant sind. Das Hauptziel

			dieser Berichte besteht darin, der Politik ein umfassendes Lagebild zu vermitteln. Die Interviewten betonen, dass sie mit einer großen Menge an Publikationen konfrontiert sind, aber die zentrale Frage lautet immer: Welche sind relevant und aktuell? Kategorie 14 Herausforderungen mit Publikationen: Die Herausforderung besteht darin, aus der Flut von Berichten diejenigen auszuwählen, die für die individuelle Arbeit von Bedeutung sind. Diese Auswahl hängt oft von verschiedenen Kriterien ab, wie beispielsweise dem Absender der Publikation und ihrem potenziellen Beitrag zur politischen Entscheidungsfindung. Aufgrund des Umfangs an erhaltenen Berichten haben die Interviewten nicht immer
--	--	--	--

				die Zeit, alle vollständig zu lesen. Dies erfordert eine effiziente Strategie zur Informationsbewertung und -nutzung, um sicherzustellen, dass relevante Informationen zur richtigen Zeit berücksichtigt werden.
8	2	Kommt mit vielen in Berührung, aber die Frage ist immer, was ist relevant und aktuell.	Frage ist immer, was ist relevant. Man bekommt viele.	
8	5	Bekommt viele zugeschickt und überlegt dann, was für ihn relevant ist.	Überlegen, welche für einen relevant sind.	
9	1	Im Landesverteidigungsausschuss werden die Berichte behandelt (Ausschussberichte, Verfassungsschutzberichte). Politischer Fokus wird auf einzelne Berichte gelegt, wenn es aktuelle Umstände fordern, wie ein Terroranschlag. Dann werden die Berichte auch medial unterstützt.	Politischer Fokus auf einzelnen Berichten, je nachdem, welche Umstände vorliegen, wie Terror. Medial werden die Berichte dann unterstützt.	
9	2	Nachdem Berichte erstellt werden, werden sie dem Nationalrat übergeben.	Berichte werden erstellt, dem Nationalrat übergeben und sind im	

		Sie sind im Ausschuss und sind allen Abgeordneten zugänglich.	Ausschuss allen Abgeordneten zugänglich.	
12	2	Bekommt viele Berichte, aber hat nicht die Zeit alle vollständig zu lesen.	Man kann nicht alle vollständig lesen.	

Selektionskriterium 2: Nutzung der Berichte

Interview	Seite	Paraphrase	Generalisierung	Reduktion
7	3-4	Man muss überlegen, wie viel man veröffentlichen kann, weil viele Themen sehr sensibel sind. Lagebilder sind wichtig für Prognosen. Sie werden sehr ernstgenommen. Szenarien können berechnet werden, dementsprechend kann eine Vorbereitung erfolgen. Sicherheitsstrategien werden abgeleitet und es wird abgeleitet, mit welchen Instrumenten entsprechend reagiert werden kann.	Überlegen: wie viel veröffentlichen, vieles ist sensibel. Lagebilder wichtig für Prognosen. Szenarien berechnen, Vorbereitung erfolgt.	Kategorie 15 Sensible Themen und Publikationen: Diese Kategorie widmet sich der Herausforderung, wie viel von den empfangenen Publikationen veröffentlicht werden kann, insbesondere in Fällen, in denen die Themen äußerst sensibel sind. Die Sensibilität dieser Themen erfordert eine sorgfältige Abwägung, um keine Panik zu erzeugen und Ängste zu schüren. Zudem wird betont, dass

				Publikationen oft aus dem Kontext gerissen werden, was die mediale Darstellung problematisch macht. Hier besteht die Notwendigkeit, Inhalte nüchtern zu analysieren und zu thematisieren, um Missverständnisse zu vermeiden. Kategorie 16 Bedeutung von Experten und Politik: Diese Kategorie hebt die Bedeutung von Experten und ihren Einfluss auf politische Entscheidungen hervor. Es wird betont, dass Experten oft politische Entscheidungen treffen, die von ihrer eigenen Weltanschauung und Ideologie geprägt sind. Dies kann zu Verunsicherung führen und die Umsetzung von sinnvollen Maßnahmen behindern. Die Politik
--	--	--	--	--

			wird aufgefordert, Berichte ernster zu nehmen und Konsequenzen abzuleiten, insbesondere bei sicherheitsrelevanten Themen wie Terrorismus und Pandemien. Kategorie 17 Wissenschaftliche Qualität und mediale Aufmerksamkeit: In dieser Kategorie wird die Qualität von Publikationen hervorgehoben, insbesondere im Hinblick auf wissenschaftliche Standards. Es wird festgestellt, dass einige Publikationen von hoher Qualität sind und sich an aktuellen Standards orientieren. Allerdings wird auch betont, dass die mediale Aufmerksamkeit oft auf Schlagzeilen ausgerichtet ist, während der eigentliche Inhalt
--	--	--	---

				vernachlässigt wird. Dies kann dazu führen, dass wissenschaftliche Empfehlungen von Politikern nicht akzeptiert werden, wenn sie nicht zur ideologischen Ausrichtung passen. Kategorie 18 Kommunikation mit der Bevölkerung: Die Beziehung zwischen der Bevölkerung und den publizierten Informationen steht in dieser Kategorie im Fokus. Es wird festgestellt, dass sowohl die Bevölkerung als auch die Informationsverbreitung in Bezug auf sicherheitsrelevante Themen oft zu oberflächlich sind. Hier besteht die Notwendigkeit, Übersetzungsarbeit zu leisten und wissenschaftliche Expertise für die
--	--	--	--	--

				Bevölkerung verständlich auszudrücken. Dies soll dazu beitragen, dass sich die Menschen besser auf mögliche Herausforderungen vorbereiten können.
7	5	Auf Ebene der Gemeinden und Bezirke wird effektiver zusammengearbeitet und man ist besser vorbereitet, wie auf einen Blackout. Man braucht nicht nur die Politik und die Verwaltung, auch die Wirtschaft, bei Fragen, die beispielsweise den Blackout betreffen. Es ist zu umfassend, da müssen alle Instanzen zusammenarbeiten.	Gemeinden und Bezirke arbeiten besser zusammen, besser vorbereitet, z.B. Blackout. Politik, Verwaltung und Wirtschaft sind wichtig, alle Instanzen müssen zusammenarbeiten.	
7	6-7	Die Menschen befassen sich erst dann damit, wenn es einen realen Auslöser für sie gibt, eben einen Anlass, um sich damit zu befassen. Menschen müssen sich betroffen fühlen, um sich dem zu widmen.	Aufpassen was veröffentlicht wird, um keine Ängste zu schüren. Erst durch realen Anlass der einen betroffen macht, befasst man sich damit.	

		Man muss auch aufpassen, was veröffentlicht wird, um keine Ängste zu schüren.		
7	8	Nicht jeder liest alles, es gibt Experten, die die sich das Ansehen, Ableitungen formulieren und es dann weiterleiten.	Nicht alle lesen. Experten lesen und leiten ab.	
8	3-4	Es werden von den Berichten Risikobilder abgeleitet und überlegt, was getan werden kann. Die Nutzung der Berichte ist teilweise sehr eingeschränkt, weil viele eingeschränkt oder geheim sind. Daher kaum politische Relevanz, weil sie bis es nach außen dringt, schon viel zu lange herumliegen. Und wenn Informationen eben geheim sind, dann kann man sie logischerweise auch nicht verwenden. Der Bericht bringt dann nichts, wenn man mit niemanden darüber sprechen darf.		

8	6	Wichtig wäre so schnell wie möglich das Parlament einzubeziehen, wenn Berichte kommen. Man muss auch konkrete Maßnahmen danach ableiten. Es muss so aufbereitet werden, dass damit sinnvoll gearbeitet werden kann.	Parlament schneller einzubeziehen. Konkrete Maßnahmen sind abzuleiten. So aufbereiten, dass damit gearbeitet werden kann.	
8	12-13	Manche Berichte werden nie gelesen, oder nur von Fachkräften und Politikern. Der Öffentlichkeit muss das mehr zugänglich und bewusst gemacht werden.	Manches wird nie gelesen oder nur von Fachkräften und Politikern. Mehr Zugang und Bewusstsein für die Öffentlichkeit.	
8	13	Der Verfassungsschutzbericht ist einfach zu lesen. Der Verfassungsbericht hat keinen Inhalt. Das Risikobild ist zu militärisch.	Der Verfassungsschutzbericht ist einfach zu lesen. Der Verfassungsbericht hat keinen Inhalt. Das Risikobild ist zu militärisch.	
11	3-4	Die Frage ist immer, wie weit kannst du gehen und ab wann erzeugt man Panik, wenn es um Sicherheitsrisiken geht. Vieles wird bei den Medien aus dem	Mediale Darstellung oftmals aus dem Kontext gerissen.	

		Kontext gerissen, was auch problematisch sein kann. Auch gilt, was sagt man dem Parlament und wie wird es damit umgehen. Also was wird dann politisch damit gemacht? Es gilt auch immer, was wird damit bezweckt, weil alles oftmals auch durch einen politischen Nutzen. Herangezogen wird. Inhalte müssen nüchtern analysiert und thematisiert werden. Auch die Berichte werden oft nicht nüchtern präsentiert.	Was ist der Zweck des Berichts? Was macht das Parlament daraus? Wie weit kann gegangen werden, ohne Panik zu erzeugen? Inhalte nüchtern thematisieren und analysieren. Berichte nüchtern präsentieren.	
11	5	Die Berichte könnten tiefergehend sein. Besser wäre es nüchtern darüber zu sprechen und dann gemeinsame Zielbilder zu formulieren.	Berichte sollten tiefergehend sein. Nüchtern über alles sprechen. Zielbilder gemeinsam formulieren.	
11	6-8	Es gibt ein Netzwerk an Informationen und es wird auch vieles dann an die Politiker herangetragen. Experten treffen aber oft Entscheidungen, die aber eben	Experten bringen eigene politische Weltanschauung mit.	

		auch ihre eigene politische Weltanschauung mitbringen und auch ihre Ideologien. Man muss gut informiert sein und darf keine Verunsicherung schüren. Es wäre aber wichtig, dass die Politik die Berichte ernster nimmt und auch Konsequenzen ableitet. Das merkte man beim Thema Terrorismus und auch bei der Pandemie. In den Berichten gab es das schon, aber es fand zu wenig Beachtung. Dem Inhalt muss dementsprechend nachgegangen werden.	Netzwerk an Informationen, die an Politiker herangetragen werden. Politik sollte Berichte ernster nehmen, Konsequenzen ableiten und darf keine Verunsicherung schüren. Inhalten muss nachgegangen werden, vieles gab es in Berichten schon, wie die Pandemie oder Terrorismus.	
6	2-3	Alle GECKO-Publikationen und auch viele soziale Lageberichte sind von Top Qualität, weil man sich an alle aktuellen Standards hält. Lassen sich mit wissenschaftlichen Standards messen und sind hochwertige Produkte.	Lassen sich mit wissenschaftlichen Standards messen, hochwertig, wie GECKO-Publikationen. Mediale Aufmerksamkeit, wird eher auf Schlagzeilen gesetzt.	

		Man darf nicht vergessen, was die mediale Aufmerksamkeit an Einfluss hat, die wollen Schlagzeilen und denen ist der eigentliche Inhalt egal. Bei der Politik ist ungünstig, dass die Wissenschaftler eindeutig sagen, was Sache ist, aber den Politikern dies oft nicht gefällt. Daher werden sinnvoll ableitbare Maßnahmen nicht umgesetzt, weil es nicht zur Ideologie passt. Daher sind dann Empfehlungen für die Politik schwer.	Wissenschaftlicher sprechen Klartext, gefällt Politikern nicht immer. Maßnahmen fehlen, weil es nicht zur Ideologie passt.	
6	5	Es gibt beide Probleme, es interessiert die Bevölkerung zu wenig und die Bevölkerung wird auch zu wenig informiert. Man muss den Menschen aber helfen, sich selbst vorbereiten zu können.	Bevölkerung interessiert es zu wenig und sie wird zu wenig informiert. Menschen helfen, sich selbst vorzubereiten.	
6	9	Man muss Übersetzungsarbeit leisten, was bedeutet, dass man die wissenschaftliche Expertise für die Bevölkerung einfach ausformuliert. Jeder	Übersetzungsarbeit, Expertise für die Bevölkerung übersetzen. Alle haben es zu verstehen.	

		Mensch auf der Straße hat es zu verstehen, nicht nur Fachmänner.		
12	3	Oft sind sie zu oberflächlich geschrieben.	Zu oberflächlich teilweise.	
9	2-3	Sehr gut. Je nach Standpunkt kann eingeworfen werden, dass sie zu wenig oder zu stark detailliert sind. Es hat die Balance gehalten zu werden, um ausreichend transparent zu sein, aber gleichzeitig nicht Ermittlungen zu gefährden und die Sicherheit der Bevölkerung. Je nach politischem Ziel und politische Gründe werden Teile aus dem Bericht veröffentlicht. Auch hier gilt, dass es das Bewusstsein der Bevölkerung fördern kann, aber auch zu Angst und Aufregung führen kann. Es hat auch immer die Frage gestellt zu werden, welches Ziel verfolgt wird und wie es erreicht werden kann.	Qualität: sehr gut. Je nach Standpunkt Vorwurf: zu detailliert oder zu wenig. Balance an Transparenz und Ermittlung nicht gefährden bzw. Sicherheit der Bevölkerung. Kann Bewusstsein fördern, aber auch Angst. Frage stellen, warum wird etwas veröffentlicht, wie aus politischen Gründen und welches Ziel wird verfolgt.	
10	2-3	Alle GECKO-Publikationen und auch viele soziale Lageberichte sind von Top Qualität, weil man sich an alle aktuellen Standards hält. Lassen sich mit	Lassen sich mit wissenschaftlichen Standards messen, hochwertig, wie GECKO-Publikationen.	

		wissenschaftlichen Standards messen und sind hochwertige Produkte. Man darf nicht vergessen, was die mediale Aufmerksamkeit an Einfluss hat, die wollen Schlagzeilen und denen ist der eigentliche Inhalt egal. Bei der Politik ist ungünstig, dass die Wissenschaftler eindeutig sagen, was Sache ist, aber den Politikern dies oft nicht gefällt. Daher werden sinnvoll ableitbare Maßnahmen nicht umgesetzt, weil es nicht zur Ideologie passt. Daher sind dann Empfehlungen für die Politik schwer.	Mediale Aufmerksamkeit, wird eher auf Schlagzeilen gesetzt. Wissenschaftlicher sprechen Klartext, gefällt Politikern nicht immer. Maßnahmen fehlen, weil es nicht zur Ideologie passt.	
10	5	Es gibt beide Probleme, es interessiert die Bevölkerung zu wenig und die Bevölkerung wird auch zu wenig informiert. Man muss den Menschen aber helfen, sich selbst vorbereiten zu können.	Bevölkerung interessiert es zu wenig und sie wird zu wenig informiert. Menschen helfen, sich selbst vorzubereiten.	
10	9	Man muss Übersetzungsarbeit leisten, was bedeutet, dass man die wissenschaftliche Expertise für die	Übersetzungsarbeit, Expertise für die Bevölkerung übersetzen. Alle haben es zu verstehen.	

		Bevölkerung einfach ausformuliert. Jeder Mensch auf der Straße hat es zu verstehen, nicht nur Fachmänner.		
--	--	---	--	--

Selektionskriterium 3: Risikobewertung und konkrete Risiken

Interview	Seite	Paraphrase	Generalisierung	Reduktion
6	6	In Österreich gab es noch ein Pandemie-Gesetz von 1950, das ist wertlos. Daher wurde nicht vorausschauend gehandelt, aber jetzt könnte man besser reagieren.	Pandemiegesetz von 1950: wertlos. Jetzt wäre man besser vorbereitet.	Kategorie 19 Mangel an Vorbereitung und Gesetzen: In dieser Kategorie wird auf die Herausforderung der unzureichenden Vorbereitung auf bestimmte Krisensituationen hingewiesen. Das veraltete Pandemie-Gesetz von 1950 wird als wertlos angesehen, was zu einer mangelnden Vorausschau und Reaktion führt. Ebenso wird der Blackout als ein Bereich identifiziert, der zu wenig Beachtung gefunden hat, insbesondere in Bezug auf die sozialen Auswirkungen wie die eingeschränkte Sanitätsversorgung. Die Lehre aus

			dieser Kategorie ist die Notwendigkeit, sich auf eine breite Palette von Krisenszenarien vorzubereiten, selbst für unwahrscheinliche Ereignisse. Kategorie 20 Fehlende Koordination und gesamtstaatliche Strategie: Hier wird das Fehlen einer koordinierten Herangehensweise an Krisenmanagement in Österreich betont. Es wird auf die Unkoordiniertheit hingewiesen, bei der verschiedene Akteure isoliert arbeiten und es an gemeinsamer Vorsorge mangelt. Sowohl die Ukraine-Krise als auch die Pandemie wurden bereits in Risikoberichten behandelt, aber es fehlte an Umsetzung und Krisenmanagement. Das Fehlen einer zentralen Krisenmanagerin oder eines Krisenmanagers wird als Problem
--	--	--	--

			identifiziert. Die Schlussfolgerung ist, dass eine koordinierte, gesamtstaatliche Strategie erforderlich ist, um auf Krisen angemessen reagieren zu können. Kategorie 21 Mangel an Koordination und Definitionen: In dieser Kategorie steht die mangelnde Koordination und Definition von Krisen im Fokus. Das Beispiel von Covid-19 zeigt, dass es an Personal, klaren Zuständigkeiten und Plänen fehlte. Es wird betont, dass es keine klare Definition von Krisen im Gesetz gibt und dass die Bedeutung von Vorsorge unklar ist. Diese Kategorie hebt die Notwendigkeit einer besseren Koordination und klarer Definitionen hervor, um in Krisensituationen effektiver handeln zu können.
--	--	--	---

				Kategorie 22 Politische Rahmung von Krisen: Hier wird auf die politische Rahmung von Krisen hingewiesen, wobei verschiedene Parteien bestimmten Themenfeldern wie Migrationskrise oder Klimakrise mehr Aufmerksamkeit schenken. Die politische Ausrichtung beeinflusst, wie Krisen wahrgenommen und behandelt werden. Dies unterstreicht den Einfluss der politischen Landschaft auf die Krisenbewältigung. Kategorie 23 Prognosen und Bewusstsein: Die Kategorie Prognosen und Bewusstsein betont, dass die meisten Konflikte und Krisen im Voraus prognostiziert wurden, jedoch oft keine
--	--	--	--	---

				angemessenen Maßnahmen ergriffen wurden. Dies war sowohl beim Ukrainekonflikt als auch bei der Pandemie der Fall. Es wird auch darauf hingewiesen, dass in vielen Bereichen ein mangelndes Bewusstsein für potenzielle Krisen besteht, insbesondere im Zusammenhang mit einem möglichen Blackout. Die Lehre aus dieser Kategorie ist, dass frühzeitige Prognosen ernst genommen und das Bewusstsein für Krisen gestärkt werden müssen. Es ist auch wichtig, keine unnötige Unruhe zu schüren und darauf zu achten, wie Informationen veröffentlicht werden, um Ängste zu vermeiden.
6	7	Mit dem Blackout hat man sich auch zu wenig befasst, nur mit den Fakten, wie es gibt keinen Sprit oder keinen Mobilfunk, aber zu wenig damit,	Beim Blackout nur mit Fakten befasst, aber nicht soziale Auswirkungen (eingeschränkte Sanitätsversorgung).	

		welche sozialen Auswirkungen es haben wird, wie eingeschränkte Sanitätsversorgung.		
7	7	Es gab kein Patentrezept für die Krise und dafür wurde sie gut gemeistert. Man kann niemanden einen Vorwurf machen, weil es so etwas zuvor in dem Ausmaß nicht gab. Es zeigt aber, dass man sich auch für Dinge vorbereiten muss, die sehr unwahrscheinlich sind.	Kein Patentrezept für Krisen, aber gemeistert. Man muss sich auf alles vorbereiten, auch Unwahrscheinliches.	
8	7-8	Österreich hat kein koordiniertes Krisenmanagement. Nichts ist koordiniert, jeder arbeitet für sich und es kommt zu keiner Vorsorge. Es braucht eine gemeinsame Koordination. Es gab zu allen Krisen schon ein Risikobild und Berichte, aber keiner macht etwas daraus, von der Ukraine oder einer Pandemie. Es liegt	Kein koordiniertes Krisenmanagement. Fehlt gemeinsame Koordination, alle arbeiten für sich. Es gab zu allen Krisen Risikoberichte und Krisen (Ukraine, Pandemie), aber man tat nichts. Kein Krisenmanager, der sich um alles kümmert und keine gesamtstaatliche Strategie.	

		Ewigkeiten unbeachtet dort und dann ist es zu spät. Es gibt keinen Krisenmanager, eine Person, die sich dann nach außen und innen um alles kümmert. Es gibt nichts gesamtstaatliches.		
8	8	Bei Covid- 19 hat man auch gesehen, dass es an Koordinierung fehlt. Es fehlte an Personal, an Zuständigkeiten und an Plänen. Es gab nicht mal eine Definition von Krise im Gesetz und was genau unter Vorsorge zu verstehen ist.	Covid-19: fehlte an Koordinierung, Personal, Plan und Zuständigkeiten. Fehlte Definition von Krise im Gesetz und was unter Vorsorge zu verstehen ist.	
8	9	Krisen werden auch politisch gerahmt, wie eine Partei, die sich der Migrationskrise widmet oder einer Klimakrise. Daher macht es auch einen Einfluss, welche Partei sich einem Themenfeld zuwendet.	Krisen sind politisch gerahmt, wie Klima- und Migrationskrise. Einfluss, welche Partei sich mit dem Thema befasst.	

8	12	Es gibt Teams, die sich nicht regelmäßig treffen, weil zum Blackout braucht es nicht jede Woche eine Sitzung, aber dafür eine gescheit ausgearbeitete Strategie.	Blackout: gescheite gemeinsame Strategie, aber keine wöchentlichen Meetings sind notwendig.	
12	6	Die meisten Konflikte wurden vorher schon prognostiziert, aber man hat versäumt zu reagieren, wie beim Ukraine Konflikt und der Pandemie. Auch beim Blackout fehlt in vielen Bereichen das Bewusstsein, was da auf uns zukommen kann.	Konflikte wurden prognostiziert, aber ignoriert, wie die Pandemie und die Ukraine-Situation. Für den Blackout braucht es auch mehr Bewusstsein.	
12	7	Man darf auch nicht Unruhe schüren, daher muss aufgepasst werden, was veröffentlicht wird, weil die Zeitungen oftmals etwas daraus machen, was es nicht wirklich ist, und die Menschen bekommen Angst.	Aufpassen, was veröffentlicht wird und was die Zeitungen damit machen (Angst vorbeugen).	

Selektionskriterium 4: Verbesserungen

Interview	Seite	Paraphrase	Generalisierung	Reduktion
6	10-11	Die Experten haben es auch für die Politiker zu übersetzen, damit die wissen, was sie mit den Informationen machen können. Das hat verbessert zu werden. Man sollte auch mehr auf das Gemeinwohl achten und alle Parteien sollten effektiv zusammenarbeiten.	Experten müssen Politikern die Informationen übersetzen, damit diese wissen, was sie tun können. Mehr Gemeinwohl und Zusammenarbeit.	Kategorie 24 Verbesserung der Expertenkommunikation und Zusammenarbeit: Diese Kategorie betont die Notwendigkeit einer effektiveren Kommunikation zwischen Experten und Politikern, um sicherzustellen, dass politische Entscheidungsträger die Informationen aus Expertenberichten besser verstehen und nutzen können. Eine bessere Übersetzung der Expertise für politische Zwecke wird gefordert. Darüber hinaus wird betont, dass ein stärkerer Fokus auf das Gemeinwohl und eine effektivere Zusammenarbeit zwischen allen politischen Parteien erforderlich ist. Es wird darauf hingewiesen, dass politische Organe und Verantwortlichkeiten klar sein

				sollten, aber gleichzeitig eine verstärkte Zusammenarbeit über politische Grenzen hinweg angestrebt werden sollte. Schließlich wird die Bedeutung betont, sich nicht nur auf politisch opportune Themen zu konzentrieren, sondern auch eine ganzheitliche Vorbereitung auf verschiedene Krisen anzustreben. Dies schließt die Notwendigkeit ein, sich nicht nur auf politisch genehme Maßnahmen zu beschränken, sondern eine umfassende Herangehensweise an die Krisenvorsorge zu verfolgen.
7	6	Die politischen Organe sollten sich besser absprechen, weil oft gibt es eine sehr klare Linienverantwortlichkeit, die sinnvoll ist, aber die politischen Organe arbeiten oft zu wenig zusammen. Man sollte nicht	Politischen Organe arbeiten zu wenig zusammen, gemeinsame Ebene wäre zu finden, statt zu streiten.	

		darüber streiten, wer was tun darf, sondern man sollte eine gemeinsame Ebene finden.		
7	14	Man sollte nicht nur ein Thema aufgreifen, weil es politisch gut passt, sondern man sollte sich genau überlegen, wie man sich ganzheitlich auf diverse Krisen vorbereiten kann.	Ganzheitlich auf Krisen vorbereiten, nicht nur was Politisch genehm ist.	
9	4	Monitoring und Begleitkontrolle, um weiterführende Fragen an den Bericht zu stellen und wie Verbesserungen angeregt werden können.	Mehr Monitoring, Begleitkontrolle- um so weiterführende Fragen an Bericht stellen zu können und Verbesserungen anregen.	

